

9. Januar 1922

HUGO LINDEMANN · DIE MITWIRKUNG DER ARBEITERKLASSE BEIM WIRTSCHAFTLICHEN WIEDERAUFBAU

VOR dem Krieg bot der Produktionsapparat unserer Volkswirtschaft ein bestimmtes Bild, das durch eine bestimmte Verteilung der Produktionszweige über das Produktionsgebiet und durch ein bestimmtes Verhältnis dieser Zweige zu einander gekennzeichnet war. Beispielsweise entfielen nach der Berufs- und Betriebszählung von 1907 auf die Landwirtschaft 28,6 %, auf Industrie und Bergbau 42,8 %, auf Handel und Verkehr 13,4 % der Gesamtbevölkerung, das heißt der Erwerbstätigen und ihrer Zugehörigen. Dringen wir tiefer in die Gliederung ein, und betrachten wir die einzelnen Berufsgruppen, so sehen wir, daß zum Beispiel von 100 Erwerbstätigen in den 3 genannten Berufsabteilungen 4,82 der Metallverarbeitung, 3,68 der Maschinenindustrie, 4,33 der Textilindustrie angehörten. Dieser Verteilungszustand der Gewerbe und der in ihr tätigen Bevölkerung war natürlich nicht absolut starr sondern einer fortgesetzten Änderung unterworfen. So hatten wir ein starkes Anwachsen der Betriebe in den Metallgewerben aller Art, ein Beharren in der Landwirtschaft, eine Zunahme in Handel und Verkehr. Aber bei allen diesen Änderungen war doch eine gewisse Gleichgewichtslage vorhanden, und diese behauptete sich im allgemeinen trotz den, den jeweiligen Verschiebungen des Schwerpunkts folgenden Änderungen dieser Lage.

In diese Gliederung der Produktion griff nun die Kriegswirtschaft aufs rücksichtsloseste ein. Sie zerbrach sie nach dem Grundsatz, daß alle Produktion nur dem Krieg zu dienen habe, und daß nur diejenigen Gewerbe zu erhalten und auszubauen seien, die seinen Bedürfnissen dienen. So entstand die verhängnisvolle *Hypertrophie* der Metallindustrie, der chemischen Industrie usw., so wurde das Friedensgleichgewicht aufs tiefste gestört. Hier liegt nun die eine Aufgabe unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaus: Es müssen die hypertrophischen Produktionszweige wieder in ein richtiges Verhältnis zu der Gesamtgliederung der Wirtschaft zurückgeführt werden. Dieses Ziel wird aber nicht erreicht, wenn zum Beispiel die Betriebe der Metallindustrie nunmehr, statt wie im Krieg Granaten zu drehen, Schreibmaschinen, Automobile und dergleichen produzieren, also den unge-

heuer vergrößerten Apparat in der gleichen Industrie anwenden. Damit wird die Hypertrophie nicht aus der Welt geschafft, sie verschiebt sich nur von der Kriegsproduktion auf die Produktion von Friedensware. Die Schwierigkeiten der Reduktion liegen offenbar vor allem darin, daß große Kapitalien in diesen Erweiterungen stecken, die man nicht ohne weiteres verloren geben will und kann. Dann aber auch darin, daß die Arbeiter, die während des Krieges in die erweiterten Betriebe und Berufe eingetreten sind, nun nicht ohne weiteres abgestoßen und in den alten Beruf zurückgeführt werden können. Die hindernden, wenn schon gutgemeinten Vorschriften der Demobilmachungskommissare sind einer solchen Zurückführung auch jetzt noch im Weg. Ohne die Reduktion der Fabriken wie des Arbeitspersonals aber können wir nicht zu einer Gliederung unseres Produktionsapparats kommen, die den normalen Friedensverhältnissen angepaßt ist und ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte besitzt. An und für sich liegt nun eine Einwirkung auf diese doppelte Reduktion zunächst außerhalb der Sphäre der Arbeiterklasse. Beides, die Vergrößerung des Apparats wie die des Arbeitspersonals, wurde im Krieg durch das ökonomische Mittel der Preisfestsetzung erreicht. Die Nachfrage der Kriegführung, die hohe Preise bewilligte und damit hohe Überschüsse und hohe Löhne gestattete, hat die Kapitalien und die Arbeitermassen für ihre Zwecke in Bewegung gesetzt. Ökonomische Mittel für die Reduktion hypertrophischer Gewerbezweige und Betriebe sind das Nachlassen der Nachfrage, das Sinken der Preise, kurz die Krise. Nun ist aber unsere Wirtschaft aus einer Konkurrenzwirtschaft mit überwiegendem Angebot eine Monopolwirtschaft mit überwiegender Nachfrage geworden. Der Preis hat seine regulierende Kraft verloren, seitdem es möglich ist die Selbstkosten so gut wie unbeschränkt auf die Käufer abzuwälzen. Dazu kommt noch die Aufblähung der internationalen Nachfrage durch das Fallen der Mark, die unseren hypertrophischen Gewerben ein unnormales Arbeitsquantum zuführt. Die Blüte, in der sich unsere Industrie seit dem Krieg befindet, ist durchaus labiler Natur. Ihr fehlt jede Sicherheit der Dauer. Wenn aber der Zusammenbruch der Konjunktur eintritt, dann wird die Reduktion der hypertrophischen Teile unseres Produktionsapparats mit verstärkter Notwendigkeit gefordert werden müssen. Dann wird es auch wieder notwendig sein die Arbeiter in andere Gewerbe- oder in andere Berufsabteilungen, von Handel und Verkehr zur Industrie, von der Industrie zur Landwirtschaft zurückzuführen. Bei dieser Umgruppierung der Arbeiterschaft ist die Mithilfe ihrer Organisationen erwünscht, ja notwendig. Man hätte meinen sollen, daß sie nirgends ein günstigeres und notwendigeres Arbeitsgebiet finden würden. In der Praxis hat sich aber gezeigt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen bei dieser Rückbildung nur sehr geringe Erfolge erzielt haben. Das mag sich zum Teil daraus erklären, daß nicht nur ökonomische Widerstände, sondern auch solche sozialer Art zu überwinden sind; Berufsänderung, Wohnsitzänderung, Änderung der sozialen und kulturellen Umwelt usw.

Unser Produktionsapparat ist aber durch die Kriegswirtschaft nicht nur in seinem Gleichgewicht völlig gestört sondern auch abgebraucht und vielfach vollständig vernichtet worden. Das wichtigste Beispiel hierfür ist unser Verkehrswesen, der Teil unseres Produktionsapparats, der sich mit dem

Verkehr von volkswirtschaftlichen Gütern und Personen beschäftigt, also vor allem die Eisenbahn, aber auch die Post. Während des Krieges sind unsere Eisenbahnen nach allen Richtungen hin durch Abgabe von Material und Personal in fast alle Länder Europas systematisch ausgesaugt worden. Bei dem Zusammenbruch der Front blieben ungeheure Mengen von Lokomotiven, Wagen, Werkzeugmaschinen, Geräten, Bau-, Betriebs- und Werkstättenstoffen in den fremden Ländern zurück. In der Heimat war die Beschaffung der notwendigsten Materialien vernachlässigt worden. Die wichtigsten Betriebsstoffe der Eisenbahn, wie Kohle, Kupfer, Messing, Nickel, Öl, Dichtungsstoffe, sind ihr zum besten der Kriegsführung genommen worden. Der Eisenbahnoberbau wurde nicht instand gehalten. Kein Wunder, daß am Ende des Krieges dieses so überaus wichtige Produktionsmittel unserer Wirtschaft, völlig ausgepumpt und heruntergewirtschaftet, elend zusammenbrach. Wie dem sachlichen Apparat ging es dem Personal. Seine Kräfte wurden bis zum äußersten angespannt, bei mangelhafter, oft gänzlich ungenügender Ernährung. Alles dieses bedarf keiner nähern Ausführung, da diese Tatsachen zur Genüge bekannt und unbestritten sind.

Durch den Krieg und den Frieden von Versailles, der ihn abschloß, wurde schließlich der Absatz unserer Produktion ins Ausland teils ganz abgeschnitten teils außerordentlich reduziert. Der Krieg stellte in verhängnisvollster Weise die Produktion auf die Kriegsbedürfnisse ein, drängte die Produktion von Friedensware zurück, so daß keine Ware zur Ausfuhr vorhanden war. Außerdem aber wurde die Qualität der Ware, die Vorbedingung jedes Absatzes ins Ausland, ungeheuer verschlechtert. Der Friede brachte uns eine Konfiskation der Kolonien und eine Beschlagnahme deutschen Eigentums in den feindlichen Ländern. Der Absatz ins Ausland wurde ferner dadurch erschwert, daß auch dort die gleiche Störung des Produktionsgleichgewichts durch die selbe hypertrophische Entwicklung der Kriegsindustrie vorhanden war, und daß daher gerade bei den Erzeugnissen dieser Gewerbe die schärfste Konkurrenz entstehen mußte. Nur die Valutabewegung täuschte über diese Vorgänge hinweg. Ihre vernichtende Wirkung zeigt sich sofort, wenn die Mark steigt, wie im Vorjahr, und sich darauf eine ungeheure Arbeitslosigkeit einstellt.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau umfaßt also einen großen Komplex von Maßregeln. Es muß nicht nur der Produktionsapparat wiederhergestellt werden, man muß auch das innere Gleichgewicht des Apparats erreichen, ebenso den Aufbau unseres Verkehrswesens und die Erneuerung des Handelsapparats. Alles in allem handelt es sich darum dem deutschen Volk den Nahrungsspielraum wieder zu gewinnen, den es vor dem Krieg hatte, oder wenigstens ihm so nahe wie möglich zu kommen.

BEI diesem wirtschaftlichen Wiederaufbau fällt der Arbeiterklasse nicht nur kraft ihrer wirtschaftlichen Stellung im Produktionsprozeß, sondern auch kraft der politischen Bedeutung, die sie durch den Novemberumschwung gewonnen hat, eine wichtige Rolle zu. Damit sie sie aber mit Erfolg spielen kann, bedarf sie in erster Linie der Erkenntnis der wirtschaftlichen Zustände, wie sie heute sind, nicht wie sie sich vor so und so viel Jahren in den Köpfen von Volkswirtschaftlern und Sozialpolitikern malten, bedarf es der Einsicht

in die wirtschaftlichen Gesetze, die auch heute, trotz allen politischen Eingriffen, unser Wirtschaftsleben regulieren. Daß man nicht ungestraft den Versuch macht, ohne sie zu kennen, gegen sie Wirtschaftspolitik zu treiben, hat der Krieg deutlich bewiesen. Wenn, wie ein indischer Spruch sagt, von dem Wissenden alle Sünden abfallen, das heißt die Erkenntnis der tieferliegenden Zusammenhänge den Erkennenden dahin führt sein Handeln so einzurichten, daß es sich in den Zusammenhang der Dinge einfügt, so muß auch in übertragener Anwendung dieses Satzes die Arbeiterklasse sich über die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge klar werden, ihre Stellung in ihnen erkennen und begreifen, daß ihre Rettung nur möglich ist, wenn es gelingt das ganze Volk und seine Wirtschaft aus dem Zusammenbruch zu retten. Töricht ist der Glaube, daß irgendeine Klasse sich aus der Sündflut retten könne, ohne darin mit den anderen zu ertrinken, daß die Volkswirtschaft zusammenbrechen könne, und doch eine Klasse ihren alten oder neuen Wohlstand in irgendwelche unbekannte Zukunft hinüberretten könne. Ganz besonders töricht wäre aber ein solcher Glaube für die arbeitenden Klassen, die neun Zehntel des Volkes ausmachen. Es hilft ihnen nichts. Wenn unsere deutsche Volkswirtschaft gerettet werden soll, dann muß, wie alle anderen Klassen, auch die Arbeiterklasse ihre ganze Kraft zu diesem Rettungsversuch hergeben.

Auf 4 Erkenntnissen muß sich die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse aufbauen, um ihr Ziel, die *höchste Produktivität*, zu erreichen:

1. Eine wirksame dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse ist nur durch eine *Steigerung* der Produktion möglich, nicht aber durch Einschränkung des Anteils der anderen Klassen an der nationalen Produktionsmenge und seine Übertragung auf die Arbeiterklasse. Diese könnte nur Unwesentliches ändern, den Gesamtstatus ließe sie unberührt. Eine wirkliche Änderung kann nur durch Vergrößerung der Produktionsmenge bewirkt werden, und diese wiederum nur durch Arbeit.
2. Die Verteilung des auf die Arbeiterklasse entfallenden Anteils am Sozialprodukt ist unter dem Gesichtspunkt der *Differenzierung* geschichtlich geworden. Höherqualifizierte Arbeiter, deren Können durch Lehrlingszeit usw. erreicht wird, werden höher entlohnt als die nichtqualifizierten Arbeiter. Die Entlohnung richtet sich in unserer Wirtschaftsordnung nach der Wichtigkeit der Stellung im Wirtschaftsleben. Eine differenzierte Entlohnung ist in der kapitalistischen Gesellschaft notwendig, um das Entstehen und Erhalten qualifizierter Arbeit möglich zu machen und zu sichern. Qualitätserzeugung ist aber für uns bei dem Verlust unserer Rohstofflager erst recht wichtiges Ziel der Produktion. Freilich soll die heute unumgängliche Differenzierung in der Entlohnung nicht auch eine soziale Differenzierung bedeuten. Die Achtung jeglicher gesellschaftsnotwendigen Arbeit muß unbedingtes ethisches Postulat sein.
3. Wirtschaft kann nicht ohne Führung bestehen. In unserer Wirtschaftsordnung ist diese Führung in der *Unternehmerklasse* konstituiert. Deren Verantwortlichkeit wird dadurch erreicht, daß der Erfolg des Unternehmens ihre Vermögens- und Einkommensgröße unmittelbar berührt. Mit dieser Verantwortlichkeit verbindet sich der Zwang zur Kapitalbildung, um die Wirtschaft zu erweitern, sie auf höherer Stufenleiter betreiben zu können. Diese realen wirtschaftlichen Potenzen können nicht durch bloße so-

ziale Forderungen ersetzt werden. Man hat die Pflicht sich darüber klar zu werden, und man handelt verantwortungslos, wenn man sich und andere darüber hinwegtäuschen will. Doch muß auch hier dafür gesorgt werden, daß das Einkommen der Produktionsleiter, soweit es für ihren eigenen Verbrauch und nicht für das Unternehmen bestimmt ist, über angemessene Grenzen nicht hinauswächst, daß die Kluft zwischen ihrer Lebenshaltung und der der von ihnen Beschäftigten nicht zu groß wird. Wenn man von den Arbeitern, mit Recht, Opfer ihrer Arbeitskraft verlangt, so muß man auch von den Unternehmern Opfer ihres Verbrauchs verlangen. Erst dann wird es evident, daß die Arbeit der produzierenden Schichten in der Hauptsache nicht für einzelne sondern für das gesamte Volk geleistet wird.

4. Die heute schon durch den Staat oder durch die Gemeinden *sozialisierten* Betriebe sind für die Gesamtheit da und nicht, um den ihnen Beschäftigten eine günstigere Stellung zu geben als den entsprechenden Kategorien in anderen Betrieben. Das nämliche gilt für die Genossenschaften. In allen nationalisierten, kommunalisierten und genossenschaftlichen Betrieben darf nur höchste und rationellste Produktion das oberste Gesetz sein.

DIE Entwicklung während des Krieges und seit seiner Beendigung ist ein sich fortgesetzt wiederholender Beweis für den Satz, daß die Lage der Volksklassen allein von der Größe der Produktion abhängig ist. Die Masse der Landwirtschafts- und Industrieprodukte nahm infolge der stets gesteigerten Einschränkung der Friedensproduktion, infolge ihrer fortgesetzten Umstellung auf Kriegsproduktion ständig ab. Trotz der Steigerung der Löhne, die in den letzten Kriegsjahren begann und sich dann in der Nachkriegszeit weiter fortsetzte, hat sich die Lage der Arbeiterklasse nicht gebessert sondern ständig verschlechtert. Das gilt auch für die übrigen Teile der Bevölkerung, von einer ganz kleinen Schicht von Kriegsgewinnern abgesehen. Die Gründe sind so selbstverständlich und klar, daß sie nicht weiter dargelegt zu werden brauchen. Wenn das Sozialprodukt sich verkleinert, muß der Anteil jeder Klasse an ihm kleiner werden, und für die Arbeiterklasse als zahlreichste Klasse kann auch durch Verkleinerung der Anteile der anderen Klassen kein Ausgleich geschaffen werden, weil sie eben zu groß ist, als daß durch die Hinzufügung des Anteils der anderen Klassen eine nennenswerte Verbesserung ihrer Lage entstehen könnte. Wir wissen ja leider sehr wenig über die tatsächliche Größe des Sozialprodukts und über die Verteilung unter die verschiedenen Klassen und sind durchaus auf Schätzung angewiesen. Es hat daher keinen Zweck solche Schätzungen hier wiederzugeben.

Durch eine Erhöhung der Löhne in den einzelnen Arbeitszweigen wird jedenfalls heute die nachteilige Lage der ganzen Arbeiterschaft nicht gebessert. Ganz gewiß aber nicht in einer Phase der kapitalistischen Wirtschaft, wie wir sie heute haben, in einer Phase, in der die Produktion hinter einem durch die Produktionsentwicklung der früheren Jahre bedeutend gesteigerten Bedarf und einer durch fortgesetzte Papiergeldausgabe ins unendliche anschwellenden Kaufkraft zurückbleibt. Denn in einer solchen Phase ist die Möglichkeit stets gegeben die Selbstkostensteigerung durch Lohnerhöhung auf die Warenpreise abzuwälzen. Was die Arbeiterklasse als Produzentin gewinnt, muß sie als Konsumentin wieder hergeben. Außerdem aber ändert die Erhöhung der Löhne nichts an der Größe des Sozial-

produkts. Es gilt der Marxsche Satz, daß »die unerläßliche Bedingung für eine passable Lage des Arbeiters . . . möglichst rasches Wachsen des produktiven Kapitals« ist.¹ Das produktive Kapital kann aber nur auf 2 Wegen vermehrt werden: nämlich durch stärkere Kapitalbildung, indem ein geringerer Teil des Sozialprodukts verzehrt wird, sodann durch Steigerung der Produktivität der Arbeit.

Die Rolle der Arbeiterklasse als Kapitalbildnerin durch *Ersparnis* war bisher stets sehr unbedeutend. »Es ist durchaus richtig«, sagt wiederum Marx, »daß die Arbeiterklasse, als ein Ganzes betrachtet, ihr Einkommen auf notwendige Lebensmittel ausgibt und ausgeben muß.«² Was sie an Ersparnissen zurücklegt, sind Notpfennige, aufgespart für zukünftigen Verbrauch. Heute, wo das Sozialprodukt so viel kleiner, daher auch die Lebenshaltung der Arbeiterklasse schlechter geworden ist, ist ihre Fähigkeit nun durch Ersparnisse einen größeren Teil der Kapitalbildung zu übernehmen oder auch nur die alte Notpfennigersparung fortzusetzen keineswegs gewachsen. Es ist absolut utopisch etwas anderes zu erwarten. Kapitalbildung war bisher die Aufgabe der Kapitalistenklasse im Produktionsprozeß, und sie ist es auch heute noch. Wobei nur zu fragen wäre, ob und wie sie ihre Aufgabe löst.

Ganz anders steht es um die Einwirkung der Arbeiterklasse auf die andere Art der Vermehrung des *produktiven* Kapitals: die Steigerung der Produktivität der Arbeit. Hier hat die Arbeiterklasse sowohl vom Standpunkt der Allgemeinheit aus wie vor allem auch unter dem engeren Gesichtspunkt der eigenen Interessen die bedeutendsten Aufgaben zu lösen. Da eine Klasse nur durch ihre Organisationen wirksam wird, haben wir unsere Forderung an diese dahin zu formulieren, daß sie ihre ganze Wirtschaftspolitik auf dieses Ziel hin einrichten. Alle Maßregeln gewerkschaftlicher Politik sind nur unter dem Gesichtspunkt der Produktivität zu treffen: er muß unter allen Umständen entscheidend sein. Denn so sehr sich bei geringem Sozialprodukt der Kampf um den Anteil an diesem unter den Klassen verschärfen mag, so unsinnig ist dieser Kampf gerade heute, und so unsinnig ist es gerade heute diesen Kampf zum Prinzip der Wirtschaftspolitik zu machen. Hier, in der günstigsten Verwendung der Arbeitskraft im Produktionsprozeß zwecks höchster Steigerung der Arbeitsleistung, liegt vor allem die Mitwirkung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau. Verfolgen wir diesen Satz durch die einzelnen Aufgaben der Arbeiterpolitik.

An erster Stelle steht die *Arbeitszeitpolitik*. Jede Verkürzung der Arbeitszeit muß zu einer Verringerung des Sozialprodukts führen, wenn nicht entweder, bei gleichbleibendem Produktionsapparat, durch Beschleunigung des Prozesses und Intensivierung der Arbeit, durch Zusammenpressung größerer Arbeitsleistung in kürzern Zeitraum oder durch eine tatsächliche Umgestaltung des Produktionsapparats und -prozesses ein Ausgleich getroffen werden kann. Die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft während des Krieges, die mangelhafte Ernährung, eine Folge der Kriegswirtschaft und der englischen Blockade, die Entwöhnung von jeder regelmäßigen Arbeit während des Krieges, die Qualitätsverschlechterung des Nachwuchses, der

1) Siehe Marx *Lohnarbeit und Kapital* /Berlin 1891/, Seite 24.

2) Siehe Marx *Lohn, Preis und Profit* /Frankfurt 1910/, Seite 8.

während des Krieges aufgezogen wurde, sind ebenso viele Faktoren der Herabsetzung der Produktivität der Arbeit, die sich in dem allgemeinen Rückgang der Produktion ausdrücken mußte. Sie waren bereits in dem letzten Jahr des Krieges wirksam und dauerten mit verschärfter Wirkung zunächst auch nach ihm an. Dazu kam dann der Novemberzusammenbruch, der wie jede Umwälzung die Bevölkerung in den Strudel schwerer politischer Kämpfe hineinzog, ihre Arbeitsfreudigkeit herabsetzte und den Produktionsprozeß aufs schädlichste beeinflusste. Die Revolution brachte den unterschiedslosen Achtstundentag und mit ihm in einer Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs eine so starke Verkürzung der Arbeitszeit in allen Gewerben, daß die Produktivität der Arbeit ganz ungeheuerlich sinken mußte. Denn ein Ausgleich auf einem der beiden geschilderten Wege oder beiden war und ist auch noch auf lange Zeit hinaus unmöglich. Als wir in der Vorkriegszeit den Achtstundentag forderten, gingen wir alle von einer voll leistungsfähigen Arbeitskraft und einem in voller Entwicklung befindlichen Produktionsapparat aus. Wir glaubten ein Sinken der Produktionsmengen durch Intensivierung der Arbeit, Änderungen des Prozesses, Einführung von neuen Maschinen usw. verhindern zu können. Es bleibe dahingestellt, ob wir bei der Untersuchung des Problems uns nicht zu einseitig auf die Fabrikindustrie eingestellt und die großen außerhalb liegenden Erwerbszweige vernachlässigt hatten. Ist aber die Produktivität der Arbeit durch Intensivierung der Arbeit nicht zu steigern, wie das heute der Fall ist (und ihr steht der Ernährungs- und psychische Zustand der Bevölkerung entgegen, der die gesteigerte körperliche und psychische Leistung einfach nicht zuläßt), so gibt es nur die Alternative: entweder den Arbeitstag vorübergehend wieder zu verlängern und so das Produktionsquantum zu vergrößern oder die Lebenshaltung dem verringerten Produktionsquantum anzupassen, das heißt den Hungerzustand chronisch zu machen. Es ist in der Fabrikindustrie für den geschwächten Körper ohne Zweifel leichter möglich bei geringerem Tempo mit Einsetzung von Arbeitspausen längere Zeit als 8 Stunden zu arbeiten als bei gesteigertem Tempo unter Zusammendrängung der Arbeitszeit in einen kürzern Arbeitstag die 8 Stunden durchzuhalten. Wir müssen aber einen Weg suchen, auf dem wir zu einer stärkeren Produktion gelangen, wollen wir die Lebenshaltung wieder erhöhen und (das ist ein neues Moment, das hier in seiner ganzen Schwere eingeführt werden muß) die äußeren und namentlich auch die inneren Reparationen leisten. Der einzige Weg dazu ist größere Arbeitsleistung. Sie kann aber heute nur durch Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden.

Die Rechnung ist sehr einfach: Vor dem Krieg war eine in den einzelnen Gewerbezweigen verschieden lange, aber im allgemeinen um 10 Stunden herum liegende Arbeitszeit nötig, um die allmählich sich bessernde, aber, wenn wir die großen Massen betrachten, gewiß nicht übermäßig hohe Lebenshaltung aufzubringen. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse war ungeschwächt. Bei stark geschwächter Arbeitskraft, bei Zerstörung unseres Produktions-, Verkehrs- und Handelsapparats soll jetzt eine wesentlich niedrigere Arbeitszeit ausreichen, um nicht nur das gleiche zu schaffen sondern auch die gewaltige Wiedergutmachung zu leisten, die nur bei einer ungeheuren Vergrößerung unseres Produktionsapparats geleistet werden kann. Es ist unsinnig das Unmögliche von einem Wunder zu erwarten. In

dieser Lage sind aber alle, die dieses Wunder von dem schematisch, ohne Differenzierung der besondern Produktionsart durchgeführten Achtstundentag erwarten. Es gibt in der Ökonomie kein Wunder, weder für den einzelnen noch für eine Klasse noch für ein Volk. Nur Arbeit schmiedet das Schicksal. Nur 2 Beispiele: Unsere Industrien, unsere Haushaltungen leiden schwer unter dem Kohlenmangel. Ein großer geistiger Aufwand wird auf kohlen sparende Heizungs methoden, Erfindung von Kohlenersatzstoffen usw. vertan. Die Arbeiterzahl im Ruhrgebiet ist um 21 % erhöht, aber die Arbeiter lehnen es ab durch längere Arbeitszeit die Kohlen zu fördern, die unsere Wirtschaft braucht. Wir leiden unter schwerstem Wohnungsmangel. Das Baugewerbe ist ein Saisongewerbe. Um 4 Uhr nachmittags legt der Bauarbeiter sein Handwerkszeug fort, läßt Wohnungsnot Wohnungsnot sein. Sollte er aber nicht an die Allgemeinheit, sollte er nicht vor allem an seine Arbeitsgenossen denken, die keine Wohnung finden? Die Dauer der Arbeitszeit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Ganzen und der einzelnen Gewerbe zweige anzupassen und auch eine längere Arbeitszeit nicht mit Widerstreben sondern aus der begründeten Erkenntnis heraus auf sich zu nehmen, daß nur so unser Volk, daß nur so die Arbeiterklasse selbst gerettet werden kann: das scheint mir die wichtigste Aufgabe dieser Klasse und ihrer Organisationen zu sein.

Eng mit der Arbeitszeitpolitik hängt die Lohnpolitik zusammen. Ist doch jede Arbeitszeitverlängerung eine Lohnerhöhung. Auch ihre Maßregeln müssen so abgestimmt sein, daß sie die Produktivität der Arbeit steigern. Daß die Bekämpfung des Akkordlohns wie der Prämienzuschläge durch unsere gewerkschaftlichen Organisationen unter den Bedingungen, wie sie der Zusammenbruch geschaffen hat, ein Fehler war, hat die Einführung des Tagelohns nach der Revolution und der mit ihm verbundene gewaltige Produktionsrückgang aufs klarste bewiesen. Gerade wenn man den Achtstundentag einführt, hätte man durch eine ausgleichende Ausbildung des Lohnsystems den Anreiz zu intensivster Arbeit verstärken müssen. Auch hier zwingt das Erfordernis gesteigerter Produktion zu einem völligen Umlernen. Der Produktivitätsgesichtspunkt muß durchaus im Vordergrund stehen, und die Arbeiterorganisationen müssen sich bewußt zu Trägern wissenschaftlicher Entlohnungssysteme machen, die diesen Gesichtspunkt berücksichtigen. Sie können gerade auf diesem Gebiet nicht der Unternehmerschaft allein die Führung überlassen und sich damit begnügen an alten Theorien vergangener Zeiten festzuhalten, um so weniger, als gerade sie die Aufgabe haben bei der Ausbildung des Lohnsystems der Arbeiterklasse den Schutz gegen Raubbau zu sichern.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaften ist aber auch noch in einem andern Punkt der Steigerung unserer Produktivität durchaus schädlich gewesen. Der Verlust großer Rohstofflager durch den Krieg zwingt uns, noch mehr als schon früher, dazu die Verfeinerungsproduktion zu pflegen.³ Für diese Industrien ist aber das Vorhandensein einer hochqualifizierten, geistig hochstehenden Arbeiterschaft die wichtigste Vorbedingung. Aber wer wird noch die Mühe einer Handwerksausbildung auf sich nehmen, wenn es sich nicht lohnt? Gewiß gilt es (und gerade wir sind es, die diese geistig-sitt-

³ Siehe dazu auch *Michel* Der drohende Rückgang der deutschen Qualitätsarbeit, in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 I, Seite 240 ff.

liche Erziehung der Volksgemeinschaft und insbesondere der Arbeiterklasse anstreben) einen sozialen Geist zum Leben zu erwecken, der aus Hingabe an das allgemeine Wohl für gleichen Lohn größere Leistung und Verantwortung auf sich nimmt. Aber dieser soziale Geist ist in unserer Gesellschaft nur in einzelnen Menschen lebendig, in keiner Klasse als Motor ihres Handelns mächtig. Gerade wir aber haben die Pflicht die Realitäten so zu nehmen wie sie sind und nicht mit dem bequemen Hinweis auf das, was wir wünschen, das zu vernachlässigen, was jetzt vorhanden ist, und auf dessen Boden einzig und allein aufgebaut werden kann. Wir wollen das "Reich Gottes" auf *dieser* Erde errichten. Das Wirken für diese Idee verlangt von uns äußersten Realismus in der Praxis. Dieser sagt uns nun, daß jener soziale Geist erst die Folge eines langen Erziehungsprozesses sein kann, und daß sich dieser wiederum nur vollziehen kann, wenn wir dafür gesorgt haben, daß die äußerste Notdurft verschwunden ist. Wollen wir also jenes sittliche Ziel erreichen, so dürften wir erst recht heute keine Antizipation jenes "sozialen Lohns" vornehmen. Heute muß für die Wirtschaft der Satz befolgt werden, daß die Entlohnung nach der Wichtigkeit der Stellung im Produktionsprozeß zu geschehen hat. Die Gewerkschaften stellen sich in ihrem praktischen Kampf auf den Boden der Forderung einer Entlohnung nach Leistung: ein Grundsatz, den sie auch in dem Verhältnis von gelernten zu ungelernten Arbeitern gelten lassen müssen.

Schließlich sei noch ein Punkt der Lohnpolitik kurz gestreift. So utopisch der Glaube ist, daß durch Arbeitsverminderung eine Erhöhung des Sozialprodukts erreicht werden kann, so utopisch wäre der Glaube, daß durch eine geistige Umstellung der beiden einander jetzt wieder so feindlich wie früher gegenüberstehenden Klassen jeder Kampf um den Lohn aufgehoben werden könnte. Damit soll aber an der Notwendigkeit der Umstellung gar keine Kritik geübt werden. Denn sie ist in der Tat unbedingt notwendig, um den über alles Maß hinausgehenden Umfang der Arbeitseinstellungen zu beschränken. Im Jahr 1919 sind durch Streiks 43,6 Millionen Arbeitstage verloren gegangen. Auch hier verlangt das Postulat der Produktionssteigerung unbedingt eine Nachprüfung aller der Einrichtungen, die eine friedliche Auseinandersetzung über Lohnstreitigkeiten zum Gegenstand haben. Unsere Wirtschaft kann eine Fortdauer der ganz unhaltbaren Zustände nicht ertragen. Wenn man daher an die Arbeiterklasse und ihre Organisationen die Forderung stellt jeden Streik nicht nur als eine Angelegenheit des einzelnen Betriebs oder Wirtschaftszweigs zu betrachten sondern als eine Angelegenheit der ganzen Volkswirtschaft und der Arbeiterklasse als Ganzes und einen Apparat zu schaffen, der dieser Forderung zur Geltung verhilft, so liegt darin ein Doppeltes beschlossen: eine Erziehung der Arbeiterklasse zu der Erkenntnis, daß der Streik stets ein zweischneidiges Werkzeug ist und nur das letzte Mittel des Wirtschaftskampfs sein sollte, und die Schöpfung eines Organs der Arbeiterklasse, das imstande ist über den Kreis der einzelnen Gewerkschaft hinaus das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft an einem möglichst ungestörten Fortgang der Produktion gegen örtliche Kampfstimungen und die Bestrebungen eines einzelnen Gewerbes durchzusetzen. Es ist gerade auch vom Standpunkt dieses Gesamtinteresses aus undenkbar, daß kleine Berufsgruppen im Verfolg ihrer Lohnkämpfe oder anderer Streitigkeiten der Arbeiterschaft großer Städte, ganzer Gebiete die Werkstätten

sperrern können. Zweifellos sind die hier der Arbeiterschaft und ihren Organisationen gestellten Aufgaben in einer Zeit gewaltiger politischer Erschütterungen und dauernder wirtschaftlicher Umwälzungen mit ihren Wirkungen auf die Psyche der Arbeitermassen ganz besonders schwierig. Aber eine Führerschicht, die nicht auf die Dauer nach ihrer Erkenntnis und Einsicht zu führen vermag, verliert das Recht auf Führung. Gesundung kann hier nur aus der Selbsthilfe der Arbeiterklasse kommen. Mit gesetzlichen Kodifikationen des Streikrechts, mit Zwangsschiedssprüchen ist hier nichts zu erreichen, weil die Macht zur Durchführung der Gesetze praktisch nicht vorhanden ist, und weil bei Beendigung solcher Streitigkeiten durch Schiedssprüche oder Einigung das Vertrauen zu den entscheidenden Personen letzten Endes allein den Ausschlag gibt.

Zur letzten der oben aufgestellten 4 Thesen sind weitere Ausführungen überflüssig. Es dürfte von jedem anerkannt werden, daß Betriebe, die sich bereits im Besitz der *Gesamtheit* befinden, auch dieser, und *nur* dieser zu dienen haben. Daß in Genossenschaftsbetrieben aber gegen diesen selbstverständlichen Grundsatz vielfach verstoßen wird, davon hat die Genossenschaftsrundschau leider des öftern berichten müssen.⁴ Und daß die Arbeiterschaft der Staats- und der Kommunalbetriebe sich praktisch auch nicht immer dieser Pflicht der Selbsteinordnung bewußt ist, davon haben die Ereignisse der letzten 3 Jahre, im speziellen aber auch der letzten Monate, leider manches Beispiel gegeben. Um gruppenegoistischer Interessen willen sind wichtige Allgemeininteressen verletzt worden, wodurch auch das solidarische Interesse der Gesamtarbeiterschaft schweren Schaden nahm, mag er sich augenblicklich auch noch nicht so fühlbar machen. Schon daß der Tarifvertrag, dieses Wahrzeichen einer jahrzehntelangen, mühe- und opferreichen gewerkschaftlichen Arbeit, in seiner Autorität erschüttert wurde, bedeutet nicht nur eine Schädigung der Gesamtwirtschaft sondern letzten Endes auch gerade eine Verminderung der Macht der Arbeiterklasse, wenn man den Wechsel der Konjunktur ins Auge faßt. Hier geistig Wandel zu schaffen ist in erster Linie Sache der Gewerkschaften, die, was nicht verkannt werden darf, prinzipiell jene Gemeinschaftsforderung vertreten, in ihrer Praxis aber einer undisziplinierten Arbeiterschaft, wie sie die Nachkriegsgeneration vielfach darstellt, manche Konzession gemacht haben.

AN einigen wichtigen Kapiteln der Arbeiterpolitik wurde so zu zeigen versucht, wie der Gedanke der Produktionsförderung, als der zwingenden Notwendigkeit unserer Wirtschaft, regulierend und gestaltend in die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse eingreifen muß. Dieser Gedanke muß in alle Erscheinungen und Maßregeln der Arbeitspolitik hinein verfolgt werden; man muß zum Beispiel das Betriebsrätegesetz und seine Anwendung in der Praxis, die Arbeitsvermittlung und, als ein besonders wichtiges Gebiet, die Erwerbslosenfürsorge daraufhin untersuchen, wie weit sie den sich aus ihm ergebenden Forderungen entsprechen.⁵

4) Siehe zuletzt die Rundschau *Genossenschaftsbewegung*, in den Sozialistischen Monatsheften 1921 II, Seite 1124 f.

5) Siehe darüber Koch *Betriebsräteschulung und Produktionsidee*, *Stüßmer Die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung und Mattulat Arbeitslosigkeit und Erwerbslosenfürsorge*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 II, Seite 1089 ff., 949 ff. und 893 ff.

Zum Schluß sei der leitende Gesichtspunkt noch einmal nachdrücklich hervorgehoben: Es handelt sich jetzt *nicht* in erster Linie darum, wie das so außerordentlich viel kleiner gewordene Sozialprodukt unter die Klassen *verteilt* werden soll. Es gibt kaum einen größern wirtschaftspolitischen Fehler, als den: verrannt in die alten Gedankengänge der Vorkriegszeit alle Tätigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen auf diesen Punkt zu konzentrieren, auf ihn wie in einem verhängnisvollen Trancezustand zu starren. Nein. Der alles beherrschende Gesichtspunkt aller Wirtschaftspolitik muß es sein: Wie steigern wir die Produktivität der Arbeit auf höchste, ohne dabei den festen Boden wirtschaftlicher Erfahrungen zu verlassen? Ohne *Vergrößerung der Produktion* gibt es keine *Verbesserung der Lebensführung*, kein Entrinnen aus dem Elend, das Deutschland und mit ihm Europa betroffen hat. Nur die Arbeit kann uns retten. Arbeit, mehr und schwerer als je in Friedenszeiten, müssen wir auf uns nehmen, um uns das Leben zu retten, unseren Kindern eine bessere Zukunft zu sichern.

MAX SCHIPPEL · ENTSTAATLICHUNG

MEHR unterirdisch und in kleinerm Kreis war die Strömung gegen die überlieferte Form und selbst allgemein grundsätzlich gegen die Zweckmäßigkeit und Zulässigkeit der hervorragendsten Staats- und Gemeindebetriebe längst bemerkbar. Neuerdings bricht sie jedoch mit unerwarteter Stärke durch, und zwar recht oft gerade an Stellen und auf Gebieten, die zur unbestrittensten Domäne des Staats- und Munizipalsozialismus gehörten.

Es ist nicht bloß Deutschland, für dessen Wirtschaftsleben dieser Frontwechsel plötzlich kennzeichnend geworden ist. So beriet in Frankreich die Commission des travaux publics, aus Vertretern der Handelskammern, der Departements und der Gemeinden zusammengesetzt, im Handelsministerium Vorschläge für die Neugestaltung des Kerns von Staatsbahnnetz, die zum Teil die vollkommene Aufteilung der vorhandenen Staatsbahnliesen an die Orléans- und Nordbahngesellschaften, zum Teil die Verpachtung an eine neuzubildende Unternehmung oder doch eine wesentlich größere Einflußausübung des Privatkapitals in Aussicht nahmen. Und die Arbeiterpresse beginnt zugleich einen heftigen Kampf gegen die Bemühungen des ehemaligen Postunterstaatssekretärs Deschamps das Fernsprechwesen einer Privatgesellschaft zu übertragen, obwohl der selbe Deschamps während seiner Amtstätigkeit offen die Vorzüge des Staatsbetriebs verteidigt hatte und erst durch die jüngsten Erfahrungen und die heutige staatsfinanzielle Lage Frankreichs zu seinem verneinenden Urteil gelangt sein will.

Mit dem beliebten Hinweis auf das privatkapitalistische Macht- und Ausdehnungsstreben kommt man über die Bedeutung dieses unleugbaren Umschwungs in den grundsätzlichen Anschauungen und den praktischen Bestrebungen durchaus nicht hinweg. Denn schließlich war es doch seinerzeit viel mehr "der Kapitalismus" als "der Sozialismus", viel mehr die Klasse der Nutznießer als die Klasse der Opfer des Lohnsystems, auf deren Anregung und mit deren Unterstützung sich das deutsche und vor allem das preußische Staatsbahnsystem durchsetzte. Die militärstrategischen

Erwägungen sind aus der Geschichte der Bismarckschen Verstaatlichung gewiß nicht hinwegzudenken, aber noch viel weniger das Streben nach einem einheitlichen, planmäßigen Transportsystem für die sich mächtig regende Produktion für den großen Markt, nach innerer Absatzerweiterung für die vorwiegend peripherisch gelegenen Gruben- und Industriebezirke (Rheinland-Westfalen, Schlesien), nach Übereinstimmung und Ergänzung von Handels- und Frachttarifpolitik und noch manches andere, was samt und sonders in den Interessenbereich der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, unter Berücksichtigung der besonderen Voraussetzungen und Bedürfnisse in Deutschland fällt. Die politisch selbständige Arbeiterbewegung, verkörpert in der Sozialdemokratie, stand so gut wie allen Ergebnissen und Zielsetzungen jener "staatssozialistischen" Zeit feindseliger gegenüber als etwa der Nationalliberalismus unter Miquels Führung oder die großindustriellen Verbände, die sich gleichzeitig oder später im Zentralverband deutscher Industrieller (in der lange Zeit berüchtigten "Scharfmacher"organisation) zusammenfanden:

»In Deutschland traf die starke und schließlich siegreiche Bewegung gegen das Elend des Privatbahnwesens, gleichviel ob sie mehr auf einheitliche Reichseisenbahnen oder auf selbständige Bahnsysteme der Einzelstaaten zusteuerte, die Partei noch ganz unvorbereitet. Man wagte zwar den geplanten ökonomischen und politischen Fortschritt an sich nicht ausdrücklich und grundsätzlich zu bestreiten, aber man suchte und fand an ihm Schattenseiten genug, um schließlich ruhig bei der gewohnten und innerlich beruhigenden Ablehnung bleiben zu können. Diese Halbheit, die im Grunde nichts ist als eine geflissentliche Abschließung von allen wirklich großen wirtschaftspolitischen Entwicklungen und Entscheidungen, prägte sich 1876 in Gotha besonders deutlich in der Resolution aus, die, anscheinend ohne jede Debatte, »vom Kongreß zustimmend aufgenommen« wurde: »Der Kongreß erklärt sich, dem sozialdemokratischen Programm gemäß, dafür, daß die Privatseisenbahnen in den Besitz des Staates übergehen, da das Privatbahnsystem ein ungerechtfertigtes Monopol schafft, vermöge dessen die Eisenbahnunternehmer das Publikum nach Belieben auszubeuten vermögen. Andererseits ist der Kongreß überzeugt, daß die deutsche Reichsregierung, falls das Reich alle Eisenbahnen in Besitz bekäme, vornehmlich die Interessen des Klassen- und Militärstaates damit zu fördern und die Einnahmen zu unproduktiven Zwecken zu verwenden bestrebt sein, und daß sie ein neues Übergewicht in volksfeindlichem Sinne erlangen würde, sowie daß durch Verwirklichung des Reichseisenbahnprojekts den Börsenjobbern neue Summen von Volkseigentum zugespielt werden würden. Aus diesen Gründen kann sich der Kongreß mit dem Projekte nicht befreunden.«¹

Die Ursachen für die Änderung der Arbeiteranschauungen, die sich unterdes vollzog, mögen hier als bekannt vorausgesetzt werden. Aber welche Enttäuschungen oder Interessenverschiebungen bewogen den Kapitalismus sich, was das moderne Hauptverkehrsmittel anlangt, zu den heutigen Forderungen des Reichsverbands der deutschen Industrie hindurchzumausern, denen, selbst wenn die ersten Mitteilungen und Auslegungen maßlos entstellt und übertrieben gewesen sein sollten, noch genug des Alarmierenden und Unerfreulichen anhaften würde?



MMERHIN dürfte die gegenwärtig nicht nur in großkapitalistischen Kreisen weitverbreitete Unterschätzung und Mißachtung der wirtschaftlichen Fähigkeiten und Leistungen des Staats rasch vergehen oder sich doch in viel engere Grenzen zurückziehen. Denn um längere Dauer zu versprechen, ist sie, wenn wir in größeren Zeiträumen rechnen, doch viel zu einseitig aus dem

1) Siehe Schippel Parteigeschichtliche Rückblicke in Monopolfrage und Arbeiterklasse /Berlin 1917/. Seite 181.

Augenblick heraus geboren. Schien sie doch noch in den Anfangsjahren des Krieges kaum verständlich. Damals sangen, wie man sich erinnern wird, deutscher Reichstag und preußischer Landtag bei jedem neuen Zusammentritt um die Wette das Lob der erstaunlichen, alle Erwartungen überholenden Tüchtigkeit der Eisenbahnverwaltung, die neben den riesenhaftesten militärischen Anforderungen zugleich in umsichtigster, meisterhafter Weise den wesentlichsten Produktionsansprüchen zu genügen verstanden hätte. Erst als die rapide Herunterwirtschaftung des Materials in rascher Folge immer schlimmere Verkehrsstörungen, Einschränkungen und die abnormsten Mehrausgaben nach sich zog, tauchte hier die Abneigung gegen den Staatsbetrieb an sich auf und spitzte sich zu immer heftigerer Einseitigkeit zu, je trostloser der Kräfteverfall des nach der Abschneuerung des Seeverkehrs doppelt unentbehrlichen Verkehrsmittels in Erscheinung trat. Aber das unter normalen Verhältnissen in der Tat sinnlose Herunterwirtschaften ohne fortlaufenden Ersatz und Ausgleich beruhte im Grunde doch nur auf einer fehlgehenden Annahme über die wahrscheinliche und mögliche Dauer des Krieges. Was für einen langen Zeitraum selbstmörderisch war, erschien für eine kürzere Zeitspanne zwar als Wagnis, aber doch zulässig und erträglich, vielleicht sogar als das einzig Richtige. Hätte die Privatleitung irgendetwas an diesem grundlegenden Irrtum geändert und insoweit wirksamern Schutz vor dem nachfolgenden Betriebszusammenbruch und Stimmungsumschlag geboten? In dieser Richtung ist also der jähe Wechsel von Staatsbegeisterung zu Staatsfeindschaft mehr als ein Erzeugnis einer augenblicklich herrschenden Aufregung und Erbitterung zu betrachten denn als der Ausdruck einer allmählich herangereiften, objektiv abwägenden Erfahrung zu werten.

Trotzdem bleibt genug von ernster sachlicher Erschütterung der alten Verstaatlichungsgedankenwelt übrig, und in mancher Beziehung brauchen wir Sozialdemokraten dies noch nicht einmal zu bedauern. Denn unter uns selber ist man mehr und mehr von der frühern Parteivorstellung zurückgekommen: die glatte Übernahme eines Produktionszweigs oder einer Reihe von Einzelbetrieben auf den Staat (oder die Gemeinde) sei stets als "Sozialisierung", selbst bei weitester und verschwommenster Ausdehnung dieses dehnbaren aller Begriffe, zu begrüßen, ihr Unterbleiben sei deshalb von unserer Seite aus stets zu bedauern und ihre Wiederaufhebung von uns unter allen Umständen zu verhindern.

Die allgemein zugestandene Möglichkeit, daß Staatsbetrieb unter Umständen weiter nichts sei als "Staatskapitalismus" (Kapitalismus unter Gebrauch einer besondern, für bestimmte Gebiete mehr oder weniger zweckmäßigen Besitz- und Unternehmungsform), möge hier ganz beiseite gelassen sein. Aber die Tatsache, daß die alte Sozialisierungsbewegung im Ernstfall einfach auf den staatlichen (oder kommunalen) Apparat zurückgriff, entsprang von vornherein viel mehr einer Verlegenheit und einer vorübergehenden Zufälligkeit als einem festen Plan und einem unbeugsamen Zielbewußtsein. Man fand für die Depossedierung der alten Privatwirtschaft, und besonders bei einem so unwiderstehlich auf einheitliche Leitung drängenden Verkehrszweig wie den Eisenbahnen, zunächst überhaupt kein anderes funktionierendes Räderwerk außerhalb des Privatkapitals vor als den ebenso weitverbreiteten wie zentralistisch zusammengefaßten Verwaltungsapparat des

Staates (oder der Gemeinde) und übertrug also die bisherigen Funktionen der Privatunternehmung zunächst und ohne weiteres diesem, aus ganz anderen Bedürfnissen heraus geschaffenen Apparat. Mit der Zeit stellten sich jedoch, was wirtschaftlich produktive Leistung anlangt, die Schwächen und die Ungeeignetheit dieser Art Leitung immer empfindlicher heraus², und wenn jede Herausbildung und Heranziehung von geeigneteren Übernahmeorganisationen schon Aufhebung der Sozialisierung wäre, dann sind die namhaftesten Sozialdemokraten, mit Recht, selber schon für eine solche Aufhebung eingetreten. An ihrer Spitze sogar die Sozialisierungskommission des Reichs in ihrer ursprünglichen radikalern Zusammensetzung, wenn sie im Februar 1919 beispielsweise über den Kohlenbergbau sich äußerte: »Ein naheliegender Gedanke ist natürlich den gesamten Kohlenbergbau und den Absatz seiner Produkte zu verstaatlichen. . . Die Kommission ist jedoch einhellig der Überzeugung, daß die gegenwärtige Organisation des Staatsbergbaues den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht entspreche, und einer Erweiterung des Einflusses der Gesamtheit eine völlige Umgestaltung dieser Verhältnisse vorausgehen habe. Die Kommission ist einstimmig der Auffassung, daß die ganze Behördenorganisation, die Anstellungs-, Avancements- und Gehaltsverhältnisse, das Etats- und Rechnungswesen, kurz die gesamte Einordnung in den normalen Staatsbetrieb mit seiner bürokratischen Auffassung schwere Hindernisse für eine wirtschaftliche Ausnutzung der Bergwerke bedeutet. *Jegliche Ausdehnung des staatlichen Betriebs ist unökonomisch und daher abzulehnen*, solange nicht die völlige Loslösung dieser wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates von seiner politischen und verwaltungsmäßigen, solange nicht der Bruch mit den bürokratischen Traditionen in den wirtschaftlichen Betrieben des Staates erfolgt. Ein Zweifel an der Notwendigkeit einer völligen Umgestaltung kann schon bei dem gegenwärtigen Umfang des Staatsbergbaues überhaupt nicht bestehen. . . Ganz abgesehen von diesen Mängeln ist die Kommission der Ansicht, daß eine isolierte Verstaatlichung des Bergbaus beim Weiterbestehen der kapitalistischen Wirtschaft in anderen Wirtschaftszweigen nicht als eine Sozialisierung betrachtet werden kann sondern nur die Ersetzung eines Arbeitgebers durch einen andern bedeuten würde.«³

DER Reichsverband der deutschen Industrie hat bei seinem letzten, aufsehenerregenden Entstaatlichungsvorstoß nachträglich bestritten, daß ihm im Hinblick auf die Eisenbahnen etwas ähnliches vorgeschwebt habe wie die Rückkehr zur vorbismärckischen Privatwirtschaft, und behaupten lassen, daß er an Stelle des hilflos versagenden Staates nur eine andere, gleichfalls einheitlich monopolistische und öffentlichrechtliche Organisation mit der Aufgabe der technisch und wirtschaftlich zweckmäßigsten Verkehrsleitung betraut wissen wolle. Er ließ sogar durchblicken, daß er hierüber mit den Gewerkschaften in der Zentralarbeitsgemeinschaft unschwer zu einer ausreichenden Verständigung zu gelangen hoffe.

Dann konnte das Verfahren des Reichsverbands nicht unglücklicher gewählt sein, wie überhaupt die großindustrielle Stellungnahme zur Arbeitsgemeinschaft jede Konsequenz und jeden Weitblick vermissen läßt. Ist die paritätische Arbeitsgemeinschaft unentbehrlich für die Lösung der schwebenden großen Grundfragen der Verkehrs- und Produktionspolitik, dann ist selbstverständlich jedesmal die Verständigung vor der öffentlichen Erklärung

2) Über den kommunalen Apparat als Träger der Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit: siehe jetzt die folgenden beiden überaus lehrreichen Denkschriften: *Horten* Die Neuorganisation der Verwaltung der städtischen Werke /Berlin 1921/ und *Theising* Richtlinien zur Organisation der städtischen Betriebe /Dresden 1921/.

3) Siehe den Vorläufigen Bericht der *Sozialluterungskommission* vom 15. Februar 1919: Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues, abgedruckt im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 15. März 1919.

und Festlegung zu suchen. Aber eine Großindustrie, die die Türe zur Arbeitsgemeinschaft immer nur dann und erst dann zu finden weiß, wenn sie bei der Regierung, beim Reichstag oder im Reichswirtschaftsrat wider Erwarten nicht vorwärts kommt, oder nachdem sie die öffentliche Meinung in ungeschicktester und unverständlichster Weise gegen sich aufgebracht hat, diskreditiert nur die selbe Arbeitsgemeinschaft, von der sie Hilfe erwartet, und bringt außerdem die Gewerkschaften in eine auf die Dauer ganz unmögliche Lage. Denn zu bloßen Lückenbüßern und Nothelfern je nach Bedarf und Wunsch der Gegenseite werden sich die Gewerkschaften niemals hergeben wollen.

Leider wird man auch die Arbeiter nicht von jeder Schuld an den heutigen Wirren und Gefahren in der Verstaatlichungsfrage freisprechen können. Öffentlichrechtliche Betriebe können natürlich nur dann ihr Ansehen erhalten und Anhänger für den in ihnen wirkenden Grundgedanken werben, wenn sie in jeder Beziehung die höchsten Anforderungen nicht nur an sich selber stellen sondern sie auch erfüllen: nicht nur technisch und kaufmännisch sondern auch in der Betätigung ihres wertvollsten Bestandteils, ihres lebendigen Arbeitskörpers, in den *Leistungen*, dem *Gemeinsinn* und der *Opferbereitschaft* ihrer Arbeiterschaft. Entzieht sich in öffentlichrechtlichen Betrieben die Arbeiterschaft etwa gar mit besonderer Beflissenheit der normalen gewerkschaftlichen Disziplin, sieht sie im Wegfall des wachsamern und rücksichtslosern Privatunternehmers nur einen besondern Grund sich den sonst maßgebenden und heute mehr als je unentbehrlichen *Produktionspflichten* zu entziehen und Sondervorteile für sich herauszuschlagen, so untergräbt sie nicht nur den Eindruck und Einfluß des ganzen Sozialisierungsgedankens, sondern sie trägt auch Zwistigkeiten und Konflikte in die Arbeiterbewegung hinein, durch deren Einmütigkeit die höhere Produktionsform allein praktisch gegen alle Widerstände durchgesetzt werden kann.

Mehr als ein "konterrevolutionäres" Unternehmertum kann unter Umständen eine "revolutionäre" Arbeiterschaft die ganze Sozialisierungsbewegung in Verruf bringen und zur Ohnmacht verurteilen. Nur als in jeder Beziehung höhere Produktionsstufe hat die Sozialisierung eine Zukunft. Und diese Zukunft liegt zu einem guten Teil in der Hand der Arbeiter der Gegenwart.

JULIUS KALISKI · DIE DEUTSCHE POLITIK AM BEGINN DES 4. NACHKRIEGSJAHR



OBJEKTIVE Beobachter müssen aus dem Hin und Her der deutschen Meinungen und Entschlüsse den Eindruck gewinnen, als ob die deutsche Politik der Nachkriegszeit endgültig darauf verzichtet habe das Schicksal der Nation durch eigenes Wollen und eigenes Tun zu bestimmen. Alles Heil wird von der Entscheidung anderer erwartet, alles erhofft von dem, was von außen kommt. Selbsttätigkeit und Selbstverantwortung scheinen geschwunden zu sein. Wobei aber Objektivität gebietet sich daran zu erinnern, daß in dem staatlichen Leben Deutschlands es immer nur galt: zu befehlen oder zu gehorchen. Dabei konnte

es zu verantwortlichem Handeln nicht kommen. Denn die, die befehlen konnten, waren der Mühe enthoben mit Widerständen rechnen zu müssen. Der militärische Zusammenbruch vom Herbst 1918 machte der Möglichkeit des Befehlens ein Ende, und damit entstand ein Vakuum, das bis auf den heutigen Tag unausgefüllt blieb. Die deutsche Politik wartet und hofft auf Lösungen, die ihr jemand geben muß, und da im Innern eine Befehlsgewalt nicht mehr vorhanden ist, so werden (und dies entspricht dem traditionellen Geist des deutschen Liberalismus, der sich, mangels wirklicher Gegenkräfte, plötzlich tonangebend sieht) die angelsächsischen Weisungen als die dem deutschen Volk einzig sich bietenden Möglichkeiten genommen. Es ist zuzugestehen, daß diese Entwicklung in Deutschland geradlinig und konsequent gewesen ist; denn auch die Kriegspolitik stand und ging in diesem Zeichen bis zum tragischen Ende, und sie fand, allen Erfahrungen zum Trotz, ihre Fortsetzung in der Waffenstillstands- und Friedenspolitik. Je länger, je mehr sind sogar Bedenken, die sich früher hier und da geltend zu machen pflegten, geschwunden, und in der deutschen Öffentlichkeit stört kaum mehr etwas die reibungslose Harmonie — bis auf die Tatsachen.

In den ersten Dezembertagen des nun beendeten Jahres blühte der Optimismus von neuem auf. Alle Organe der öffentlichen Meinung verkündeten den Weg der Rettung: die Gewährung eines Moratoriums und einer Anleihe an Deutschland. Die Reparationskommission forderte in ihrer Note vom 2. Dezember 1921 die deutsche Regierung auf alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die fälligen Zahlungen am 15. Januar und 15. Februar 1922 sicherzustellen, entweder bei den Staatsbürgern, die notorisch Besitz im Ausland haben, oder bei den ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Ergänzung ausländischer Devisen zu erhalten. Weiter legte die Note dar, daß die Schwierigkeiten, die der deutschen Regierung begegnen, Schwierigkeiten seien, die eng mit der Baisse des Kurswerts der Mark verknüpft sind und einen mehr finanziellen als wirtschaftlichen Charakter darstellen, daß die deutsche Regierung es versäumt hätte beizeiten die erforderlichen Mittel zu ergreifen, um das Budget derartig ins Gleichgewicht zu bringen, daß die öffentlichen Ausgaben nicht in einem immer größer werdenden Maß durch die der Regierung von der Reichsbank gewährten Kredite und durch die Vermehrung des Papiergeldumlaufs gedeckt werden. Zum Schluß forderte die Note die deutsche Regierung auf unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zur Gesundung der Finanzlage zu ergreifen. Die öffentliche Meinung Deutschlands ließ sich durch diese Note die Stimmung nicht verderben. War doch inzwischen der frühere Wiederaufbauminister Walther Rathenau in London eingetroffen, und seine Verhandlungen mit der englischen Regierung zerstreuten alle Bedenken, soweit solche sich überhaupt noch hervorwagten. Daß man bestrebt war die Verhandlungen als inoffiziell zu charakterisieren, verlieh ihnen noch eine erhöhte Bedeutung. Natürlich stellten sich zugleich Reden britischer Staatsmänner ein, so vor allem die des britischen Schatzkanzlers, aus der man alles herauslesen konnte, und aus der man heraushörte, was man wollte: Was die deutschen Reparationen betreffe, so habe England stets den Grundsatz verfolgt sein Budget ohne Bezugnahme auf irgendetwas aufzustellen, was von seiten Deutschlands einkommen könnte. Man wolle weiter bei diesem Grundsatz bleiben. Deutschland erkläre jedoch, daß es die Summen nicht bezahlen könne, die im Januar und Februar fällig wären, und es ersuche um Aufschub. Dies sei eine Auf-

gabe, die alle Alliierten gemeinsam erörtern und einstimmig beantworten müßten. Der Zusammenbruch Deutschlands, sollte er unglücklicherweise durch irgendeine Aktion der Alliierten herbeigeführt werden, wäre ein Unglück, nicht nur für Deutschland sondern auch für Europa und die Welt. Nun bedürfte es keiner Beweise mehr, daß sich alles wenden werde. Man war nunmehr fest überzeugt, England werde sich nicht länger mehr davon abhalten lassen die Hilfsaktion zugunsten Deutschlands durchzuführen, die es eigentlich von Anfang an geplant hätte, und die (das wurde ja beständig in den deutschen Zeitungen, namentlich aber in denen der Linken, als eine von niemanden zu bezweifelnde Tatsache wiederholt) immer nur von den jeweiligen französischen Ministerpräsidenten verhindert worden wäre.

Was aus der englischen Presse über die Bedingungen jener Hilfe nach Deutschland gemeldet wurde, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Man vernahm von einer Kontrolle des deutschen Budgets und der Reichsbank, der Aus- und Einfuhr, der Pfandstellung von Industrien, der Auslieferung der Reichseisenbahnen an eine internationale Privatgesellschaft und anderes mehr, was unter die Kategorie einer fremden Zwangsverwaltung fällt. Als man weiter vernahm, daß England seine Reparationsansprüche gleichfalls durch Sachleistungen Deutschlands erfüllen lassen wolle, wuchs die Genugtuung, und sie steigerte sich zur hellen Freude, als Meldungen davon zu erzählen wußten, daß England mit Deutschland gemeinsam Rußland wirtschaftlich exploitierten wolle, daß England deutsche Reparationsleistungen dazu benutzen wolle, um Eisenbahnen in Rußland zu bauen, daß Deutschland auf diese Weise an einem Kulturwerk mitwirken und auf die einfachste Weise seine Schulden an Großbritannien loswerden würde. Ein Strom deutscher Arbeiter hieß es, solle sich nach Rußland ergießen, um unter Führung Englands oder, wie man manchmal umschreibend meinte, der Entente, den Aufbau vorzunehmen. Französische Stimmen, die derartige englische Pläne, die, wie versichert wurde, der aktivsten amerikanischen Unterstützung gewiß wären, weniger jubelnd begrüßten, wurden als Beweise französischer Unversöhnlichkeit und Gehässigkeit gedeutet.

Die deutsche Regierung war nicht untätig. Die Reparationskommission hatte Maßnahmen verlangt, um das Reichsbudget in Ordnung zu bringen. Wenige Tage nach der Verkündung von Tarifierhöhungen der Post und der Eisenbahn erfolgte die Ankündigung abermaliger Erhöhungen, und zwar diesmal einer gegen die Vorkriegszeit durchschnittlich 20fachen Verteuerung der Gebühren. Wer konnte jetzt noch leugnen, daß nicht alle Kraft aufgeboten werde den Etat in Ordnung zu bringen? Um noch mehr zu tun, wurde vom Reparationsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats ein Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes angenommen. Der Reichskanzler Wirth nahm bei diesen Verhandlungen das Wort und schloß seine Rede mit folgenden Sätzen:

»Verabschieden Sie den Gesetzentwurf als ein Zeichen innerer Bereitwilligkeit an der Lösung der Kreditfrage mitzuarbeiten und der Regierung ein Instrument in die Hand zu geben, und sprechen Sie damit die Hoffnung aus, daß die ganze Welt auch an diesem Zeichen erkennen möge, daß in Deutschland alle Kreise bereit sind am Wiederaufbau in Deutschland und der ganzen Weltwirtschaft mitzuarbeiten. Doktor Rathenau, das Mitglied dieses Hauses, wird ja in einigen Tagen Ihnen über seine Eindrücke in London Bericht erstatten können. Freilich ist es auch zunächst besser zu schweigen, wo große Gedanken reifen, anstatt zu reden und nachher zu sehen, wieviel Porzellan zerschlagen ist. Wir sehen den nächsten Tagen mit Spannung und einiger Hoffnung entgegen.«

Vereinzelt trauten sich doch Bedenken hervor, ob die 20fache Erhöhung der Eisenbahn- und Postgebühren ohne die notwendige innere Umgestaltung, Entlastung und Rationalisierung des Betriebs, durch die allein sich eine Tarifierhöhung rechtfertigte, nicht eine Eisenbartkur bedeute. Aber die ohnehin nur schwache Kritik versandete schnell. Man scheint in der Tat zu glauben durch die mechanische Verkehrstarifizierung und durch das Projekt der Errichtung einer Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes eine Politik der Erfüllung betrieben zu haben. Es fragt sich nur noch, was die Völker dazu sagen, die von uns die Wiedergutmachung durch Erfüllung fordern. Ohne Zweifel ist der Reichskanzler Wirth, der erste Chef des Kabinetts der deutschen Republik, der von einem ehrlichen Willen zur Leistung geleitet ist, von der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Wiedergutmachung der Kriegszerstörung durchdrungen, und sicherlich ist ihm auch das solidarische Interesse Deutschlands und Europas klar. Nur muß freilich noch eine ganz andere Kraft zur Durchsetzung der Sache selbst aufgeboten werden. Die gefährlichste Selbsttäuschung wäre die: daß ein aufrichtig gemeintes Bekenntnis zur Erfüllungspolitik schon mit der Erfüllungstat gleichbedeutend sei.

Am 10. Dezember sagte der Reichskanzler, man sehe »den nächsten Tagen mit Spannung und einiger Hoffnung entgegen«. Rathenau kehrte aus London zurück, und nach seiner Berichterstattung im Reichskabinet wurde eine Note an die Reparationskommission gerichtet, in der für die am 15. Januar und 15. Februar zu erfüllenden Zahlungsverpflichtungen ein Teilaufschub erbeten wurde. Die Regierung setzte darin auseinander, daß sie die Zahlungsverpflichtungen nur mit Hilfe einer im Ausland aufzunehmenden Anleihe hätte erfüllen können. Sie habe in England wegen einer solchen Anleihe verhandelt, von maßgebender Stelle sei ihr jedoch erwidert worden, daß unter den Bedingungen, die zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche in England nicht zu erlangen wäre, und zwar weder als langfristige Anleihe noch als kurzfristiger Bankkredit. Schließlich wies die Note darauf hin, daß die deutsche Regierung sich darauf beschränke zunächst den Zahlungsaufschub für den nichterfüllbaren Restbetrag der Raten vom 15. Januar und 15. Februar zu beantragen, »obwohl sie sich bewußt ist, daß sie bei den nächsten folgenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird«. Von unterrichteter Seite ist, wie in zahlreichen Blättern zu lesen war, die Note dahin erläutert worden, daß das deutsche Kreditersuchen nicht prinzipiell abgelehnt worden sei, die englische Hochfinanz vielmehr erklärt habe, daß sie einen Kredit nicht geben könne, solange Deutschland mit den Reparationslasten beschwert sei, wie sie sich aus dem Londoner Ultimatum ergeben; damit sei zum erstenmal von autoritativer Seite das Problem einer Änderung der Reparationsbedingungen aufgeworfen worden. Die Kommentare der meisten Blätter bekundeten rosigste Auffassung der Situation, fußend auf den Informationen von "unterrichteter Seite". Der Wortlaut der Note sei, so gab man zu verstehen, natürlich in London vereinbart, die bevorstehende Antwort würde zeigen, daß der Boden für eine Politik vorbereitet sei, die den Interessen Deutschlands ebenso entspräche wie denen Englands, das doch immer der beste Kunde Deutschlands gewesen sei und endlich vor aller Welt dargetan habe, daß sein Wohl auch das Deutschlands sei.

Der deutschen Note vom 24. Dezember 1921 folgte 3 Tage später eine Note der Reparationskommission, deren entscheidender Teil also lautet:

»Die Reparationskommission kann nur ihr Erstaunen darüber ausdrücken, daß sie in der Note des Reichskanzlers weder eine nähere Angabe über die Devisenbeträge findet, die die deutsche Regierung an jedem der Fälligkeitstage vom 15. Januar und 15. Februar nächsten Jahres zu liefern bereit sein würde, noch eine Erklärung darüber, welche Stundungsfrist erbeten wird, um den Restbetrag zu zahlen, noch das Angebot von Garantien für die Zwischenzeit. Solange die Reparationskommission diese näheren Mitteilungen nicht erhalten hat, ist es ihr unmöglich die Bitte der deutschen Regierung in Betracht zu ziehen oder zu prüfen. Die Reparationskommission stellt mit Bedauern fest, daß die Note des Reichskanzlers keine Angabe über die Maßnahmen enthält, die er angewendet hat, oder die er anzuwenden beabsichtigt, um den Wünschen der Reparationskommission in ihrer mündlichen Erklärung vom 13. November und in ihrer Note vom 2. Dezember 1921, auf die die Kommission noch einmal ausdrücklich verweist, zu entsprechen.«

Das klang wenig nach Verabredung. In den Tagen darauf reiste der französische Ministerpräsident nach London, auch Rathenau reiste nach London wieder ab. Was vorher die Lösung bedeutete, nämlich ein Moratorium und eine Anleihe, war inzwischen aus der Erörterung und offenbar auch aus dem Gedächtnis gänzlich verschwunden, man war ziemlich plötzlich zu dem Ergebnis gelangt, daß die Verweigerung eines Moratoriums oder einer Anleihe einen großen deutschen Erfolg darstelle, weil damit nicht nur eine kurzfristige Erleichterung sondern eine völlige Neugestaltung des Reparationsproblems in die Wege geleitet werde. Die Londoner Verhandlungen zwischen Briand und Lloyd George führten zu der Einberufung einer Sitzung des Obersten Rats nach Cannes, die am 6. Januar dort eröffnet wurde. Am 8. Januar wurde dann in den deutschen Zeitungen gemeldet, die Konferenz in Cannes hätte beschlossen Deutschland unter noch festzusetzenden Bedingungen für einen Teil seiner Zahlungen Aufschub zu gewähren. Und nun war mit einemmal wieder das Moratorium des einzig Richtige; namentlich, da man in seiner Bewilligung die Hand Lloyd Georges zu erkennen glaubte. Freilich war man wohl oder übel gezwungen darauf hinzuweisen, daß über die "Modalitäten" noch erst von dem mit der Prüfung der Reparationsfragen beauftragten Ausschuß der Konferenz verhandelt würde, und daß »sich erst aus den bisher noch unbekanntenen Bedingungen für den Zahlungsaufschub ergeben werde, ob und inwieweit dieser unsere Lage erleichtert«. In der Tat können sich selbst unsere liberalen Zeitungen nicht verhehlen, daß Lloyd Georges "Garantiesystem zur Ordnung der deutschen Finanzen", von dem die Presse am 7. Januar berichtet hatte, nicht danach aussieht, als ob England eine Stärkung der deutschen Produktionskraft beabsichtige.

Nichtsdestoweniger sind die Träger der deutschen öffentlichen Meinung, seit langem daran gewöhnt aller auftauchenden Besorgnisse durch eine gefällige Deutung der Tatsachen Herr zu werden, der Überzeugung, daß sich alles programmatisch entwickle, daß nunmehr alles im rechten Geleise sei, da England eine Stabilisierung der Kurse und damit die Beruhigung der Weltwirtschaft anstrebe. Die Blätter der Rechten, die, aus welchen Gründen immer, an den Erfolgen solcher Politik zu zweifeln wagen, werden wegen ruhestörender und landesschädigender Haltung ernstlich vermahnt. Die Anfrage der Reparationskommission ist vorläufig nicht schriftlich beantwortet worden. An Stelle substanzierter Aufklärungen, die ihre Beantwortung nötig gemacht, und an deren Bekanntgabe nicht zuletzt das deutsche Volk selber ein sehr lebhaftes Interesse gehabt hätte, vernahm Deutschland von

dem großen Projekt der Bildung eines internationalen Finanzkonsortiums mit einem Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling, dessen Aktien zu gleichen Teilen an England, Frankreich, Italien, Amerika und Deutschland übergeben werden sollen, während eine schwächere Beteiligung für Belgien und Holland vorgesehen ist. In diesen Ländern sollen nicht die Regierungen, sondern die Banken und Privatbankiers die Anteilseigner sein. Deutschland jedoch soll die Hälfte des zu zeichnenden Kapitals dem Reichsschatz entnehmen, ein Teil der deutschen Gewinne aus diesem Unternehmen soll der Reparationskommission übergeben werden. Die Ausführung dieses Plans bedeutete die Auslieferung der deutschen Wirtschaft an die Entente (wenn man die Gepflogenheit beibehalten will den englisch-amerikanischen Weltkonzern als Entente zu bezeichnen). Und er soll noch nach englischer Absicht durch eine enorme Steigerung der Produktionskosten nach Art der (womöglich noch weiter fortzusetzenden) Verkehrsverteuerung ergänzt werden. Das trat in den Nachrichten über das oben erwähnte Lloyd Georgesche Garantiesystem dermaßen deutlich zutage, daß selbst das Berliner Tageblatt am 7. Januar bedenklich schrieb: »Mit all diesen angeblichen Plänen Lloyd Georges würde einzig und allein ein Ziel erreicht werden: die dauernde wirtschaftliche Kröbelung Deutschlands.« In dieses System fügt sich nahtlos die deutsche Mitwirkung an dem "Wiederaufbau" Rußlands unter englischer Führung. England betreibt Rußland gegenüber eine Politik, die die Verewigung der Zerstückelung des Russischen Reichs bezweckt. Daher die Verständigung mit den Bolschewisten, die auch Deutschland mitmachen soll, und die den Grund zur Feindschaft zwischen Deutschland und dem kommenden Rußland legt. Für England ist der Zusammenbruch Rußlands ein noch stärkerer Kriegserfolg als der Zusammenbruch Deutschlands, denn er schaltet dem englisch-amerikanischen Konzern gegenüber einen Weltteil politisch und wirtschaftlich aus. Ein Deutschland, das diesem Zustand Dauer verleihen hilft, verzichtet auf ein Eigenleben in der Zukunft, ohne doch dafür die Existenzsicherheit einer britischen Kolonie zu erlangen.

Dieser ständigen Bereitschaft der deutschen Politik englischen Anregungen zu folgen steht in seltsamer Weise die Tatsache gegenüber, daß man alles, was von Frankreich für eine Zusammenarbeit mit Deutschland, für einen Aufbau der europäischen Wirtschaft unmittelbar oder mittelbar angeregt worden ist, Jahre hindurch überhört oder mißdeutet hat. Gleich nach dem Waffenstillstand kamen die ersten Vorschläge Frankreichs deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau des zerstörten Gebiets zu verwenden, und obgleich die Sache nicht vom Fleck rückte, trat auf französischer Seite noch mehrfach der Gedanke des gemeinsamen Wiederaufbaus in den Vordergrund der Bemühungen. In dem Projekt Seydoux nahm er greifbare Gestalt an. Aber erst als Großbritannien seine Genehmigung zur Reparation durch Sachleistungen erteilte, begann man in Deutschland das System der "Sachleistungen" zu vertreten. Es kamen die Wiesbadener Vereinbarungen: ein erster Schritt auf dem richtigen Weg, dem aber gerade deshalb der Versuch Englands das Abkommen zu sabotieren folgte. In Deutschland stellte sich die Überzeugung ein, daß man stets für eine Zusammenarbeit mit Frankreich gewesen wäre; nur Frankreichs Haltung sei schuld daran, daß diese Bereitwilligkeit kein Ergebnis gehabt hätte. Diese Umstellung der Tatsachen macht das Auge blind für den einzigen Weg, den man gehen muß, wenn man Zusammenbruch und Hörigkeit verhüten will. Nur durch die

Kooperation Deutschlands und Frankreichs kann der Katastrophe vorgebeugt werden, denn der Wiederaufbau Deutschlands und Frankreichs und damit die Rettung Europas ist ein *Produktionsproblem*, das nur durch Gemeinschaftsarbeit der beiden benachbarten Länder gelöst werden kann. Was nützt es Auswege zu suchen, die man sich von England zeigen lassen will? Sie führen nur zur Kontrolle Europas durch das angelsächsische Kapital. Und diese bedingt eine Niedrighaltung der festländischen, insbesondere aber der deutschen Qualitätsproduktion. Die Grundlagen der Weltpolitik sind in ihrem Wesen keine anderen als die der Innenwirtschaft. Hier wie dort gilt es die Produktionswurzel zu erfassen. Dann wird es klar, daß wir nicht durch irgendeine "Konjunktur" sondern nur durch Schaffen weiter kommen. Ein *europäisches Schaffen* gibt es aber nur nach einer deutsch-französischen Verständigung.

PAUL CLAUDEL · DER HEILIGE JOSEPH · ÜBER- TRAGEN VON MAX HOCHDORF

WENN alles Gerät zur Ruhe gehäuft, und die Arbeit des Tages beendet,

Wenn Judas Volk sich hinstreckt auf Triften vom Karmel zum Jordan, müd und schlummergeblendet,

Dann, als wär' er ein Knabe noch, der Lettern nicht mächtig mehr, im Dämmern und Schattendehnen,

Hebt Joseph an die Zwiesprach Gottes zu suchen mit großem Sehnen. Weisheitswesen nur suchte er, da sandte man *sie* ihm als Frau.

Still harrt er nun wie die Erde zu der Zeit, da sie berieselt ist vom Tau. Füllegesättigt ist er, nächtig verwebt, freudeverstrickt und wahrheitsbeglückt.

Maria ist sein, und er ist um sie, gesättigt, verzückt.

Nicht *eines* Tages Wandel lehrte ihn, im Dienste der Gefährtin,

Jedwedes Regen klug und väterlich zu werten.

Mit Eva ist er wiederum im Paradies gesellt.

Dies Antlitz, allen Männern not, ward vor ihm durch Liebe und Ergebenheit erhellet.

Nicht ehemalig Beten bebt, nicht ehemalig Heischen lebt,

Des tiefen, makellosen Wesens hassesferner Arm nur stützt und hebt.

Nicht Glaubensfeuer mehr, dunkel in der Nacht, die lautre Liebe nur erläutert, wirkt, verweilt,

Dieweile Joseph bei Marien, Maria bei dem Vater sich verweilt.

Und wir auch tun wie sie: daß Gott, des Wirken unser Wähnen überschreitet, uns endlich finde,

Daß Sein Geleucht in unserm Lämplein, Sein Wort in unserm Lärmen nicht verschwinde,

Daß Menschenwenigkeit weiche, daß Dein Reich komme und Dein Wille geschehe,

Daß jeder mit Entzücken wieder den Weg zum Ursprung gehe,

Daß Meereswut sich ebbe und Mariens Mächte sich gestalten,

Die alles Beste bergen und Judas alte Trotzskraft vollenden und verwalten.

Erzvater Joseph, innerst unser, magst uns neue Friedenszeit erbitten und erhalten.

ADOLF ALLWOHN · DIE BOTSCHAFT VOM REICH GOTTES

BEI der Entfaltung des irrationalen Elements in der Religion hin zum rationalen werden die verschiedensten Stufen durchlaufen. Die Bewegung geht vom Mythos mit seiner religiösen Bildsprache, von Symbol und Gleichnis über Anschauungen, Vorstellungen und Ideen bis hin zu Lehren, Dogmen und Weltanschauungssätzen.¹ Unter diesen Entfaltungsstufen sind die anschaulichen Vorstellungen in der Religion zu allen Zeiten die wirksamsten gewesen. Sie stehen an der Grenze zwischen dem Irrationalen und dem Rationalen und sind so auf der einen Seite noch tief durchtränkt mit der geheimnisvollen Kraft des Urgrunds, haben aber auf der andern Seite schon so viel Bestimmtheit, daß sie das Einzel- und das Gemeinschaftsleben entscheidend beeinflussen können. In ihnen offenbart sich die eigentliche Lebendigkeit einer Religion, weil sie von dem dunklen Wallen des Urlebens wie von dem Erstarrungstod der Lehrgesetze gleich weit entfernt sind. Im Unterschied zum Mythos, der zwar auch in gewissem Sinn Anschauungen bringt, aber doch solche, die fast immer im Bereich des Göttlichen selbst bleiben, behandeln die religiösen Vorstellungen die Beziehungen des Heiligen zum Menschen oder des Menschen zu Gott. Sie haben so ihren Ursprung nicht in der reinen religiösen Anschauung, wie es beim Mythos der Fall ist, sondern da, wo das fromme Erleben mit den übrigen Seelenkräften und Seelenstim-mungen in Berührung tritt, weshalb infolge der reichen Möglichkeiten menschlichen Innenlebens eine ungeheure Vielheit religiöser Vorstellungen zu konstatieren ist. Aus der großen Zahl der vorhandenen sollen nun hier die herausgegriffen werden, die aus der Verbindung von Religion und menschlichem Streben im weitesten Sinn herrühren.

Wenn der primitive Mensch an irgendeinem heiligen Ort oder bei der Ver-ehrung seines Idols die geheimnisvollen und eigenartig verzückenden Schauer der Gottheit erlebte, so fühlte er sein Glücksverlangen dadurch befriedigt und zog den Schluß, daß das verehrte Heilige, so wie hier im Augenblick, auch sonst im Leben Glück verleihen werde, ein Schluß, der durch die erlebte Allmacht des Göttlichen zu einer glaubensmäßig gewissen Vorstellung wurde. Die zuerst rein aufs Irdische und Diesseitige gerichtete religiöse Glückshoffnung nahm dann bald geistigere Formen an, entsprechend der kulturellen Fortentwicklung und entsprechend dem im Religiösen erlebten Primat der Seele. An die Stelle der von der Gottheit erwarteten irdischen Güter trat so das reine Glück der Seele, das man sich sehr bald so gesteigert dachte, daß es jenseitige Formen annahm. So entstanden der Unsterblichkeitsglaube und die Vorstellung einer ewigen Seligkeit, die man sich natürlich auf den einzelnen Kulturstufen je nach dem, was damals als das Erstrebenswerteste galt, verschieden ausmalte. Daß diese Hoffnungen nichts anderes sind als der Ausdruck einer Seite des religiösen Erlebens selbst, und zwar der Seite, die mit dem menschlichen Glücksstreben in Berührung tritt, geht aus der in vielen Religionen vertretenen Auffassung hervor, daß in der mystischen Vertiefung die Wonnen der himmlischen Seligkeit vorweggenommen werden können. Neben dieser Linie religiöser Erwar-

1) Siehe Allwohn Das rationale und das irrationale Element in der Religion, in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 II, Seite 1106 ff.

tungen, wie sie sich bei den Primitiven, dann besonders bei den mystischen Erlösungsreligionen, Brahmanismus, Buddhismus und spätgriechischer Religion (Neuplatonismus), aber auch in gewissem Umfang im Judentum, Christentum und Islam vorfinden, läuft eine zweite Linie von Hoffnungen, die weniger das Heil der Einzelseele als das Glück von Kollektiveinheiten im Auge haben. In den Stammes- und Nationalreligionen ist das Streben aller auf das Wohl der staatlichen Gemeinschaft gerichtet. Im religiösen Erlebnis empfindet man hier den Gott oder die Götter als machtvolle Förderer und Führer des Gemeinwesens und wartet in einer vom Religiösen gegebenen, durchaus zuversichtlichen Gewißheit auf eine alle Hoffnungen übersteigende Offenbarung göttlicher Stärke. Da haben wir zum Beispiel im alten Israel den glühenden Glauben, daß Jahwe einmal ganz machtvoll die Herrschaft seines Volkes auf der Erde aufrichten werde. Oder wir haben die dem nationalen Glücksstreben entspringende Vorstellung, daß die Gottheit den König mit außerordentlicher Kraft begnaden kann, oder einmal, wenn die Not am größten ist, einen überaus mächtigen senden wird. Über die nationalistische Enge dieser Erwartungen hinaus wird dann in den Weltreligionen (es handelt sich hier hauptsächlich um Judentum, Christentum und Islam, ferner kommen der Parsismus und kleinere Strömungen im Buddhismus in Betracht) die Hoffnung auf einen herrlichen Endzustand von Welt und Menschheit ausgedehnt. Diese Linie religiöser Hoffnungen findet sich vor allem bei Völkern, die ein aktivistisches, kulturschaffendes Streben haben und in ihrem Denken auf Geschichtsvorstellungen eingestellt sind.

In enger Verbindung mit diesen, aus dem Glücksstreben im weitesten Sinn entspringenden religiösen Vorstellungen stehen die aus dem ethischen Streben erwachsenden. Es wird nämlich nicht nur das in der religiösen Erhebung erlebte Glück, sondern auch das hier empfundene Gutsein als schließlicher Dauerzustand erhofft. So wird die ewige Seligkeit zu einem Leben in fleckenloser Reinheit und der herrliche Endzustand von Stamm, Nation oder Menschheit zu einem Sieg von Recht und Gerechtigkeit. Durch die Verbindung mit dem sittlichen Streben kommt in die Vorstellungswelt der religiösen Zukunftshoffnung auch die Aufstellung besonderer Bedingungen für die Erreichung des endzeitlichen Glücks hinein. Die Gottheit, vor deren Heiligkeit die Menschen ihre Unreinheit in furchtsamem Erschrecken empfinden, lehnt Ungerechtigkeit und Sünde ab, so daß die Vollendung der Welt eine Vernichtung der allgemeinen Weltübel in sich schließt, und daß so nur den Gerechten und Frommen die letzte Herrlichkeit zuteil wird. Das Reich des Guten kann nur durch Gutsein strebend erkämpft werden. Dadurch tritt die religiöse Vorstellung einer erhofften Zukunft in die Nähe des sittlichen Ideals; es besteht aber doch noch der entscheidende Unterschied, daß nach der religiösen Auffassung der Endzustand nur durch Gott selbst herbeigeführt werden kann, während der sittliche Idealismus durchaus die Überzeugung hat, die menschliche Kraft könne bei genügender Anstrengung das Ziel selbst erreichen.

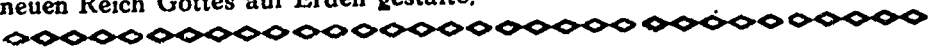
Diese allgemeineren Vorbemerkungen über die Merkmale der aus der Verbindung von religiösem Erleben und menschlichem Streben herauswachsenden Vorstellungen werden die Eigenart der Idée vom Reich Gottes, wie sie sich im Judentum, im Christentum und im Sozialismus vorfindet, im rechten Licht erscheinen lassen. Schon vor den Propheten war im Volk Israel die

Hoffnung auf den Tag vorhanden, an dem Jahwe seine Königsherrschaft auf Erden aufrichten und sein Volk einem herrlichen Zeitalter, in dem das Land zu wunderbarer Fruchtbarkeit umgewandelt sein wird, entgegenführen werde. Die Propheten haben diese Heilserwartungen fortgesetzt zu der Idee eines kommenden allgemeinen Völkerfriedens (Jesaja: »Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen, denn es wird kein Volk wider das andere ein Schwert aufheben, und sie werden hinfort nicht mehr das Kriegsführen lernen«), weiter zu der Idee eines kommenden Messias, eines Gesalbten, des Heraufführers der neuen Zeit, zu der Idee einer herrlichen Volkseinigkeit, zu der Idee eines neuen Bundes mit den wilden Tieren, zu der Idee eines religiösen Anschlusses aller Völker und so fort. Am entscheidendsten ist aber in der prophetischen Predigt die Verkündigung des Endzustands als eines Reichs sozialer Gerechtigkeit. Das sittliche Moment macht sich hier in beherrschender Weise geltend, und zwar so stark, daß die Ankündigung des Gerichts über die Großen, die Herren, die Ausbeuter und Frevler in Israel in der prophetischen Predigt durchaus überwiegt. Als Beispiel sei eine Stelle aus Amos herausgegriffen: »Darum, weil ihr die Armen unterdrückt und nehmt das Korn mit großen Lasten von ihnen, so sollt ihr in den Häusern nicht wohnen, die ihr von Werkstücken gebaut habt, und den Wein nicht trinken, den ihr in den feinen Weinbergen gepflanzt habt.« Die späteren Propheten lassen zwar die große Forderung, daß Jahwe vor allem Recht für die Armen und Waisen will und diese Gerechtigkeit in der Endzeit verwirklichen wird, etwas hinter der kosmischen und supranaturalen Ausmalung der letzten Dinge zurücktreten, aber ganz verschwindet diese Form der religiösen Zukunftshoffnung nicht mehr, bis sie dann in den Seligpreisungen Jesu ein bedeutendes Wiedererwachen erlebt: »Selig seid ihr Armen; denn das Reich Gottes ist euer« und »Wehe euch Reichen« (Lukas). Die Idee des Reiches Gottes steht in der Verkündigung Jesus' durchaus im Mittelpunkt. So sind die Mahnungen der Bergpredigt »Widerstehet nicht dem Übel« und »Liebet eure Feinde« nur im Hinblick auf die baldige Wirklichkeit des Reiches Gottes begreiflich. Jesus hat den Anbruch des Himmelreichs in der nächsten Zukunft erwartet. Er beginnt seine Wirksamkeit mit dem Ruf »Das Reich Gottes ist nahe herbeigekommen« (Markus). Diese Meinung ist kein zufälliges Phantasieprodukt sondern der notwendige Ausfluß seiner Gotteserfahrung. Je intensiver die Mächtigkeit des Göttlichen in der religiösen Erhebung erlebt wird, um so gewisser wird die Nähe dieser heiligen Wirklichkeit. Das hier Empfundene äußert sich dann bei kontemplativ und mystisch eingestellten Frommen in der Vorstellung des Gotthabens oder des Gottseins, bei aktivistisch und geschichtlich orientierten in der Form einer ganz gespannten Endzeiterwartung. So sehen auch die irrational (die Gegner sagen: unvernünftig und hirnverbrannt) eingestellten Kommunisten die Revolution immer wieder als unmittelbar bevorstehend; zur Erläuterung dieser Irrationalität muß allerdings gesagt werden, daß der hartnäckige Doktrinarismus auch eine solche ist. Die erhoffte Nähe des Reiches Gottes läßt Jesus und seine Jünger außerordentliche Anstrengungen machen: Verlassen des Besitzes, der Familie, ständige religiöse und sittliche Spannung in Wachen und Beten.. Das Reich Gottes wird von Jesus als etwas Zukünftiges gedacht, das plötzlich kommen wird wie ein Dieb in der Nacht oder wie ein Blitz aus heiterm Himmel, und es zeigt sich doch schon in den, von der gewissen

Hoffnung erweckten Anstrengungen und in den sich daraus entwickelnden starken religiösen Kräften, die sich in Krankenheilungen und in angespannter Evangeliums predigt äußern, als etwas Gegenwärtiges. »Das Reich Gottes ist mitten unter euch« (Lukas). Es beginnt in der Predigt Jesus' in der Größe eines Samenkorns, aus dem dann ein großer Baum erwächst, es beginnt als ein kleiner Sauerteig, der dann alle Verhältnisse durchdringen wird. Hier erscheint die Vorstellung von dem Reich der Zukunft als eine regulative Idee für das Verhalten. Oder das Reich Gottes wird zu einer mit sittlicher Energie zu vollbringenden Aufgabe. Diese Meinung wird noch verstärkt durch die Betrachtung der Vorbedingungen für das Kommen des Endzustands: Überall muß erst die Botschaft von ihm verkündigt werden, es muß eine bessere Gerechtigkeit als die bloß äußerlicher Gesetzeserfüllung herrschen, Sanftmut, Friedfertigkeit und Barmherzigkeit müssen erst vorhanden sein usw. Trotzdem erscheint das Kommen des Himmelreichs als allein vom Willen Gottes abhängig. Man hat schon öfter diese Auffassung der jüdisch-christlichen Religion zum Vorwurf gemacht, mit der Begründung, daß sie die Selbsttätigkeit lähme. Daß das nicht ganz stimmt, haben wir eben gesehen, aber verständlich wird die religiöse Vorstellung von der ausschlaggebenden Bedeutung Gottes für den Anbruch der neuen Zeit erst, wenn wir die ökonomische Geschichtsauffassung des Marxismus zum Vergleich heranziehen. Wenn wir hier an die Stelle des Glaubens an Gott den Glauben an die wirtschaftliche Entwicklung setzen, dann haben wir eine genaue Parallele zur religiösen Endzeiterwartung. Denn die ökonomische Geschichtsauffassung besagt neben anderm doch auch, daß die Verwirklichung des Zukunftsstaats nicht nur vom Willen der Menschen abhängig ist sondern in stärkstem Maß von einem "Reifsein der Verhältnisse". Ein Ausdruck, der besagt, daß letzten Endes für alle Entwicklung bestimmte Gesetze ausschlaggebend sind, die nicht genau zu errechnen sondern nur intuitiv und glaubensmäßig zu erfassen sind. Eine solche Intuition veranlaßte die Botschaft der Propheten und Jesus', eine solche Intuition liegt auch den wissenschaftlichen Ausführungen Karl Marx' zugrunde. Aber nicht nur eine tiefe Erkenntnis der Art des geschichtlichen Werdens liegt in dem Glauben an Gott oder an die ökonomische Entwicklung als des ausschlaggebenden Faktors, sondern auch eine gewaltige Bestärkung in der vorbereitenden Arbeit. Denn nichts feuert mehr an als das Bewußtsein: Mit uns zieht die neue Zeit. Das Reich Gottes ist bei Jesus, genau so wie es bei den Propheten der Fall war, vor allem ein Reich sozialer Gerechtigkeit: Die Hungernden sollen satt werden (Lukas), man liegt dort zu Tische (Matthäus) und trinkt Wein (Lukas), es werden Gerechtigkeit, Frieden und Freude in dem heiligen Geist herrschen (Römerbrief). Es steht fest, daß Jesus das Reich Gottes auf Erden erwartet hat, wofür die Bitte »Dein Reich komme« der sicherste Beleg ist. Wenn demgegenüber der Ausdruck Himmelreich öfter vorkommt, so ist daran zu denken, daß die Erde ja dann neu werden soll und ein himmlisches Gepräge annehmen wird. Und wenn das Wort »Mein Reich ist nicht von dieser Welt« überliefert wird, so geht aus dem Zusammenhang deutlich hervor, daß damit ein Reich von einer nichtweltlichen Art gemeint ist. Aber das Reich Gottes ist bei Jesus noch mehr als ein Reich sozialer Gerechtigkeit, es ist vor allem eine religiöse Größe. Das Leben dort wird als selige Gemeinschaft mit Gott geschildert, die durch kein ungestilltes Verlangen, keine Sünde und kein Leid gestört wird.

Nachdem noch die christliche Urgemeinde in kühner Vorwegnahme des Reichsgotteszustands einen primitiven Kommunismus in ihren Reihen eingerichtet hatte, ließ dann die angespannte Hoffnung auf ein herrliches Reich der Endzeit bald nach; nur in einigen kleineren Gemeinschaften wurde diese glühende Erwartung noch gepflegt, und nur gelegentlich brach der urchristliche Enthusiasmus für kurze Zeit hervor (so um das Jahr 1000, um 1250 und auch wieder in der Reformationszeit). Erst der Sozialismus brachte ein eigentümliches Wiedererwachen der alten Hoffnung auf einen endzeitlichen Glückszustand der Menschheit und der Welt. Es wird nun allerdings die Verbindung dieses neuen Strebens nach einer Zukunfts-gesellschaft und nach einem Zukunftsstaat mit der jüdisch-christlichen Hoffnung, als zu Unrecht behauptet, von vielen Sozialisten durchaus abgelehnt. Und in der Tat bestehen gewaltige Unterschiede. Diese finden aber durch die völlig veränderte Kulturlage eine weitgehende Erklärung. So ist das wissenschaftliche Gewand der neuen Reichsgotteshoffnung nicht etwas, das eine Vergleichen ausschließt, weil die wissenschaftliche Denkweise eine Errungenschaft der neuern Kultur ist. So ist weiter die nichtreligiöse Darstellung der sozialistischen Erwartungen, ja auch die Forderung einer unmittelbarern Aktivität der Unterdrückten selbst als Ausfluß der neuzeitlichen Kulturlage, die von der Aufklärung herkam, und in der sich eine gewisse demokratische Denkweise langsam durchsetzte, durchaus verständlich. Und so ist schließlich auch die einseitige Hervorkehrung der neuen ökonomischen Verhältnisse bei der Ausmalung des Zukunftsreichs in einer wirtschaftlich orientierten Zeit und bei Menschen, die unter großer wirtschaftlicher Not leiden, völlig begreiflich. Darüber hinaus besteht aber eine große Verwandtschaft zwischen Reichgotteshoffnung und Zukunftsstaaterwartung. Es wird ja zwar von den Marxisten der "Zukunftsstaat" sehr oft nur als ein Zustand der zweckmäßigsten Ordnung der Produktions- und Konsumtionsverhältnisse dargestellt. Aber die immer wieder betonte Notwendigkeit, daß Recht und Gerechtigkeit zur Allgemeingeltung kommen müssen, ist nicht mit Nützlichkeits-erwägungen zu begründen. Hier und in der Ablehnung der vorhandenen Weltordnung des Kapitalismus zeigt sich ein hohes sittliches Pathos, wie auch die Hingabe an die Arbeit für das Kommende durchaus ethischen Motiven entspringt, vor allem dem Gefühl einem Ziel verpflichtet zu sein, das man instinktiv, das heißt in intuitiver und religiöser, zwingend unmittelbarer Erkenntnis, als das höchste, als das sittlich gebotene, ja als das einzige und allein richtige erkannt hat.

Der Zukunftsstaat ist so mehr als die Errichtung eines sozialen Vertrags auf Gegenseitigkeit. Nicht das Erwerbsstreben fordert seine Aufrichtung (das soll ja gerade beschränkt werden), sondern das im Menschen liegende Schaffensprinzip und die von allen Religiösen und auch von den Sozialisten als heilige Aufgabe empfundene Verpflichtung der Gemeinschaft zu dienen, sich an die Schwachen und Geknechteten hinzugeben und ein neues Reich der Gerechtigkeit und der Liebe aufzurichten. Daß dem so ist, muß von den Sozialisten erkannt werden, damit die im Marxismus verborgene Religion in ihrem Verbundensein mit jüdisch-christlichen Prinzipien offenbar werde und sich zu einem wirksamen schöpferischen Faktor in der Entwicklung zum neuen Reich Gottes auf Erden gestalte.



PHILIPP LOEWENFELD · NOTREFORMEN UNSERER RECHTSPFLEGE

GUSTAV Radbruch, der ideenreiche Rechtsphilosoph und Strafrechtstheoretiker, der Schöpfer der Grundzüge der Rechtsphilosophie und der Einführung in die Rechtswissenschaft, hat nach kurzem politischen Wirken die Leitung des Reichsjustizministeriums übernommen. Die Berufung eines Sozialdemokraten auf diesen bisher stets von ausgesprochenen Konservativen oder lauwarmen Demokraten besetzten Posten hat das Bürgertum, das darin ein Eindringen in eine ihm zukommende Domäne erblickt, in nicht geringe Aufregung versetzt. Insbesondere befürchteten die bayrischen Partikularisten vom ersten Tag an, Radbruch könne beanspruchen, daß der Grundsatz "Gleiches Recht für alle!" auch für Bayern Geltung erlange, vor allem auf dem Gebiet des Strafvollzugs und der Begnadigung politischer Gefangener. Begreiflich ist es, wenn es gerade den Schöpfern der heutigen Bestimmungen über den Vollzug der Festungsstrafe bei dem Gedanken einer Nachprüfung der Gesetzmäßigkeit ihres Werkes nicht wohl ist. So erklären sich manche der überaus läppischen Angriffe auf Radbruch. Vor allem die des bayrischen Landtagsabgeordneten und Oberlandesgerichtsrats Ernst Müller /Meinungen/ in den Münchener Neuesten Nachrichten. Man muß wissen, daß der Genannte als bayrischer Justizminister eine gesetzwidrige Art des Vollzugs der Festungsstrafe eingeführt hat, um zu begreifen, warum er, ohne natürlich hiervon ein Wort zu sagen, Radbruch seinen Lesern als den wirklichkeitsfremden, parteifanatischen Ideologen vorstellt, der, je eher je besser, von seinem Platz wieder abtreten müsse. Müller behauptet (ein Zeichen seiner rechtswissenschaftlichen Bildung), Radbruch sei »bis vor kurzem den weitesten Kreisen fast unbekannt gewesen«. Er reißt die Schrift Radbruchs *Ihr jungen Juristen!* in entstellender Weise herunter und identifiziert sich zu diesem Zweck mit dem Rechtslehrer Gerhard von Beseler, der, in wissenschaftlicher Polemik von Radbruch nach fast allgemeinem Urteil restlos an die Wand gedrückt, den Geschmack besaß seinen Kollegen Radbruch nach der Berufung in ein Ministeramt in den Tageszeitungen als eine unwissenschaftliche, der Präzision und Objektivität bare Natur zu verunglimpfen. Er beschuldigt Radbruch des »Schielens nach dem Beifall der Parteidignitäre«, der »Aufweichung des Rechtsgedankens bis zur Unkenntlichkeit im Leninschen Sinne«, was nur noch schwer mit Gutgläubigkeit erklärt werden kann. Er bezichtigt ihn, wegen der Nachprüfung der Sondergerichtsurteile der »Unterhöhlung der richterlichen Autorität«, obgleich doch auch der sonst Unkundigste wissen müßte, daß die Nachprüfung der Sondergerichtsurteile nicht von Radbruch sondern vom Reichstag beschlossen und unter Radbruchs bürgerlichem Vorgänger zum großen Teil bereits durchgeführt war. Er wendet sich dagegen, daß Radbruch gelegentlich von der Sozialisierung des Geistes spricht, was allerdings bedenklich wäre, wenn der von ihm in den Angriffen auf Radbruch dokumentierte Geist als Objekt der Sozialisierung herhalten müßte. Sind die Anrempelungen Müllers noch immerhin "theoretisch" verbrämt, so steigern sich die Angriffe in den durchschnittlichen Redaktionsartikeln der bürgerlichen Presse bis zur

1) Siehe über sie die Rundschau *Rechtswissenschaft*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1920 I. Seite 297.

Pöbelei. Der wider besseres Wissen erhobene und völlig unbegründete Vorwurf des Verfassungsbruchs ist noch ungefähr das Mildeste, was Radbruch täglich nachgesagt wird. Selbst der Umstand, daß Radbruch ein Schulkamerad Erich Mühsams ist, der sich zurzeit in Festungshaft befindet, und diesem die Kameradschaft bewahrt hat, wird zu Sudeleien gegen ihn mißbraucht. Radbruch hat die ganze Hetze mit der Verachtung ignoriert, die ihr gebührt, und hat sich nicht "gerechtfertigt". Für den Sozialisten beruht die Bedeutung seiner Ernennung natürlich nicht nur darin, daß nach Bureaukraten und Parteimännern ein wirklicher Vertreter des geistigen Deutschlands zur Leitung der deutschen Reichsjustizverwaltung berufen wurde. Wir sind "parteiisch" genug, um von ihm zu erhoffen, daß er manche alte Justizreformforderung endlich ihrer Verwirklichung entgegenführt. Wir sind uns freilich darüber klar, daß die seit Jahrzehnten diskutierte Reform des Strafverfahrens, des materiellen Strafrechts und des Strafvollzugs unter den heutigen Verhältnissen nicht mit einemmal verwirklicht werden kann, ja daß selbst umfangreiche Notgesetze, wenn sie Mißstände, die sich eingelebt haben, beseitigen sollen, ohne neuen den Weg zu ebnen, im Bereich der Justiz zu ihrer gründlichen Vorbereitung einer erheblich längern Zeit bedürfen als auf irgendeinem andern Gebiet der Gesetzgebung. So wird denn das allerdringendste Reformmaterial zunächst einmal den Gegenstand von "Notnotgesetzen" bilden müssen.

Die schon lange geplante Vereinheitlichung des *Strafvollzugs* und die Verwirklichung der Reformideen auf dem Gebiet des Strafvollzugs müssen zunächst unterbleiben, weil es unmöglich ist Strafanstalten zu bauen, deren Anlage und Einrichtung solchen Reformbedürfnissen genügen. Warum aber sollte es unmöglich sein auf dem Weg der Reichsgesetzgebung die Reichsjustizverwaltung einstweilen zu ermächtigen den Landesjustizverwaltungen in Sachen des Strafvollzugs generelle (vielleicht sogar spezielle) *Anweisungen* zu erteilen? Der Einwand, der Strafvollzug sei den Landesregierungen vorbehalten, spekuliert nur auf partikularistische Instinkte unwissender Leute, denn nach der Reichsverfassung (Artikel 7 Absatz 3) steht dem Reich die *Gesetzgebung* auf dem Gebiet des Strafvollzugs zu, so daß im Rahmen der Verfassung jederzeit eine auch nur *teilweise* gesetzgeberische "Vereinheitlichung" des Strafvollzugs durchgeführt werden kann.

Gleichfalls auf dem Weg der Notgesetzgebung ist es möglich (und wünschenswert) die bayrischen Volksgerichte zu beseitigen. Solange die vom bayrischen Ausnahmezustand getragene Regierung Kahr amtierte, wurde jedem Versuch nach dieser Richtung entgegengehalten, es sei noch nicht die nötige "Ruhe und Ordnung" eingetreten. Als endlich die dieser Regierung angehörenden Provokateure und Ordnungsstörer mit dem Ausnahmezustand in der Versenkung verschwunden waren, behielt man die Volksgerichte mit der merkwürdigen Begründung bei, sie beruhten nicht auf der Verordnung über den Ausnahmezustand. Das war allerdings *formell* richtig. Materiell aber war dies Argument ganz verlogen, wie sich aus der Gegenüberstellung der einzelnen Vorschriften ergibt. Der bayrische Ausnahmezustand beruhte zunächst auf einem Gesetz über außerordentliche Maßnahmen zum Schutze des Freistaates vom 31. Juli 1919, dessen Artikel 1 lautet:

»Wenn durch hoch- oder landesverräterische Unternehmungen oder durch Verbrechen wider die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, durch Aufruhr, Auflauf

oder Landfriedensbruch oder durch Überhandnehmen von Verbrechen gegen Leben und Eigentum oder die Bildung von Banden zum Zwecke der Begehung solcher Verbrechen die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung derart gestört oder gefährdet werden, daß sie nur durch außerordentliche Maßnahmen erhalten oder wieder hergestellt werden können, so kann das Gesamtministerium besondere Beauftragte ermächtigen in den gefährdeten Bezirken für die Dauer der Gefährdung Anordnungen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit zu treffen.« Die bayrischen Volksgerichte beruhen auf dem Gesetz vom 12. Juli 1919, dessen Artikel 1 lautet:

»Wenn durch hoch- oder landesverräterische Unternehmungen oder durch Verbrechen wider die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, durch Aufruhr, Aufruhr oder Landfriedensbruch oder durch das Überhandnehmen von Verbrechen gegen Leben und Eigentum oder die Bildung von Banden zur Begehung solcher Verbrechen die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung derart gestört oder gefährdet werden, daß sie nur durch außerordentliche Maßnahmen erhalten oder wieder hergestellt werden können, so können mit Beschluß des Gesamtministeriums für das ganze Gebiet oder Teile des Freistaates Volksgerichte eingesetzt werden.«

Am 4. November 1919 erließ das bayrische Gesamtministerium eine Verordnung, wonach die »besonderen Beauftragten« zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung künftig statt nach Artikel 1 des Gesetzes über außerordentliche Maßnahmen zum Schutze des Freistaates auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eingesetzt seien. In diesem Artikel lauten Absatz 2 und 4:

»Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet werden, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Bei Gefahr im Verzug kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilen Maßnahmen der in Absatz 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen.«

In der Verordnung vom 4. November 1919 war darüber, ob die Volksgerichte fortbestehen, *nichts* gesagt worden. Die auf Grund dieser Verordnung eingesetzten »besonderen Beauftragten« zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit erklärten jedoch in einer Bekanntmachung vom 28. November 1919:

»Die Volksgerichte (Gesetz vom 12. Juli 1919) bleiben bestehen.« Das Fortbestehen der Volksgerichte wurde also von den *Vollzugsorganen des Ausnahmezustands* als *außerordentliche* Maßnahme angeordnet. Gleichwohl gibt es Leute, die den traurigen Mut haben zu behaupten, Volksgerichte und Ausnahmezustand hätten nichts mit einander zu tun, und die das bei den Auseinandersetzungen über die Aufhebung des Ausnahmezustands sogar den zuständigen Reichsstellen plausibel zu machen wußten. Während in Bayern genug "Ruhe und Ordnung" eingetreten ist, daß der *Ausnahmezustand* aufgehoben werden konnte, beharren sie zur Beibehaltung der erst 2-jährigen "bayrischen Eigenart" der *Volksgerichte* mit Hartnäckigkeit bei der Unwahrheit, das Land sei immer noch in solchem Umfang von Hochverrat, Landesverrat, Aufruhr usw. durchtobt, daß eine besondere Gerichtsorganisation zu ihrer Bekämpfung notwendig sei. Sie verschlechtern damit nicht nur etwa frivoler Weise die Rechtsstellung der wegen *politischer* Vergehen Angeklagten sondern ohne jede sachliche Veranlassung auch die der wegen *allgemeiner* Delikte, zum Beispiel wegen schweren Diebstahls, Angeklagten, die auf diese Weise gleichfalls jedes Rechtsmittel und die Mög-

lichkeit einer Wiederaufnahme des Verfahrens verloren. Daß die Urheber und Propagandisten dieses skandalösen Zustands die Initiative ergreifen werden ihn zu beseitigen, läßt sich nicht mehr erhoffen.

Die Reichsregierung ist durch nichts verhindert einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach Sondergerichte nur auf Grund reichsgesetzlicher *Organisation* und reichsgesetzlich geregelter *Voraussetzungen* vom Reich eingeführt werden dürfen, und wonach bestehende Sondergerichte, die diesen Anforderungen nicht genügen, mit dem Zeitpunkt der Erlassung des Gesetzes aufgehoben sind. Es wäre tief bedauerlich, wenn sie sich etwa durch Scheu vor dem Kochen der "bayrischen Volksseele" daran hindern ließe einen solchen Entwurf einzubringen. Jeder Fortschritt auf diesem Gebiet der Justizverfassung wird, darüber muß man sich vollkommen klar sein, den Widerstand der heute in Bayern herrschenden Richtung finden. Je länger man mit dem Notwendigen wartet, desto mehr erweckt man bei gewissen Leuten die Illusion, daß ihr lautes Gebrüll wirklich Schrecken einflößt. Als die Regierung Kahr abtrat, hat eine kleine Clique von Radaupolitikern ein so großes Gezeter angeschlagen, daß ängstliche Leute tatsächlich glaubten, jetzt gehe die "nationale Revolution" los. Als man aber über diese Gesellschaft zur Tagesordnung hinwegging, blieb alles ruhig, ja, im Gegenteil, es trat eine starke Entspannung der Lage ein.

In großen und geräuschvollen kommunistischen Kundgebungen wurde gefordert, daß die Reichsregierung ein *Amnestiegesetz* für sämtliche politischen Gefangenen erlasse. Gegenüber dem Verlangen einer generellen Amnestierung hat Radbruch in seiner Reichstagsantrittsrede mit gutem Grund hervorgehoben, daß *nicht alle* Fälle sich zum Gnadenerweis eignen. Das weiterhin geltend gemachte Argument dagegen, daß eine generelle Amnestie auch Straferlaß für die Lüttwitzputschisten bedeuten müßte, und daß so die Hochverräter von rechts der verdienten Strafe entzogen würden, kann nach dem Ausgang des Prozesses gegen Wangenheim und Schiele nicht mehr angeführt werden. Wenn das Reichsgericht diese beiden Hochverräter als *Mitläufer* bezeichnete, dann ist es allerhöchste Zeit, daß das Amnestiegesetz vom 4. August 1920 auf *alle* Mitläufer von Aufstandsbewegungen seit dem Erlaß des Gesetzes ausgedehnt und ausdrücklich auch auf die Mitläufer der bayrischen revolutionären Bewegung von 1919 als anwendbar erklärt wird. Dies muß in der Weise geschehen, daß neben den Mitläufern von hochverräterischen Handlungen gegen das Reich auch die von solchen gegen die *Länder* als straffrei unter den selben Voraussetzungen erklärt werden, wie sie das Amnestiegesetz vom 4. August 1920 vorsieht. Dabei wird es im Hinblick auf die äußerst verschiedenartige Auslegung der Begriffe *Führer* und *Mitläufer* durch deutsche Gerichte notwendig sein diese Begriffe durch ausdrückliche gesetzliche Bestimmungen klassenrichterlicher Willkür zu entziehen. Die weite Auslegung, die das Reichsgericht dem Mitläuferbegriff gegenüber den Hochverrättern von rechts gegeben hat, muß im selben Maß auch den Revolutionären der Linken zuteil werden, wenn sich die deutsche Republik nicht mit der Schande beflecken will den Hochverrat von links dauernd mit anderm Gesetzesmaß zu messen als den von rechts.

Ein Gesetzentwurf zur Einschränkung der *kurzfristigen Freiheitsstrafe* und zu ihrem Ersatz durch vermehrte Anwendung der *Geldstrafe* wurde bei

dem Amtsantritt Radbruchs bereits eingebracht und vom Reichstag angenommen. Das Gesetz läßt, in Übereinstimmung mit alten Forderungen der Strafrechtsreformer, die Möglichkeit zu erkannte Freiheitsstrafen in Geldstrafen umzuwandeln, Geldstrafen in freier Arbeit auszugleichen, auch die Strafen in Raten zu entrichten.

Die dem Vernehmen nach bevorstehende Veröffentlichung eines Gesetzentwurfs über die Einführung der sogenannten großen *Schöffengerichte* wird dem Reichsjustizminister hoffentlich bald möglich sein. Die Bedeutung der Einführung dieser Gerichte wurde hier bereits eingehend besprochen. Die Gründe, die gegen die endgültige Beibehaltung einer Dreiteilung der Strafgerichte in Schöffengerichte, große Schöffengerichte als Berufungsgerichte und Schwurgerichte sprechen, und die eine Vierteilung der Strafrichterbarkeit in kleine und mittlere Schöffengerichte, Schwurgerichte und große Schöffengerichte vom sozialistischen Standpunkt aus notwendig erscheinen lassen, sind an der gleichen Stelle ausführlich erörtert. Immerhin würde die Einführung der großen Schöffengerichte zunächst die Verwirklichung der schon im Erfurter Programm enthaltenen und von allen Strafrechtsreformern erhobenen Forderung einer generellen Berufungsmöglichkeit in Strafsachen bedeuten.

Alle diese Reformen, die in Wahrheit Notmaßnahmen sind, entsprechen so sehr dem Rechtsempfinden aller nicht direkt gruppenmäßig Befangenen, daß ihre Durchführung allzu großen parlamentarischen Schwierigkeiten kaum begegnen dürfte. Wir möchten daher wünschen, daß das Reichsjustizministerium ohne Zeitverlust daran geht sie zu verwirklichen.

ERNST VON DÜRING · ZUR BEKÄMPFUNG DER GESCHLECHTSKRANKHEITEN

SEIT dem 10. März 1920 liegt dem Reichsrat der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vor. Seine prinzipielle Bedeutung liegt darin, daß in ihm mit der Reglementierung der Prostitution gebrochen wird. In diesem Punkt entspricht er genau dem Grundsatz, der fast in allen Staaten in der neuern Gesetzgebung schon durchgeführt ist. Vor dem Krieg waren es schon Italien und die skandinavischen Länder, während des Krieges und nachher England, Australien, die Vereinigten Staaten, Canada, Österreich, die, mit kleinen Unterschieden in den verschiedenen Ländern, in diesem Sinn ihre Gesetzgebung gestaltet haben. Selbstverständlich sind damit zugleich auch die Bordellierung, die sittenpolizeiliche und polizeiärztliche Überwachung der Prostitution gefallen. Es besteht die Reglementierung gegenwärtig nur noch bei uns, in Preußen wesentlich fußend auf den Polizeilichen Vorschriften zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstands, die am 1. Oktober 1902 für Groß Berlin in Kraft getreten sind, weiter in Frankreich, Belgien, Tunis, Marocco und anscheinend einigen südamerikanischen Ländern. In Frankreich wurde nach langen, höchst interessanten Verhandlungen einer außerparlamentarischen Kommission am 7. De-

2) Siehe die Rundschau *Rechtswissenschaft*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1920 II, Seite 813 ff.

zember 1906 ein ganz ausgezeichneter Gesetzentwurf betreffend die Prostitution und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten der Regierung vorgelegt. Doch ist das Schicksal dieses Entwurfs, der von größtem psychologischen Verständnis und seelischen Feingefühl zeugt¹, noch nicht entschieden. Es ist anzunehmen, daß jetzt, nachdem diesem, vom Krieg so sehr heimgesuchten Land der Friedenszustand allmählich wiederkehrt, die Gesetzgebung dort sich bald auch dieser Materie zuwenden wird.

Der radikale Bruch mit der Reglementierung in der Gesetzgebung der meisten Staaten ist um so erfreulicher, als der fast 40jährige Kampf, den die Internationale abolitionistische Föderation (deren Hauptsitz in Genf ist) bis vor wenigen Jahren führte, recht wenig Wirkung erzielt zu haben schien. Beinahe in allen Ländern, besonders in Deutschland, waren fast alle beamteten und viele Fachärzte, fast alle Verwaltungs- und Polizeibehörden unbedingte Anhänger der Reglementierung; die Gegner wurden (zum Teil deshalb, weil der Kampf vielfach mit der Frauenfrage verquickt war) häufig nicht ernst genommen und in unschöner Weise angegriffen.

Der Entwurf, wie er vorliegt, ist nun, darüber täuschen wir uns nicht, noch lange nicht Gesetz; es sind offen und noch mehr hinter den Kulissen mächtige Kräfte an der Arbeit das Zustandekommen dieses Gesetzes zu sabotieren. Deshalb ist es nicht überflüssig hier kurz die Hauptgründe anzuführen, die gegen die Reglementierung geltend gemacht werden.

Die Anhänger der Reglementierung betonen immer wieder, daß die Prostitution die Hauptquelle der Geschlechtskrankheiten sei, daß man deshalb die Prostitution, das heißt die von "Erwerbsunzucht" lebenden Personen erfassen und ärztlich überwachen müsse. Und wenn es nur gelänge einen Teil zu fassen, so sei dieser wenigstens, besonders bei der Kasernierung der Prostitution, gesundheitlich weniger gefährlich zu machen. Der gesunde Menschenverstand müsse doch sagen, daß jede dem Verkehr entzogene Prostituierte das Verstopfen einer Ansteckungsquelle bedeute. Fast jeder Satz ist hier, so überzeugend alles für den Laien klingt, ein Irrtum. Zunächst ist die heute wesentliche Quelle der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten gar nicht die Prostitution, die jetzt unter polizeilicher Aufsicht steht. Unsere ganz anderen sozialen Verhältnisse haben hier Tatsachen geschaffen, die himmelweit von den Bedingungen verschieden sind, die früher bestanden. Diese früheren Verhältnisse spuken aber selbst in den Vorstellungen von Ärzten und Verwaltungsbeamten heute noch. Man kann nicht einmal sagen, die geheime Prostitution sei die Hauptquelle der Geschlechtskrankheiten. Denn für eine überwiegend große Zahl der Ansteckungsgelegenheiten (unter denen immer die Männer vergessen zu sein scheinen) trifft der Begriff der Prostitution überhaupt nicht eigentlich zu. Es sind Verhältnisse, wechselnde, vorübergehende. Aber das, was man eigentlich als Prostitution bezeichnet, spielt auch noch hier nicht die größte Rolle. Und überdies gilt für die geheime Prostitution das Wort, das die französische Verordnung prägt, die verlangt, daß die ganze geheime Prostitution sanitär zu überwachen sei, dann aber feststellt: »Geheime Prostitution ist diejenige, die der behördlichen Bewachung ent-schlüpft.« Also die Reglementierung faßt schlechthin nicht, nie und nir-

1) Der Wortlaut dieses Entwurfs ist in der Schrift *Quarantäne* Gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten / Berlin 192. / deutsch wiedergegeben.

gendwo die wirklich gefährlichen Quellen der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Ferner aber bildet diese auf Polizeiverordnungen, ohne wirklich richterlichen Schutz ausgeführte Reglementierung eine große Ungerechtigkeit. Es ist eine Ausnahmebestimmung, die nur die Frauen und unter diesen nur eine bestimmte Klasse trifft. Diese aber erhalten nun de facto (so ist, daran läßt sich nicht rütteln, die Auffassung in weiten Volksschichten) einen Gewerbeschein. Eine staatliche Behörde macht aus der "Erwerbsunzucht" eine "Gewerbsunzucht". Wie viele Prostituierte haben sich, um den Plackereien mit der Sittenpolizei zu entgehen, einschreiben lassen! Damit ist eine für den Staat schlechthin unzulässige Trübung der sittlichen Anschauungen verbunden. Ganz das gleiche gilt für die, dem § 180 widersprechende Duldung von Bordellen. Glatt ungesetzlich an sich, wird diese Duldung als Gewerbekonzession aufgefaßt. Mit dieser Reglementierung ist weiter noch ein gewaltiger Schaden verbunden. Ausgeübt wird sie im Interesse der Ordnung und der Volksgesundheit. Tatsächlich sollen sich die reglementierten Frauen zu bestimmten Zeiten untersuchen lassen, und auf ihrer Legitimationskarte (oder sonst auf einem Schein) wird die vorgenommene Untersuchung und das Fehlen krankhafter Erscheinungen vermerkt. Trotz der stets wiederholten Behauptung, daß der Arzt nicht sagt, die untersuchte Person sei gesund, sondern daß er nur bescheinigt nichts gefunden zu haben, wird diese Bescheinigung als *Gesundheitsbescheinigung* aufgefaßt. Nun kann man nie mit Bestimmtheit sagen: Diese Person ist gesund. Kranke Individuen können anscheinend frei von Erscheinungen sein und stecken doch an. Weiter aber ist die Behandlungszeit, besonders im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit der Prostituierten, viel zu kurz. Der begeisterte französische Reglementarist Fournier sprach selbst das große Wort: Man »weiß« (»blanchit«) die Prostituierten, aber man heilt sie nicht. Also alles, was hier von Bedeutung für die Volksgesundheit geredet wird, ist falsch und oft, sowohl bei uns wie auch besonders in dem schon erwähnten glänzenden Bericht der außerparlamentarischen Kommission in Frankreich, widerlegt worden. Im Gegenteil. Diese sittenpolizeiliche und polizeiärztliche Tätigkeit ist endlich das größte Hindernis gegen die Nutzbarmachung der Erkenntnis, die mit unwidersprochener Einstimmigkeit alle Staaten, alle Kongresse, alle Gesetze vertreten: Das einzig wirksame, sichere, durchführbare Mittel gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten ist die *Behandlung*. Schließlich ist aber auch die Behauptung, der gesunde Menschenverstand müsse sagen, daß jede Entfernung einer kranken Prostituierten aus dem Verkehr die Verstopfung einer Ansteckungsquelle bedeute, ein Trugschluß. Es sind stets, sagen wir: 10 % aller Eingeschriebenen im Krankenhaus. Also von Hundert im Januar Eingeschriebenen sind 90 % frei. Am 1. Februar ungefähr werden die 10 % im Krankenhaus befindlichen entlassen, und die Entlassenen sind "geweißt", aber nicht geheilt. Es werden also 10% Kranke von der Straße durch 10% Kranke aus dem Krankenhaus ersetzt. Das ist die Wirklichkeit, ohne Übertreibung.

Überall wird allgemein und leicht zugängliche, zweckentsprechende, diskrete und unentgeltliche Behandlung gefordert. Vielfach, zum Beispiel in Schweden, hat man auch schon mit ihrer Durchführung begonnen. Es ist außerordentlich interessant zu verfolgen wie, am Ende des vorigen

Jahrhunderts beginnend, die Bestrebungen gegen Reglementierung, für Behandlung langsam an Boden gewinnen, um besonders während des Kriegs durch die Not der Verhältnisse eine ganz unerwartet schnelle Entwicklung zu erleben. Über die alles übrige weit hinter sich lassende Wichtigkeit der Behandlung und ihre Organisierung ist nur eine Stimme. Wo darüber gestritten wird, ob zahlungsfähige Patienten nicht wenigstens einen Teil der Kosten tragen sollen, wird meist betont, der Nachweis der Bedürftigkeit würde für viele so schwierig, indiskret und ihr Selbstgefühl verletzend sein, daß sie sich deshalb nicht behandeln ließen; deshalb: ohne Einschränkung Gratisbehandlung beim Arzt, in der Poliklinik, in der Klinik für jeden, der es verlangt, auch Gratislieferung der Medikamente, am besten durch den Staat. In Schweden werden selbst alle Fremden unentgeltlich behandelt. Eine Musteranstalt bildet das große Prophylaktische Institut in Paris. Aber was die weitere gesetzgeberische Behandlung der Frage angeht, so beginnt nun die Scheidung der Geister.

Einige Staaten wollen nur möglichst ausgebaute Behandlung, im übrigen soll das Prinzip der Freiheit durchgeführt werden. An der Spitze stehen hier England und Italien. Sie wollen nichts von Zwangsbehandlung oder Behandlungszwang wissen, nichts von einer Meldepflicht der Geschlechtskranken. In der Schweiz und in Holland machen sich die gleichen Bestrebungen geltend. Es muß ausdrücklich betont werden, daß in allen diesen Staaten der Hauptgrund zur Ablehnung jeglicher Zwangsmaßregeln die Achtung vor dem Recht der freien Persönlichkeit ist. Es fallen fast alle Erörterungen über Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Zwangsmaßregeln fort, man will in jeder Persönlichkeit das Recht der Freiheit geachtet wissen und hofft lediglich durch möglichst zugängliche, zweckmäßige, diskrete und unentgeltliche Behandlung am besten das erstrebte Ziel zu erreichen. Im Jahr 1917 gab die Königliche Kommission in London für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auch noch einen sehr vernünftigen Grund an, weshalb die Anzeigepflicht abzulehnen sei: solange die Behandlungsgelegenheit nicht überall bestehe, sei eine Anzeigepflicht völlig zwecklos. Es ist keine Frage, daß dieses Prinzip der Freiheit mit der Betonung der Behandlung etwas außerordentlich Zusagendes hat. Und doch, die Denkweise weiter Schichten der Bevölkerung wird in vielen Staaten, und auch so in Deutschland, einer solchen Massengefahr, einem so oft in die Augen fallenden Übelstand gegenüber einfach nicht auf gesetzliche Maßnahmen verzichten wollen. Weiter ist, meines Erachtens, mit ziemlicher Sicherheit eins zu befürchten: Das Fehlen aller Gesetze wird, gerade wegen der augenfälligen Nöte und Übelstände, ganz automatisch das Auftauchen einer Sittenpolizei herbeiführen, mit allen ihren Schikanen. Ein für alle gleiches Gesetz ist besser als polizeilich auf dem Verordnungsweg bekämpfte *Gesetzlosigkeit*.

Andere Staaten glauben von Zwangsmaßregeln nicht absehen zu können. Interessant ist, daß fast alle englischredenden Staaten außer England selbst eine diskrete Anzeigepflicht, zunächst ohne Namensnennung, fordern; ebenso Schweden. Bei Vernachlässigung der Behandlung haben fast alle diese Staaten zunächst namentliche Meldung an eine Sanitätsbehörde und dann Zwangsbehandlung im Krankenhaus bei weiterer Widerspenstigkeit. Nun tauchen aber, trotz Aufhebung der Reglementierung, in den

Gesetzen vieler Staaten irgendwelche Bestimmungen auf, die sofort wieder Ausnahmen und damit durch eine Hintertür das Wiedererscheinen der Reglementierung bedeuten. Personen, die durch ihren Lebenswandel besonders "verdächtig" oder "der Gefahr der Ansteckung ausgesetzt" sind, "Widerspenstige" usw. Alle diese Ausnahmen lassen eine Willkür, weil sie Ausnahmebestimmungen sind, unbedingt sehr leicht zu. Das ist der Grund, weshalb viele Ärzte und sozial interessierte Laien die diskrete allgemeine Anzeigepflicht an eine Sanitätsbehörde fordern, in der Art, wie sie überhaupt für ansteckende Krankheiten besteht.

Man könnte vielleicht überhaupt auf die Anzeigepflicht verzichten, wenn die Reglementierung aufgehoben ist, und wenn eine jetzt in der Entwicklung begriffene Einrichtung allgemein eingeführt ist. Das sind die Pflegeämter. In Verbindung mit dem Fürsorgeerziehungsgesetz könnten diese Pflegeämter für die gefährdete weibliche Jugend von großem Segen werden und gleichzeitig hygienisch außerordentlich wirksam sein. Führt die Polizei alle aufgegriffenen Jugendlichen den von Frauen geleiteten Pflegeämtern zu, so kann auf diese Weise zunächst durch die Polizei (es klingt nur paradox) die Polizei selbst ausgeschaltet werden. Die Pflegeämter können nun Aussöhnung mit den Angehörigen, Rückführung nach Hause, Unterbringung in Stellung, Unterbringung in Erziehungsanstalten, in Krankenhäusern durchführen. Alle Minderjährigen können auf diese Weise der Erziehung zugeführt, dem bürgerlichen Leben wiedergegeben werden. Und unter diesen Jugendlichen sind die gesuchten gefährlichen Krankheitsverbreiter. Dadurch, daß sie nun unter Schutzaufsicht, Pflegeaufsicht, in Fürsorgeerziehung kommen, wird gleich die beste Gewähr geboten, daß für die gefährliche Zeit (die zur Heilung der Gonorrhoe und Syphilis nötigen Jahre) diese Krankheitsherde ausgeschaltet sind und behandelt werden können.

Wenn wir überhaupt Anzeige- und Behandlungspflicht gesetzlich einführen wollen, so müssen die Gesetze so sein, daß irgendwelche Ausnahmen nicht möglich sind. Was soll denn überhaupt ein Gesetz bezwecken? Es wird doch wohl niemanden geben, der glaubt mit irgendeinem Gesetz, welches es auch sei, mit irgendeiner Anzeige in absehbarer Zeit eine merkbare Abnahme der Geschlechtskrankheiten zu erreichen. Die kann nur durch Behandlung der Kranken erzielt werden, und um gerade sie zu bewirken, um ohne Polizei möglichst viele Menschen zur Behandlung zu bringen, brauchen wir das Gesetz. Ein Gesetz ist nicht immer der Ausdruck eines erreichten Erziehungs- und Sittlichkeitsniveaus eines Volks. Einige sehen vor ihrem Auge das zu erstrebende Niveau; sie machen das Gesetz. Dieses Gesetz soll die Gewissen wecken, soll erziehen. Wir haben es sehr nötig, daß auch den Männern ihre Verantwortung für die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten zum Bewußtsein kommt; denn schließlich muß man doch begreifen, daß die Frauen von den Männern angesteckt werden, was man jahrzehntelang vergessen zu haben scheint. Diese Erziehung ist nun entweder so, daß das soziale Gewissen geweckt wird; das gilt im allgemeinen für die meisten Menschen von der Wirkung eines Gesetzes. Oder (das ist das höhere, aber seltener erreichte) Ziel, es wird das ethische Gewissen geweckt. Und die ethischen Gewissen bahnen den Fortschritt an. Die idealste Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird zweifellos auf

diesem ethischen Boden erreicht. Die Bekämpfung der Prostitution, wie wir sie heute haben, ist nur möglich auf dem Boden weitgehender sozialer Umstellung. Vor allem arbeiten wir, indem wir Wasser mit einem Sieb in ein Faß ohne Boden schöpfen, solange wir keine Wohnungsreform bekommen. Es ist nicht möglich näher auf diesen Punkt einzugehen, aber erwähnt werden muß er.

Hoffen wir, daß endlich ganze Arbeit gemacht wird, und daß wir ein Gesetz bekommen, daß mit der Reglementierung aufräumt, die Behandlungsmöglichkeit, die bei uns in Deutschland schon sehr weit durchgeführt ist, möglichst ausbaut, das gerecht, für alle Glieder des Volks, Mann und Frau gleich ist, und es ausschließt, daß der Staat zu unsittlichen Maßnahmen veranlaßt wird, wie es heute noch der Fall ist.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Lydia Eger

Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz Vom 16. bis zum 18. Oktober 1921 fand die 9. Generalversammlung des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz statt. Folgende Punkte standen auf der Tagesordnung: 1. Ratifikation der *Washingtoner Beschlüsse*, 2. Anwendung des internationalen Arbeiterschutzes auf die *Landwirtschaft*, 3. *Hafenarbeiterschutz*, 4. Vorbereitung einer Erhebung über die *Wirksamkeit der Betriebsräte*. Für jeden Punkt wurde eine Kommission eingesetzt, die ihre Ergebnisse dem Plenum vortrug. Die 1. Kommission war zu folgenden Beschlüssen gekommen: In zwangloser Folge soll ein Nachrichtenblatt erscheinen, um die Verbindung zwischen den einzelnen Sektionen aufrechtzuerhalten. Eine Neuregelung der Sektionsbeiträge wird vorbereitet, die den Valutaverhältnissen gerecht wird. Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee für Sozialversicherung und der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll vorbereitet werden. Die 2. Kommission legte folgende Ergebnisse ihrer Beratungen vor: Die vorbehaltlose Übertragung der *Washingtoner Beschlüsse* über die Arbeitszeit auf die Landwirtschaft erscheint unmöglich. Eine Beschränkung der Arbeitszeit auch in der Landwirtschaft ist aber notwendig. Sie hat unter Berücksichtigung der Jahreszeiten zu erfolgen. Die Zahl der zulässigen Überstunden muß festgelegt werden. Für die Kontrolle über die Einhaltung der Schutzmaßnahmen werden besondere In-

spektionen gefordert. Die Beschäftigung Jugendlicher bei unfallgefährlicher Arbeit ist zu verbieten. Wöchnerinnen müssen Stillpausen gewährt werden. Grundsätzlich sind Kranken- und Unfallversicherungszwang zu verlangen, ebenso Wöchnerinnenunterstützung bis zu 6 Wochen nach der Entbindung. Eine Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenfürsorge für landwirtschaftliche Arbeiter wird für notwendig erklärt. In den öffentlichen Arbeitsnachweisen sind Fachabteilungen für Landarbeiter zu errichten. Die 3. Kommission hatte lediglich einen Fragebogen über Arbeitszeit in der Hafenarbeit und Hafenspektion ausgearbeitet, der den Sektionen unterbreitet wurde. Auch die 4. Kommission legte nur einen Fragebogen vor, der die Bewährung der Betriebsräte feststellen will. Aus diesem Arbeitsprogramm schon ist zu erkennen, daß die Arbeit der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz durch das Internationale Arbeitsamt nicht überflüssig geworden ist. Sie fungiert jetzt als Schrittmacherin für dieses. Das führte auch der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Genosse Albert Thomas, aus.

Washingtoner Beschlüsse

Dadurch, daß mindestens 2 Mitgliedsstaaten die Arbeitsübereinkommen von Washington ratifiziert und dies dem Völkerbund angezeigt haben, sind folgende Übereinkommen in Kraft getreten: 1. Übereinkommen über den Achtstundentag und die 48stündige Arbeitswoche: Griechenland, Rumänien, Tschechien; 2. Übereinkommen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Griechenland, Großbritannien, Rumänien;

3. Übereinkommen gegen die Nachtarbeit der Frauen: Griechenland, Großbritannien, Rumänien, Tschechien.

4. Übereinkommen über den Schutz der Frauen vor und nach der Niederkunft: Griechenland, Rumänien;

5. Übereinkommen über das Mindestalter zur Zulassung zur gewerblichen Arbeit: Griechenland, Großbritannien, Rumänien, Tschechien;

6. Übereinkommen über ein Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher: Griechenland, Großbritannien, Rumänien.

In Deutschland hat sich die Reichsregierung für alle Punkte mit Ausnahme des 4. eingesetzt, und zwar bereits im Frühjahr 1921. Doch steht ein endgültiger Beschluß des Reichsrats noch aus. Im übrigen ist zu dieser Art der Ratifizierung und Inkraftsetzung der Beschlüsse das in die Erinnerung zurückzurufen, was hier in dem Artikel Schipfels Klippen der internationalen Arbeitsgesetzgebung (in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 II, Seite 1084 ff.) prinzipiell ausgeführt wurde,

**Deutschland:
Invaliden-
rentnernet**

Um die furchtbare wirtschaftliche Not der Invalidenrentner etwas zu beheben,

wurde ein Gesetzentwurf über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentnern den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet. Er sieht vor die Unterstützung so zu bemessen, daß das Gesamteinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente 2100 Mark, einer Witwenrente 1500, einer Waisenrente 800 Mark erreicht. Für Kinder und Enkel, die von dem Empfänger zu unterhalten sind, erhöht sich das Einkommen um je 120 Mark. Die Höhe der Unterstützung wird von den Gemeinden nach Anhören des Versicherungsamtes festgesetzt. Die Mehrausgabe soll zu je einem Drittel von den Gemeinden, den Ländern und dem Reich getragen werden, wobei auf Antrag den Gemeinden und Ländern Vorschüsse von Reichs wegen zu leisten sind. Gegenüber diesem Entwurf, der von der Arbeitsgemeinschaft für Neuordnung der Sozialversicherung und dem Ausschuß zur gesetzlichen Regelung der Wohlfahrtspflege deswegen angegriffen wurde, weil das der Sozialversicherung zugrunde liegende Versicherungsprinzip durch eine solche Notregelung geschädigt werde, schlug Düttmann /Oldenburg/ eine andere Fassung des Gesetzes vor. Danach sollen die Gemeinden verpflichtet sein bis Ende 1923

einen weitem Teuerungszuschuß zu den Renten zu gewähren. Dieser Zuschuß soll ein Vielfaches des Ortslohns darstellen, der nach der für den 1. Januar 1922 geltenden Festsetzung maßgebend ist. Für Invaliden-, Kranken- oder Altersrentner gilt der 50fache, für Witwenrentner der 30fache Ortslohn erwachsener Arbeiter ihres Geschlechts, für Waisenrentner der 20fache Ortslohn für erwachsene männliche Arbeiter. Beide Entwürfe wurden vom Reichswirtschaftsrat abgelehnt. Dieser ist dafür, daß die gesamten Kosten vom Reich zu tragen sind, das dafür in erster Linie die soziale Ausfuhrabgabe heranzuziehen hat. Die Rentenfestsetzung soll durch die Versicherungsträger erfolgen, die die normalen Renten bestimmen. Auch in der Angestelltenversicherung sollen Zuschüsse gewährt werden. Die endgültige Entscheidung über die verschiedenen Entwürfe ist noch nicht gefallen. Unbedingt zu beachten ist bei der Notregelung, daß der Versicherungsgedanke als Grundlage erhalten bleibt. Andererseits dürfen nicht wiederstarre Beträge festgesetzt werden, die durch den immer wechselnden Geldwert beeinflusst werden; die Renten müssen vielmehr beweglich werden.

**Schweden:
Kinderfürsorge**

Von der schwedischen Ar-
mengesetzgebungskommission wurde der Öffentlichkeit ein Gesetzentwurf unterbreitet, durch den die öffentliche Kinderfürsorge den Gemeinden übertragen werden soll. Bisher hatten sich Schul-, Armen- und Gesundheitsbehörden in diese Aufgabe geteilt, wodurch die Verantwortung jedes einzelnen Trägers gemindert und eine ungenügende Durchführung des Kinderschutzes bewirkt wurde. Deshalb wird ein Kinderfürsorgeamt vorgeschlagen, dem die gesamte Jugendfürsorgearbeit übertragen wird. Es soll aus 9 Personen bestehen, einem Pfarrer, einem Lehrer, möglichst einem Arzt und sonstigen interessierten Persönlichkeiten, unter denen mindestens eine Frau sein muß. Darüber hinaus ist für jeden Kreis die Schaffung eines Jugendrats vorgesehen, der sich aus einem vom König ernannten Juristen, einem Armenarzt und 4 vom Kreistag ernannten Mitgliedern zusammensetzt. Während das Jugendamt die von den Kinderfürsorgeämtern unterbreiteten Beschlüsse auf Entfernung gefährdeter Kinder aus ihrer Familie oder Zurücknahme von Kindern aus der Fürsorgeerziehung zu prüfen hat,

steht dem Jugendrat die Entscheidung über die Fürsorgeerziehung verwahrloster Kinder über 15 Jahre zu, ferner die Kontrolle über die Kinderfürsorgeämter und die Schaffung von Kinderheimen. Für das ganze Land ist ein Aufsichts- und Zentralorgan zu schaffen, dem die einheitliche Verwaltung der gesamten Kinderfürsorge obliegt. Aufgabe der Kinderfürsorgeämter ist die Fürsorge für schutzlose Kinder. Sie erstreckt sich auf Jugendliche bis zum 15. Lebensjahr, deren Eltern gestorben oder nicht, imstande sind dem Kind Unterhalt und Erziehung zu gewähren. Die Kinder sind in Kinderheimen unterzubringen; wenn sie besonderer Pflege bedürfen, in bestimmten Anstalten. Das Fürsorgeamt hat keine Vormundschaftsrechte, kann aber die Bestellung eines Vormunds beantragen und hat eine gewisse Aufsicht über den Zögling bis zum 18. Jahr. Auch private Kinderheime unterstehen der Aufsicht des Kinderfürsorgeamts, vor allem natürlich Ziehkinder.

Kurze Chronik Das Bureau für Sozialpolitik hat einen Gesetzentwurf zur deutschen *Angestelltenversicherung* ausgearbeitet, der die Behörden und Träger der Angestellten- und der Invalidenversicherung zusammenlegt. An die Stelle der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte als Träger der Angestelltenversicherung soll die für den Beschäftigungsort zuständige Versicherungsanstalt treten. Bei der Beschlußfassung über Angelegenheiten, die lediglich die Angestelltenversicherung betreffen, sollen nur die für die Angestelltenversicherung gewählten Mitglieder mitwirken. ◊ Durch eine Verordnung vom 1. November 1921 wurde die Verordnung über *Erwerbslosenfürsorge* in Deutschland dahingehend abgeändert, daß die Sonderhilfe des Reichs, die bisher leistungsschwachen Gemeinden zufließt, jetzt den übermäßig belasteten Ländern zugewendet wird, damit diese eine eingehende Prüfung der Bedürftigkeit der einzelnen Gemeinden vornehmen können. Ferner wurde die Arbeitslosenunterstützung erneut erhöht.

Literatur Um gegen das noch immer nichts weniger als tote Kommunistische Manifest vorzugehen und zugleich Wege für eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik zu zeigen, schrieb *Andreas Voigt* ein *Wirtschaftsfriedliches Manifest* /Stuttgart, Cotta/. Es erscheint als *Wegweiser*

nicht gerade geeignet. Es fehlt die Klarheit der Unterscheidung zwischen ethischen und rein ökonomischen Gesichtspunkten und Motiven in der Wirtschaftspolitik. Vor allem wird die studierende Jugend, an die es besonders gerichtet ist, nicht die Richtschnur darin finden, die sie braucht, wenn sie wirklich Wegbereiter eines Neuen werden soll. ◊ Einen engern, aber interessierten Leserkreis wird ein Buch *Curt Duisburgs* *Die Arbeiterschaft in der chemischen Großindustrie* /Berlin, Carl Heymann/ finden. Durch die Genauigkeit in der Darstellung und die Erwähnung mancher Einzelheiten gewinnt das Buch aber an allgemeinem Wert. ◊ *Der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter* Deutschlands brachte eine Sammlung Tarifverträge und Lohnfragen im Bergbau /Essen, Verlag des Verbandes/. Für alle beteiligten oder gewerkschaftlich interessierten Kreise stellt das Buch wertvolles Material zur Verfügung. ◊ Von der Tarifstelle des *Sächsischen Arbeitsministeriums* wurde eine Sammlung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter, der kaufmännischen Angestellten und Beamten, der technischen Angestellten, Beamten und Werkmeister im Freistaat Sachsen nach dem Stand der Tarifverträge Ende Oktober 1921 herausgegeben (siehe auch die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in diesem Band, Seite 44). Das ist zwar zunächst nur totes Zahlenmaterial, das aber dem aufmerksamen Leser lebendig wird und deutlich zeigt, wie kompliziert und mühevoll das Werk der Tarifverträge ist, das die Zustände unserer Tage zeitigen. ◊ Eine außerordentlich feine Zusammenfassung der Aufgaben der Frauenvereine auf dem Gebiet der Säuglingsfürsorge bringt ein Bericht *Johannes Schoedels* in den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung /Berlin, Richard Schoetz/: Frauenvereine und Säuglingsfürsorge. Nicht bloß die freiwillige Fürsorge wird dargestellt, sondern auch ein wesentlicher Teil der öffentlichen Fürsorge. Aus allem spricht die praktische Erfahrung als Grundlage. ◊ Im gleichen Heft findet sich eine Abhandlung *Ruth Weilands* Bedingungen und Wirkungen der Kindertagesheime im Kriege. Hier ist vor allem viel statistisches Material zusammengetragen, das für alle Beteiligten zweckdienlich sein kann. ◊ Ein echtes Wohlfahrtsbuch gab der Deutsche Ausschuß für *Kleinkinderfürsorge* heraus: in seiner Schrift *Ländliche Kleinkinderfürsorge* /Berlin, Deut-

sche Landbuchhandlung/. Aus den verschiedenen Berichten und Leitsätzen entsteht ein deutliches Bild von den ländlichen Verhältnissen, die so ganz anders geartet sind als die städtischen, zugleich ein Bild vieler mühevoller Arbeit, deren es oft unter den schwierigsten Verhältnissen bedarf. Ein Buch zum Nachdenken, das die Verantwortung stärkt, und das auch durch die Sorgfalt erfreut, die hier auch auf kleine Dinge verwandt wird. ◊ Im Rahmen der Staatsbürgerbibliothek /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/ erschienen 2 Schriften zur *Wohlfahrtspflege*: Einführung in die öffentliche Wohlfahrtspflege von Erwin Kaufmann und Krüppelfürsorge von P. J. Briefs. Beide Hefte, durchaus volkstümlich gehalten, können als gute Einführung in die betreffenden Gebiete in Frage kommen. ◊ Der Aufklärung über die Ostjudenfrage in Deutschland soll das 2. Heft der Schriften des Arbeiterfürsorgeamts der Jüdischen Organisationen Deutschlands /Berlin, Philoverlag/ dienen, das *Ostjuden in Deutschland* betitelt ist. Die Schrift ist deshalb zu empfehlen, weil sie rein sachlich Unterlagen, Ziffern, Arbeitsberichte aus der Ostjudeneinwanderung und ihrer Beschäftigung, sowie der Tätigkeit des genannten Arbeiterfürsorgeamts bringt. Es ist gut, wenn die heutigen Auseinandersetzungen über die Judenfrage, die immer heftiger zu werden scheinen, wieder ein wenig unter dem Gesichtspunkt der Sachlichkeit geführt werden. ◊ Eine sehr interessante Auswertung der Ergebnisse der *österreichischen Volkszählung* vom 31. Januar 1920 ist in dem 6. Heft der Beiträge zur Statistik der Republik Österreich enthalten (Ergebnisse der außerordentlichen Volkszählung vom 31. Jänner 1920, Alter und Familienstand, Wohnparteien /Wien, Verlag der österreichischen Staatsdruckerei/). Insbesondere sind die Kriegsstörungen in der Bevölkerungsbewegung deutlich aufgezeigt. ◊ *Der Zentralarbeitsnachweis Dresden* veröffentlichte seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1920-1921. Er bringt die Berichte der einzelnen Fachabteilungen sowie der Nebenstellen. Besonders interessant sind die Ausführungen über Hauslehrstellen und Lehrlingsfürsorge, wo eine starke Ausdehnung des Arbeitskreises vorliegt, die aber eine günstige Entwicklung für die Arbeitsverhältnisse verspricht. Eine Anzahl Tabellen und graphische Darstellungen zeigen die Arbeitsleistung in anschaulichster Weise.

Gewerkschaftsbewegung / Max Schippel

Internationale Der *Internationale Gewerkschaftsbund* hielt anlässlich der Tagung des Internationalen Arbeitsamts vom 22. bis zum 24. Oktober 1921 in Genf eine Vorstandssitzung ab, auf der der Sturmlauf der Kapitalisten aller Länder gegen die Erregenschaften der jüngsten Zeit geschildert wurde, während sonst die Hilfsaktion für Rußland im Mittelpunkt stand. Nach dem vorläufigen Bericht Fimmens waren 350 000 holländische Gulden (nach dem jeweiligen Valutastand umgerechnet) eingesandt oder angekündigt worden, darunter aus Deutschland 2 Millionen Mark, aus Frankreich 500 000 Francs, aus Belgien 250 000 Francs, aus Österreich 12 Millionen Kronen. Die Ablehnung der Vereinigten Staaten sich dem Internationalen Arbeitsamt anzuschließen respektive den entsprechenden Teil des Versailler Friedens in den Frieden mit Deutschland einzubeziehen kam zwar auf Anregung Leiparts, dem Jouhaux seine Übereinstimmung ausdrückte, zur Sprache; über den empfohlenen Protest gelangte man jedoch zu keinem Beschluß. Der nächste internationale Kongreß soll für den 20. April dieses Jahres nach Rom einberufen werden. Eine Sonderkonferenz in Amsterdamm am 15. und 16. November vereinigte alsdann, neben dem Zentralbureau, die internationalen Sekretariate der Transport-, Berg- und Metallarbeiter der Hauptländer, um eine Verständigung über die entschiedenste und zweckmäßigste Abwehr der etwa wieder auftauchenden *Kriegsgefahr* herbeizuführen. Man bekräftigte die vom Londoner Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbunds vom November 1921 und von den internationalen Kongressen der Transportarbeiter (in Kristiania März 1920 und in Genf April 1921), der Bergarbeiter (in Genf August 1920) und der Metallarbeiter (in Kopenhagen August 1920 und in Luzern August 1921) angenommenen Beschlüsse und trat in einer Resolution für die energischste Propaganda gegen den Militarismus und für die Abrüstung ein: »Im Hinblick auf diesen Zweck appelliert die Konferenz an die Arbeiter aller Länder sich zu einer Macht zusammenzuschließen, die imstande ist im Fall drohender Kriegsgefahr unter der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbunds durch sofortige Proklamation des internationalen Generalstreiks den Ausbruch des

Krieges zu verhindern.« Ein provisorisches internationales Komitee, bestehend aus dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbunds und je einem Vertreter der 3 internationalen Sekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter, soll bis zum nächsten internationalen Kongreß alle für die Beschwörung der drohenden Kriegsgefahr notwendigen Maßnahmen treffen. Der 8. internationale Kongreß der *Buchdrucker*, der vom 5. September ab in Wien tagte, entschied sich für Beibehaltung des Sekretariatsitzes in Bern, mit Verdan als Sekretär. Als Grundlage der Beitragsleistung, die heute allen internationalen Organisationen Kopfschmerzen bereitet, wählte man den Minimalwochenlohn für Handsetzer und Tagesarbeit, der in der Hauptstadt jedes Landes in der 1. Woche des Jahres festgestellt wird.

Die *Textilarbeiter* hielten nach 7jähriger Pause Ende September in Paris ihren internationalen Kongreß ab, der bereits im Jahr 1917 fällig gewesen war. Er fand unter Teilnahme einer starken deutschen Delegation und ohne jeden Zwischenfall statt. In einer einstimmig angenommenen Resolution bekannte man sich zum Klassenkampf und »forderte von den heutigen Machthabern umfassende Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, Gewährung von Arbeitslosenunterstützung in Höhe des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes an Arbeitslose, Festlegung der 44stündigen Arbeitswoche als Maximum und Verbot jeder Überarbeit, Beschränkung der Anzahl der zu bedienenden Maschinen, uneingeschränkte Handels- und Austauschbeziehungen zwischen den ehemals kriegführenden Staaten«. Der Sitz des Sekretariats soll in England bleiben, der bisherige Sekretär Shaw im Nebenamt, aber an der Spitze eines eigenen Bureaus, die Leitung behalten. Amerika scheint sich in diesem Berufszweig an den künftigen Kongressen beteiligen zu wollen.

Die internationale *Arbeiterinnentagung*, die Ende Oktober in Genf stattfand, beschäftigte sich hauptsächlich mit Arbeiterinnenschutz und Friedensförderung. Die hier vertretenen Organisationen stehen durchaus auf dem Boden von Amsterdam. Auf 2 Jahre bleibt der Sitz der Leitung in England, mit Marion Philips als Sekretärin und Harrison Bell als Kassiererin. Raymond Robins /Ver-einigte Staaten/ wurde von neuem zur Vorsitzenden gewählt.

England In England treten nach der schweren Enttäuschung aller Erwartungen, die man auf die Bewegung für die Grubenationalisierung gesetzt hatte, plötzlich wieder jene Einrichtungen mehr in den Vordergrund, die eine Art Kompromiß zwischen den Grundgedanken der *Arbeitsgemeinschaften* und der Betriebsräte darstellen. Das Mining Industry-Gesetz vom Jahr 1920 sah paritätische Vertretungen für Eingruben, für die 25 Distrikte und darüber hinaus für 7 Areas, und schließlich die krönende Spitze des National Board vor; den Empfehlungen der oberen Instanzen kann durch das Handelsamt Allgemeinverbindlichkeit verliehen werden. Gerade die Bergleute, die erst, das Endziel des Pools und der Nationalisierung festhaltend, den Grubenkomitees und den weitergespannten Councils gleichgültig und sogar abgeneigt gegenüberstanden, verlangen jetzt selber die Errichtung, während die Unternehmer sich um so kühler zu verhalten beginnen, je mehr es mit den Schöpfungen Ernst wird. Ähnlich steht es mit den Eisenbahnern. Zu der erzielten Verständigung über die Zeit nach dem Aufhören der Eisenbahnzwangswirtschaft gehört vor allem die Einsetzung von Ausschüssen nach den allgemeinen Whitleyvorschlägen. Neben dem Zentrallohnamt sollten mehr abteilungs- und bezirksweise, endlich zur Regelung minder wichtiger und umfassender Fragen ortsweise paritätische Vertretungen wirken. Auch in diesem Fall sind es gegenwärtig die Arbeiter, die das Stocken dieser Neuorganisation bedauern, und das Zentrallohnamt hat ausdrücklich die Aufmerksamkeit der Unternehmer auf diese Verzögerung lenken müssen.

Sonst war das ganze englische Gewerkschaftsleben der letzten Monate und Wochen durch den fortgesetzten *Lohnabbau* gekennzeichnet, dem sich unter dem Eindruck der Preisermäßigung und des Produktionsdrucks auch die Arbeiter nicht entziehen konnten.

Frankreich In Frankreich schreitet der bereits in dieser Rundschau (1921 II, Seite 909 f.) eingehender geschilderte Zersetzungsprozeß der Gewerkschaften bedauerlicherweise noch immer fort. Anscheinend von dem Anfang Juni in Paris unterlegenen Eisenbahnerflügel geführt, haben 14 Departementsverbände und 10

Föderationen einen Aufruf zu einem allgemeinen Gewerkschaftssonderkongreß für Ende Dezember erlassen. Dem Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes blieb unter solchen Umständen keine Wahl. Er trat sofort zusammen und verkündete in einer scharfen Erklärung, daß der Aufruf die selbstgegebene Organisationsverfassung der Confédération auf das schwerste verletze, und daß sich alle Teilnehmer an dem Sonderkongreß ohne weiteres außerhalb des Bundes stellen würden. Die stärkste Stütze fand die alte legitime Leitung bisher an dem Nationalverband der Grubenarbeiter (travailleurs du sous-sol).

Die Untergrabung des Einflusses der Confédération wäre gegenwärtig um so mehr zu bedauern, als Jouhaux, ihr hervorragendster Führer, unermüdlich für die Aussöhnung mit Deutschland und eine entsprechende Lösung der *Wiederaufbaufrage* eintritt.

Vereinigte Staaten

An der Lage in Nordamerika hat sich seit dem letzten Berichtszeitraum wenig geändert. Der Produktionsstillstand und die Beschäftigungslosigkeit sollen sich neuerdings etwas gemildert haben; für das Eisen- und Stahlgewerbe trifft dies offenbar zu, obwohl der Abfall gegen normale Zeiten noch schlimm genug ist. Der Lohnabbau schreitet deshalb fort, ohne daß es die Gewerkschaften auf größere Kämpfe ankommen lassen können. Die allgemeine Preissenkung, die gerade bei den Farmerzeugnissen am weitesten geht, bietet den Unternehmern den willkommenen Anlaß zu immer neuen Vorstößen. Zum Teil bearbeiten die Unternehmer dabei die öffentliche Meinung in einer Weise, daß die Arbeiter kaum wagen dürfen selbst gegen ungerechtfertigte Lohnkürzungen sich aufzulehnen. Vor allem die Bahninteressenten haben ein maßloses Kesselreiben eingeleitet. Bei den stürzenden Lebensmittelpreisen verschlingen die Frachtraten einen immer höhern Prozentsatz der Warenwerte, und ländliche Produzenten wie städtisch-gewerbliche Verbraucher werden systematisch gegen die Arbeiter aufgehetzt, deren Festhalten an den bisherigen Löhnen jede Transportverbilligung verhindere. Dabei waren die Eisenbahner, die Lokomotivführer besonders, notorisch vor dem Krieg unterbezahlt; die Einkommenserhöhungen während des Krieges blieben unter dem Durchschnitt der anderen

Wirtschaftszweige, und am 1. Juli 1921 setzte das während des Krieges geschaffene Railroad Labor Board bereits eine Lohnverkürzung von 12½% durch. Mitte Oktober beantragten die Bahnleiter eine zweite beträchtliche Ermäßigung. Ein Riesenstreik, der unter den vorliegenden Verhältnissen unabsehbare Folgen nach sich ziehen konnte, schien längere Zeit unvermeidlich. Aber angesichts der öffentlichen Meinung waren von vornherein durchaus nicht alle Organisationen anschlussbereit; man sprach von 500 000 Streikwilligen, das wäre nur ein Viertel aller Eisenbahner gewesen. Die Führer beschlossen deshalb im letzten Augenblick die für den 30. Oktober in Aussicht genommene Arbeitseinstellung zu vertagen. Die Unternehmer hatten Vorbereitungen getroffen wie seinerzeit Lloyd George in England: Automobilverbindungen organisiert, Vorräte angehäuft. Mehr und mehr scheint dem amerikanischen Großkapital der Augenblick günstig die Macht der organisierten Arbeit auf lange Zeit hinaus zu brechen. Auch Gompers betonte wiederholt den Ernst der Lage, aber auch den festen Willen der Federation zum eisernen Widerstand gegen alle Gefährdung der gewerkschaftlichen Grundrechte.

Gelbe

In Deutschland weisen viele Anzeichen darauf hin, daß zahlreiche Unternehmer, trotz den Zusicherungen der Zentralarbeitsgemeinschaft und, wie man zunächst noch annehmen kann, ohne Unterstützung von dieser zentralen Seite, die Gelbenbewegung neu zu beleben suchen. Auf der Tagung des Nationalverbands deutscher Gewerkschaften in Berlin am 13. und 14. November 1921, der seine Mitgliederzahl mit 200 000 angibt, wandte sich der Vorsitzende, der Abgeordnete Geisler, mit viel Lebhaftigkeit sogar gegen die christlichen Gewerkschaften, denen er Internationalismus, sozialistische Tendenzen und Neigung zur staatlich-fiskalischen Sachwerterfassung vorwarf. Besonders eng scheint die Verbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei zu sein, deren Vertreter auf der Berliner Tagung sogar das Wort ergriffen. Zu einer Art allgemeinerer theoretischer Grundlage versuchte man Andreas Voigts Wirtschaftsfriedliches Manifest (siehe darüber die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band, Seite 38) zu erheben. Den Namen des Verbandes beschloß man in Nationalverband deutscher Berufsverbände umzuwandeln.

Forderungen Um nach Möglichkeit der Finanznot Deutschlands zu steuern und einer verhängnisvollen Wendung in der Reparationsfrage vorzubeugen, haben, unter dem Eindruck des Vorgehens des Reichsverbands der deutschen Industrie, am 15. November 1921 die vereinigten Vorstände des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes ein Mindestprogramm aufgestellt, das in der nächsten Zeit noch häufig erörtert werden dürfte. Es sei daher an dieser Stelle wiedergegeben. Die genannten Verbände verlangen darin folgendes:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25% ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträge der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaus zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25% hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5% Zinsen abzuführen. Ist diese Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30% zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen- und Effektesgeschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Totenliste Der Transportarbeiterverband hat am 18. Oktober 1921 seinen ersten Hauptkassierer *Karl Kabler* verloren. Kabler war 1847 in Berlin geboren. Der junge Tischler betätigte sich schon vor dem Ausnahmegesetz in der Arbeiterbewegung. Seit 1872 bis zur Auflösung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war er dessen Kassierer. Als Mitbegründer des Transportarbeiterverbands im Jahr 1897 führte er, erst ehrenamtlich, dann seit 1901 als Angestellter, die Geschäfte der Hauptkasse.

Am 1. November verschied im Alter von 58 Jahren an Blutvergiftung, die einen Schlaganfall nach sich zog, *Carl Grüning*, ein gerader, schlichter und charakterfester Mann, der ursprünglich den Bauhilfsarbeitern erst in Schwerin, dann in Hamburg große Dienste leistete, nach der Verschmelzung am 1. Januar 1911 aber Leiter des Bezirks Hamburg im Bauarbeiterverband wurde.

Der gleichfalls am 1. November im Alter von fast 75 Jahren verstorbene Kupferschmied *Friedrich Bischoff* war seit 1895 besoldeter Vorsitzender, dann seit 1907 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1920 der Hauptkassierer seiner Berufsorganisation.

Eigenpublikationen Ein offizieller Bericht über den wichtigen ersten *internationalen Gewerkschaftskongress* nach dem Krieg, in Amsterdam vom 28. Juli bis zum 2. August 1919, fehlte bisher noch. Er ist vor kurzem (als Beiheft der Internationalen Gewerkschaftsbewegung, des Organs des Internationalen Gewerkschaftsbundes) in Amsterdam, auch in deutscher Sprache, erschienen.

Das Parlamentarische Komitee des *englischen Gewerkschaftskongresses* hatte einen Sonderausschuß eingesetzt, um über die Preissteigerung und deren Ursache (Valutaverschlechterung, Monopole, Wucher- und Schiebergeschäfte) und zugleich über Abhilfemaßnahmen (Nationalisierung, Genossenschaftswesen, staatliche Regelungen aller Art) zu berichten. Die 4 Reports liegen jetzt vor /London, Co-operative Printing Society/, und sie gewähren einen guten Einblick in die jüngste englische Sozialentwicklung und in die Anschauungswelt der Gewerkschaftskreise. Die schweizerische Gewerkschaftliche Rundschau brachte als Beilage zu ihrer Oktobernummer den alljährlichen ausführlichen statistischen und geschichtli-

chen Bericht über die Gewerkschaftsverbände der Schweiz, nunmehr also für das Jahr 1920 /Bern, Unionsdruckerei/. Mit den Nummern 43 vom 22. Oktober 1921 und 51 vom 17. Dezember 1921 des Korrespondenzblatts des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes erschienen die bekannten unentbehrlichen Jahresübersichten über die Gewerkschaftsorganisationen im *Deutschen Reich* und über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahr 1920.

Anziehende und belehrende Rückblicke und Übersichten über die gewerkschaftliche Gesamtbewegung in Deutschland, die besondere Verbandsgeschichte, die Tarifvertragserfahrungen, die mehr örtlichen Zustände und Vorgänge brachte anlässlich des 25jährigen Bestehens des *Gemeinde- und Staatsarbeiterverbands* die Festnummer der Gewerkschaft, des Verbandsorgans.

Ähnlich erschien an der Jahreswende der Kurier, das Organ des *Deutschen Transportarbeiterverbands*, zur Vierteljahrhundertfeier in festlichem Gewand und mit wirkungsvoll zusammengestelltem Material über die Geschichte und die Erfolge der heute rund 575 000 Mitglieder umfassenden Organisation.

Im umfangreichen Jahrbuch 1920 des *Deutschen Holzarbeiterverbands* fesselt vor allem die Darstellung der Reichstribunalbewegung, der Mitwirkung des Verbandes an der wirtschaftlichen Neuorganisation, der Betriebsrätefrage.

Über Beamtenrecht, Beamtenwirtschaft und Beamtenpolitik auch mit geschichtlichen und grundsätzlichen Überblicken unterrichtet teils durch selbständige Aufsätze namhafter Verfasser teils durch gutgearbeitetes Nachschlagematerial das von Ernst Remmers und Albert Falkenberg herausgegebene *Beamtenhandbuch* /Berlin, Wedel/.

Für die Eisenbahner hat der Deutsche Eisenbahnverband ein von D. Breunig und W. Necker bearbeitetes *Betriebsrätehandbuch* veröffentlicht.

Für die Bildungsbewegung haben die *Lehrgangsrundrisse*, die auch bescheideneren und in der Zeit beschränkteren Lehrkräften die Abhaltung von Unterrichtskursen gestatten, rasch größere Bedeutung gewonnen. Für den Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bearbeitete Hermann Müller Geschichte und Wesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung; für die Gewerkschaftsschule in Teplitz entwarfen Neumann, Benedikt Kautsky,

Neurath, Richard Wagner, Brod, Weiß recht beachtenswerte und brauchbare Lehrbeihilfe über Wirtschaftskunde, Volkswirtschaftslehre, Sozialversicherung, Sozialisierung.

Kurze Chronik Der Ausschuß des Gesamtverbands der *christlichen Gewerkschaften* tagte am 2. und 3. Dezember 1921 in Essen. Er beschloß unter anderm Stegerwald als 1. Vorsitzenden vollkommen mit den aus dem Essener Programm erwachsenden Schritten zu betrauen und für die organisatorischen Aufgaben den bisherigen Vorsitzenden der christlichen Textilarbeiterorganisation Otto zum Generalsekretär zu bestellen. ◊ Der Streik im *Berliner Gastwirtsgewerbe*, durch die Trinkgeldfrage hervorgerufen, begann am 1. Oktober und endete am 7. November mit der Annahme eines Kompromisses. ◊ Am 28. November 1921 vollendete *Wilhelm Pfannkuch* sein 80. Lebensjahr. Er war in Kassel geboren. Als junger Tischler hatte er sich dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein angeschlossen. Später entfaltete er eine reiche Tätigkeit im Reichstag und im Parteivorstand. In dieser Rundschau haben wir seiner Verdienste um die Gewerkschaftsbewegung zu gedenken, vor allem seiner redaktionellen Leitung der Neuen Tischlerzeitung (dann der Holzarbeiterzeitung) im Anfang der neunziger Jahre.

Literatur Die ganze, mehr als 100-jährige Leidens-, Kampfes- und Aufschwungsgeschichte eines besondern englischen Bergreviers rollt, zum Teil auf Dokumenten des Home Office und auf zeitgenössischen und örtlichen Aufzeichnungen fußend, *Sidney Webb* in einer kleinen, prächtigen Gelegenheitschrift *The Story of the Durham Miners /London, The Fabian Society/* auf. Überraschend ist der in vielen Stücken wesentliche Gleichlauf mit unseren festländischen und deutschen Erfahrungen (Abkehrscheine, Wagnennull, System der Entlassungsscheine und schwarzen Listen gegen Organisierte, die Exmittierung aus den Werkwohnungen bei Streiks und Streikgefahr). Bemerkenswert ist ferner, wie Webb neben den beiden Hauptkräften des Aufschwungs, Gewerkschaften und Genossenschaften, als die dritte Kraft die religiöse Wiederbelebung ansieht, die sowohl den persönlichen Charakter der Beteiligten wie den ganzen Zuschnitt des öffentlichen Lebens vollkommen umge-

staltet habe. ◊ Eine Art amerikanisches Gegenstück hierzu, aber trotz allen krassen Mißständen ganz auf die Gegenwart beschränkt, ist *Winthrop D. Lanes* Civil War in West Virginia /New York, Huebsch/. In den westvirginischen Kohlengrubenbezirken herrschen ähnliche Zustände, wie sie für den Fernen Westen in Sinclairs Kohlenkönig geschildert sind. Die Gewerkschaft ist verfeimt, und Gerichte wie Vollstreckungsorgane sind willige Werkzeuge des rücksichtslosesten Kapitalsmonopols. Der Verfasser der packenden kleinen Schrift weilte im Anfang des Jahres 1921 längere Zeit an Ort und Stelle als Mitarbeiter der New York Evening Post. Commons begleitet die Skizzen und Betrachtungen mit einem Vorwort über die allgemeine Bedeutung dieses Kampfes gegen die Unionen durch Reverse und Injunktionen. ◊ Einer überaus mühsamen Arbeit hat sich die Tarifstelle des Sächsischen Arbeitsministeriums unterzogen. Ihr Leiter *Heinrich Brand* gibt nach Erwerbsgruppen die Hauptbestimmungen der amtlich verfügbaren 655 Tarifverträge des Freistaats Sachsen, tabellarisch geordnet, wieder (Lohn- und Arbeitsbedingungen im Freistaat Sachsen /Dresden, Tarifstelle des Sächsischen Arbeitsministeriums/). Als Stichtag ist der Ausgang Oktober 1921 gewählt; durch nach Bedarf erscheinende Deckblätter soll die Sammlung fortlaufend ergänzt werden. ◊ Die Entwicklung des Tarifgedankens an der Hand eines einzelnen Gewerbes verfolgt bis zur neuesten Zeit, bis zum Abschluß des Reichstariifs vom Februar 1920, *Lilli Neumann* in ihrer Arbeit Die Tarifverträge in der deutschen Holzindustrie /Altona, Adolff/. Die Haupturkunden sind als Anlagen beigelegt. ◊ Den Streit um die Arbeitsgemeinschaften behandelt *Nikolaus Osteroth* unter voller Würdigung der Bedeutung dieser paritätischen Organisation /Berlin, Firnverlag/. ◊ Moskau gegen Amsterdam verfehlt mit der ganzen Skrupellosigkeit der bolschewistischen Glückssritter A. Losowskij in einer Schrift Der internationale Rat der Fach- und Industrieverbände, die als 10. Heft der Bibliothek der Kommunistischen Internationale /Hamburg, Hoym/ erschien. Im 17. Heft der selben Bibliothek (Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung in Rußland) müht sich M. Tomskij an dem Nachweis ab, daß die russische Gewerkschaftsbewegung »erst in der Periode der Sowjetherrschaft ihre höheren Entwicklungsformen erreicht« habe.

Frauenbewegung / Meta Corsen

Erwerbsarbeit In dem neuen Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird unter den Forderungen zur Sozialpolitik das »allgemeine Recht der Frauen auf Erwerb« statuiert. Diese uneingeschränkte Anerkennung der alten Forderung der Frauenbewegung, des "Rechts auf Arbeit", bedeutet einen Wandel gegenüber den bisher, vielfach auch in der Sozialdemokratie, herrschenden Anschauungen, die dieses Recht doch oft nur als ein durch die Ansprüche des Mannes bedingtes und als ein möglichst zu beseitigendes und überflüssig zu machendes gelten ließen. Ähnliche Symptome der wachsenden Bedeutung der Frauenarbeit zeigen sich in der Gewerkschaftsbewegung. Was in der Arbeiterinnenzeitung vom 1. März 1921 Viktor Stein über den vom 14. bis zum 17. Februar 1921 in Wien abgehaltenen Kongreß der Betriebsräte in der Metallindustrie berichtet, auf dem man sich eingehend mit der Frauenarbeit und ihren besonderen Bedingungen beschäftigte, deutet nach der Meinung des Berichterstatters auf eine sich anbahnende neue Auffassung der Frauenarbeit hin. Und auch bei den Behörden dringt die Erkenntnis von ihrer Notwendigkeit durch: Die Demobilisierungsverordnungen vom 28. März 1919 und 25. April 1920, die vor allem auf Entlassung von Frauen hinwirkten, sind, weil man sah, daß vor allem bei gelernter Arbeit, Spinnen, Weben, Nähen, diese Entlassungen sehr ungünstig für die Betriebe waren, und daß die Bestimmungen überhaupt zu große Härten für die Frauen enthielten, durch eine Verordnung vom 5. März 1921 eingeschränkt worden, die ihre Anwendung nur zuläßt in Städten mit über 100 000 Einwohnern im Fall erheblicher Arbeitslosigkeit, wenn 1½ % der Einwohner Erwerbslosenunterstützung beziehen. Auf der Tagung der Arbeitsämter und -nachweise vom 4. bis zum 9. April 1921 in Münster wurde festgestellt, daß täglich neue Berufe für die Frau entständen. Bei der Arbeitsbeschaffung aber, bei den Wünschen und Forderungen zu dem bevorstehenden Arbeitsnachweisgesetz treten auch die inneren Schwierigkeiten zutage, die der aufsteigenden Entwicklung der Frauenarbeit im Weg stehen. Ein Aufsatz der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 1. Juni 1921, betitelt Arbeitsnachweis und Fraueninteressen, fordert, daß die Frauen nicht den männ-

lichen Facharbeitsnachweisen eingegliedert werden sollen, da viele Frauen in verschiedenen Berufen "angelernt" seien und dann auf die Vermittlung in mehreren Berufen zugunsten des einen verzichten müßten, wodurch manche Industrien sehr geschädigt würden; außerdem würden in den männlichen Facharbeitsnachweisen die Frauen sehr zugunsten der Männer zurückgedrängt. So sollten spezielle weibliche Arbeitsnachweise mit genauer Berufskartothek, durch die der Überblick über die weiblichen Arbeitslosen und ihre verschiedenen Arbeitsmöglichkeiten gewahrt bleibt, geschaffen werden. Der Entwurf zu dem Gesetz sieht bei größeren Nachweisen eine männliche und eine weibliche Abteilung vor (was stellenweise auch jetzt schon durchgeführt ist) und außerdem den Übergang der nicht gewerblichen Arbeitsnachweise von Gewerkschaften, Innungen, Handels- und Landwirtschaftskammern an die öffentlichen Arbeitsnachweise, was fachliche Gliederung der öffentlichen Nachweise bedeuten würde. Diese Fachabteilungen werden in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 27. Juli 1921 in einer Erwidernng auf den erwähnten Artikel von männlicher Seite befürwortet; besondere weibliche Arbeitsnachweise werden abgelehnt, da bei solcher allgemeinen Vermittlung wegen Unkenntnis der Bedingungen der einzelnen Berufe nichts herauskommen würde. Der Einwand ist berechtigt, und sicher bedeutet die eben gekennzeichnete Eigentümlichkeit der Frauenarbeit, das Schwanken von einem Beruf zu dem andern, ein Hemmnis ihrer Entwicklung. Daß die Frauen vielfach so wenig in ihrer Arbeit wurzeln, ist sicher auch einer der wesentlichsten Gründe der oft beklagten Uninteressiertheit der Frauen in Organisationsfragen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist in letzter Zeit ja stark gewachsen; so betrug sie in der Bekleidungsindustrie 1900 758 von 15 639, bei Kriegsausbruch 14 144 von 50 647, Ende 1918 34 691 von 62 941, Ende 1920 78 000 von 143 000. Aber die tätige Anteilnahme der Frauen an der gewerkschaftlichen Arbeit ist weit dahinter zurückgeblieben. In den Betriebsräten sind sie ungenügend vertreten, in größeren Betrieben sind 1 oder 2 Frauen im Betriebsrat, die an seinen täglichen Arbeiten meist gar nicht, an den Sitzungen nur als Zuhörende teilnehmen. Auf der 14. Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes, der 187 000 männliche und 350 000 weibliche Mitglieder hat, waren

473 männliche und 47 weibliche Delegierte. An den vom Verband eingerichteten Hochschulkursen für Betriebsräte hat nur 1 Frau teilgenommen.

Um das Verhältnis der Frauen zu ihrem Beruf zu festigen und zu vertiefen, bedarf es ebenso gründlicher Berufsvorbildung und -erziehung wie einer weitgehenden Anpassung der Arbeitsbedingungen an die körperliche Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit der Frau, wie dies kürzlich Frida Voigt in ihrem Artikel Zukunftswege der Frauenarbeit, in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 II, Seite 612 ff., vorgeschlagen hat. In der Arbeiterinnenzeitung vom 1. März 1921 betont Jenny Adler-Herzmark die Schädlichkeit dauernden Stehens und Sitzens bei einer Arbeit; sie fordert genügende Arbeitspausen, weiter Rücksichtnahme auf die Geschlechtsfunktionen ohne Benachteiligung im Lohnverhältnis. Es ist fraglich, ob die Bestimmungen, die 1919 in Washington von dem Internationalen Verband der Arbeit aufgestellt wurden und durch Begrenzung des Nachtarbeitsverbots für Frauen und Jugendliche auf die Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen im Zweischichtensystem ermöglichen, im Interesse der Frauen zu begrüßen sind. Eine amtliche englische Denkschrift, die Else Lüders, jetzt Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, im Reichsarbeitsblatt vom 15. März 1921 behandelt, betont die Vorteile des Systems, das durch Zusammendrängung der Arbeit den Frauen noch Zeit für häusliche Betätigung lasse. In England kann jetzt für einzelne Betriebe oder Gruppen von Betrieben das Zweischichtensystem für Frauen gestattet werden, jedoch vorläufig nur auf 5 Jahre. Es kann dadurch leicht eine zu starke Belastung der Frau herbeigeführt werden; die Arbeitszeit ist in England so eingeteilt, daß $4\frac{1}{2}$ oder 5 Stunden ununterbrochen gearbeitet werden muß, und außerdem kompliziert und erschwert die Arbeit zu so früher oder später Stunde die Haushaltsführung.

Während bei den Beamten, wo das Verhältnis zum Beruf schon fester ist, sich der Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Leistung immer mehr durchsetzt, stößt seine Durchführung für die Arbeiter und Arbeiterinnen immer wieder auf große Schwierigkeiten. So scheiterte in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie der Versuch der Gewerkschaften die erheblichen Lohndifferenzen auszugleichen an dem Widerstand der Arbeitge-

ber. Zum Teil hat die geringe Entlohnung der Frau auch ihren Grund in der ziemlich verbreiteten Meinung, daß ihre Bedürfnisse geringer seien; daher sind zum Beispiel in den Reichsbetrieben die Teuerungszulagen für die Frauen niedriger als für die Männer, ebenso beziehen die Frauen weniger Erwerbslosenunterstützung. Gegen die Annahme einer größeren Bedürfnislosigkeit der Frau wendet sich Clara Mleinek in einem auf der Hauptversammlung des Verbands der weiblichen Handels- und Bureauangestellten in Kassel am 19. Mai 1921 gehaltenen Vortrag Die Wertung der Frauenarbeit, der in den Schriften des Verbandes erschienen ist. Eine der männlichen entsprechende Berufsvorbildung und Entlohnung wird gefordert, als Voraussetzung der Berufsfreudigkeit. Bei richtiger Gestaltung der Arbeitsverhältnisse kann sich eine Arbeitsgesinnung entwickeln, die, wie es in der Schrift heißt, »auch die scheinbar unwichtige Arbeit zur wertvollen Leistung zu gestalten weiß und aus ihr die gleiche Befriedigung schöpft wie aus sogenannter höherer Tätigkeit«. Wenn aber in einer andern Schrift des Verbandes (Die Aufgabe der Frauenberufsorganisation) von Gertrud Israel der Klassenkampf als »lediglich verneinend oder zerstörend« abgelehnt, gegenüber der internationalen Solidarität der Arbeiter die nationale Solidarität mit den Unternehmern proklamiert und so der Verband in Gegensatz zu den freien Gewerkschaften gestellt wird, wenn die Gewerkschaftliche Frauenzeitung vom 21. September 1921 berichten kann, daß bei den Wahlen zu den Kaufmannsgerichten der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, der, wie ein Flugblatt betonte, für Einschränkung der Frauenarbeit eintritt, unterstützte, so beweist das, daß in der politischen Stellungnahme des Verbandes jene Arbeitsgesinnung nicht mit voller Klarheit zum Ausdruck kommt. Für die sozialistische Auffassung ist der arbeitende Mensch das Höchste und das Entscheidende; nationale Unterschiede können seine Bewertung so wenig beeinflussen wie soziale; und das Ziel des »verneinenden und zerstörenden« Klassenkampfes sei es: dem Prinzip, daß jede Arbeit als wertvolle Leistung anzusehen ist, auch in der Wirklichkeit Geltung zu verschaffen, die Klassenunterschiede aufzuheben. Daß eine solche Umwälzung der Anschauungen und Verhältnisse ohne Kampf, ohne

zielbewußtes Einsetzen aller Kräfte nicht möglich ist, ist selbstverständlich. Sind doch nicht einmal die notwendigsten Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage, für die doch auch der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten eintritt, ohne Kampf zu erreichen.

Hauswirtschaft Es sind zurzeit Bestrebungen im Gang, die auf eine Vereinfachung und Rationalisierung der häuslichen Arbeit hinausgehen. Auf der Tagung des Verbandes zur Förderung hauswirtschaftlicher Frauenbildung wurde die Einrichtung einer Zentralstelle für Hauswirtschaft, einer Hauswirtschaftskammer nach Art der Landwirtschafts- und Handwerkskammern, gewünscht, die die Eingliederung der Hauswirtschaft in die Volkswirtschaft anstreben und Einrichtungen und Maschinen, die zur Vereinfachung der Haushaltsführung geeignet sind, prüfen soll. An die notwendige Konsequenz jedoch, die allein sowohl den Forderungen der Volkswirtschaft gerecht würde wie den Frauen wirksame Erleichterung schaffe: die Zentralisation der Hauswirtschaft, wird nicht gedacht. Ja der Gedanke stößt in bürgerlichen Kreisen auf starken Widerstand. Eine im Auftrag des Ministeriums für Volkswirtschaft von der Medizinalabteilung herausgegebene Schrift des schlesischen Kreisarztes Walter Fenkner Die Stellung der Hausfrau im neuen Deutschen Reich / Berlin, Richard Schoetz/ glaubt die Tätigkeit der heutigen Hausfrau nicht besser darstellen zu können als mit Worten aus Schillers vor mehr als 120 Jahren gedichteter Glocke (»und dreht um die schnurrende Spindel den Faden«). Der Verfasser sieht in der Erwerbstätigkeit der Frau ein Gift und in möglichst vollständiger Konservierung aller Hausarbeit das Heil. Auch die bürgerliche Frauenbewegung sträubt sich gegen die Lösung des Konflikts zwischen Beruf und Ehe durch die Zentralisation der Hauswirtschaft. In der Frau vom Mai 1921 weist Else Wex in dem Aufsatz Familienhaushalt oder Zentralisierung der Hauswirtschaft?, anknüpfend an die Ausführungen in dieser Rundschau, 1921 I, Seite 250 ff., auf die seelischen Werte hin, die in der Versorgung des Haushalts durch die Frau liegen; sie glaubt, daß bei Überführung in den Großbetrieb auch die inneren Bande der Familie gelockert würden, daß die heimbildende Kraft der Frau absterben würde. Andererseits fordert sie doch eine wesentliche Entlastung der Frau

im Haus, die bis zu gemeinsamen Waschküchen, Flickstuben und dergleichen gehen soll. Nun sollen Gefühlswerte in der bisherigen Form des Familienhaushalts nicht gelehrt werden. Aber es hieße die Augen vor Tatsachen verschließen, wollte man verkennen, daß durch die Entwicklung, die die Frau immer häufiger in den Beruf hineinzwängt, gerade diese Gefühlswerte immer mehr aufgelöst werden, daß die heimbildende Kraft der Frau durch ihre Überlastung einfach erstickt wird, und zu feinerer und vertiefter Ausgestaltung des Familienlebens gar keine Zeit bleibt. Ein anschauliches Bild davon gibt der Artikel Luise Kernbichlers Die Frau als Sklavin des Haushalts, in der Arbeiterinnenzeitung vom 19. April 1921. Und gegenüber den unerbittlichen Forderungen der Berufsarbeit ist mit halben Maßnahmen nicht geholfen, die der Frau gerade die am meisten zeitraubende Arbeit, die tägliche Zubereitung des Essens, belassen. Außerdem verlangt die wirtschaftliche Lage der Gesamtheit gebieterrisch eine Rationalisierung des Konsums an Stelle der ungeheuren Materialverschwendung, die durch die Zersplitterung in lauter Einzelwirtschaften bedingt ist. Es hilft nichts, daß wir uns solchen Notwendigkeiten gegenüber an die vor unseren Augen zerfließenden Gemütswerte überlebter Wirtschaftsformen klammern. Damit halten wir die Entwicklung nicht auf. Aber wir können ihren zerstörenden Wirkungen begegnen, wenn wir suchen neue Möglichkeiten eines innerlich erfüllten Lebens aus ihr herauszuholen. Muß die menschliche Wärme der Familienbeziehungen unbedingt an der Zubereitung der Gerichte durch die Frau hängen, wenn man schon Waschen und Flickern preisgibt? Vielleicht müssen, um die von der wirtschaftlichen Grundlage weitgehend gelösten, mehr in die Gemeinschaft hineingestellten Beziehungen zwischen einzelnen Menschen lebendig zu machen und zu erhalten, neue und stärkere Gefühlskräfte geweckt werden als heute da sind, wo die wirtschaftliche Gemeinschaft und gegenseitige Abhängigkeit oft das einzige Band bilden. Wir können es begreifen, wenn die tatsächliche Entwicklung solche Forderungen an die Seele der Menschen stellt.

Natürlich ist es nicht leicht sich so verändernde Formen des persönlichen Lebens heute schon vorzustellen. Daher findet der Gedanke des hauswirtschaftlichen Großbetriebs oft auch in den Kreisen, in denen die Frauen unter der Doppel-

belastung am meisten leiden, kein Verständnis, wie eine Entgegnung auf den erwähnten Artikel in der Arbeiterinnenzeitung von einer Hausfrau beweist.

Auch kapitalistische Widerstände machen sich bei dieser Frage geltend. In der englischen Stadt Fulham haben die Wäschereibesitzer die Schließung der **Gemeinschaftswaschküche**, über deren Gründung in dieser Rundschau (1921 I, Seite 252) berichtet wurde, durch Gerichtsbeschlüsse erzwungen.

Kurze Chronik In Paris wurde ein *Anti-kriegsbund* der Frauen gegründet, der den Namen *Ligue des femmes contre la guerre* führt. Als Mitglieder nimmt er Frauen aller Länder auf, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Sein Organ ist die Zeitschrift *La Mère Educatrice*, die in Epone /Seine-et-Oise/ erscheint. Eine andere Friedensvereinigung entstand in Niagara Falls: die *Women's Peace Union of the Western Hemisphere*, die im Einvernehmen mit der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und der *Women's Peace Society* arbeitet. \diamond In Tokio hat sich eine Frauenvereinigung für *internationale Verständigung* gebildet, deren Aufgabe es ist die Allgemeinbildung der Frauen in Japan zu heben sowie für Verständigung unter den Nationen zu arbeiten. \diamond Im englischen Parlament wurde ein Gesetzentwurf angenommen, nach dem eine *Ehe geschieden* werden kann, wenn ein Gatte den andern 3 Jahre verlassen hat. Dagegen haben Nachforschungen von juristischer Seite ergeben, daß in Italien nicht, wie in dieser Rundschau (1921 I, Seite 404) berichtet wurde, ein Ehescheidungsgesetz zustande gekommen ist; bei der Stärke der klerikalen Partei ist dort ein solches für die nächste Zeit auch kaum zu erwarten. \diamond Die *österreichische Sozialdemokratie* hat einen starken Zuwachs weiblicher Mitglieder zu verzeichnen; gegen 76 709 im Vorjahr sind es im Jahr 1920-1921 118 902, ein Viertel der gesamten Mitgliederzahl. \diamond Am 18. September wurde in *Holland* in 16 Versammlungen, die die Sozialdemokratie einberufen hatte, gegen das projektierte Verbot der Arbeit verheirateter Frauen protestiert. \diamond In der canadischen Provinz Alberta ist Mary Irene Parlyby *Minister* ohne Portefeuille geworden. \diamond Die Ärztin Ilse Spagum ist zum Mitglied des Preussischen *Landesgesundheitsamts* ernannt worden. \diamond In die preussische *Landwirtschaftskammer* sind 18 Frauen gewählt, unter ihnen Elisabeth Boehm-

Lamgarben, die Vorsitzende des Reichsverbands landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine. ◊ Die Diplomingenieurin Elisabeth von Knobelsdorff wurde von der Regierung in Potsdam als *Regierungsbaumeister* angestellt; es ist die erste Frau, die einen derartigen Posten bekleidet. ◊ In der Verfassungsgebenden *Kirchenversammlung* in Preußen sitzen 9 Frauen; 2 gehören zur Partei der Freien Volkskirche. ◊ Am 1. November 1921 wurde *Minna Cauer*, die Führerin des linken Flügels der deutschen Frauenbewegung, eine mutige Vorkämpferin der Friedensidee, 80 Jahre alt.

Literatur Unter dem Titel *Frauenfragen und Frauengedanken* ist eine Reihe von Aufsätzen *Marianne Webers* erschienen /Berlin, Moeser/. Sie beschäftigt sich mit Eheproblemen, mit der historischen Entwicklung des Ehrechts und den Möglichkeiten und Forderungen zu seiner Weiterbildung, die auf der Gleichberechtigung der Geschlechter beruhen soll, mit der Frage der Vereinigung von Beruf und Ehe (die aber nur für den Fall, daß es sich um einen geistigen Beruf handelt, überhaupt als erwägenswert betrachtet wird, da eine andere Arbeit, die Tätigkeit einer Industriearbeiterin zum Beispiel, die Entlastung der Frau von der häuslichen Arbeit nicht rechtfertigt, weil sie keinen Kulturwert darstellt; eine ebenso seltsame sittliche Bewertung der Arbeit wie eine Verkennung der tatsächlichen Entwicklung, die gerade für die Arbeiterin die Entlastung von der Hausarbeit zuerst notwendig gemacht hat), mit dem Problem der Sexualethik, wobei die Verfasserin, um die "doppelte Moral" zu beseitigen, im einzelnen Fall der Frau gegenüber eine größere Duldsamkeit verlangt, ohne doch prinzipiell an der Alleinberechtigung der bürgerlichen Eihehe zu rütteln. Ein anderer Teil der Aufsätze behandelt das Verhältnis der Frau zur geistigen Kultur, schildert die im Lauf der Jahre sich wandelnden Typen der studierenden Frau und untersucht die Möglichkeit, wie die Frau an die Wissenschaft von einem Standpunkt herantreten und der Bearbeitung wissenschaftlicher Fragen eine besondere Färbung geben könne. Bei alledem verläßt die Verfasserin nirgends die Wege einer neuen Konvention. Zu einer Lösung der Probleme, die zum Teil ganz anderswo und insgesamt erheblich tiefer liegen, wird man auf ihnen kaum gelangen. Es soll auf diese Dinge hier noch näher eingegangen werden.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Ernst Lau

Helmholtz In diesem Jahr feiern die Physiker und Physiologen den 100jährigen Geburtstag Hermann Helmholtz'. Am 25. November fand in der Aula der Berliner Universität eine von der Physikalischen und der Physiologischen Gesellschaft einberufene Gedenkfeier für ihn statt. Der greise Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt Emil Warburg schilderte den Lebensgang des großen Gelehrten. Die dürftigen Verhältnisse seines Vaters, eines Oberlehrers in Potsdam, zwangen den jungen Helmholtz dazu Militärarzt zu werden; bekanntlich früher das billigste Studium. Sein innerer Beruf drängte ihn jedoch immer mehr zur Physik. Seine akademische Laufbahn begann er mit einer Professur für Anatomie in der Kunstakademie. Sein schnell wachsender Ruhm führte ihn auf die verschiedensten Lehrstühle, erst zuletzt kam er als Physiker nach Berlin und dann als erster Präsident an die physikalisch-technische Reichsanstalt. Seine medizinische Herkunft begünstigte übrigens gerade auch seine physikalischen Arbeiten. Nach Robert Mayer, auch einem Arzt, sprach er das Gesetz der Erhaltung der Energie aus. Es ist dieses Gesetz nicht zufällig von physiologischer Seite zuerst ausgesprochen worden. Der Begriff der Energie (damals sagte man Kraft) hat deutlich von daher seine erste Fassung gewonnen; dafür bürgt uns noch heute das Wort Pflandekraft. Helmholtz' Überlegenheit über Robert Mayer bestand wesentlich darin, daß er in eleganterer Weise über das mathematische Rüstzeug verfügte als Mayer. Das ist um so merkwürdiger, als Helmholtz niemals ein mathematisches Kolleg gehört hat. Es wird berichtet, daß er seine mathematischen Studien nach dem Mittagessen an Stelle des Schlafs betrieben hat. Warburg führte mit Recht aus, daß Helmholtz ein Repräsentant der *Physik* seiner Zeit war. Dafür spricht nicht nur die Tatsache, daß er sich wie fast alle seine Zeitgenossen auch mit Physiologie beschäftigt hat, es ist auch der ganze Charakter der Physik damals ein anderer gewesen als heute. Von klar erkannten Voraussetzungen aus verfolgte man die Probleme bis zu überraschenden neuen Ergebnissen. Warburg stellte diese Art der Physik der heutigen Physik des Ratens gegenüber, als deren

Beispiel er die Atomphysik anführte. In der Tat kann man wohl zugeben, daß der Charakter der Physik sich stark gewandelt hat; zur Beobachtung stehen heute Phänomene, so bunt und mannigfaltig, ähnlich wie die Mannigfaltigkeit der Zoologie. Da besteht jetzt die Aufgabe die recht problematischen Erscheinungen in Zusammenhang mit einander zu bringen und zu erklären. Für die Erklärung muß man weit hinter die beobachtbaren Tatsachen zurückgreifen. In der heutigen Physik sind die Hypothesen die wichtigsten und interessantesten Ergebnisse neben der Beobachtung der Phänomene. Ein positivistisches Kleben an den Erscheinungen scheint heute vollständig ausgeschlossen.

Max Rubner berichtete über Helmholtz Leistungen als *Physiologe*, die dadurch, daß sie zum Teil in dem großen Werk über Physiologische Optik und in den Tonempfindungen von ihm selbst zusammengefaßt sind, besonders Eindruck auf die Nachwelt gemacht haben. Diese Werke sind so gewaltig, daß sie die zum Teil sehr erheblichen Leistungen der Vorgänger dem Blick der Nachwelt verdecken. Besonders große Bedeutung hat die Erfindung des Augenspiegels durch Helmholtz in der physiologischen Optik und der Augenheilkunde gewonnen. Die Lehre von dem Zustandekommen der Klangfarben ist auch heute noch in demselben Sinn anerkannt, wenn auch vielfach verfeinert worden. In dieser Hinsicht sind die großen zusammenhängenden Forschungen Carl Stumpfs äußerst wichtig geworden. Bemerkenswert erscheint mir übrigens, daß gerade infolge der Kriegstechnik das Augenmerk vieler Physiker wiederum auf diese Gebiete gelenkt worden ist. In kurzem wird ein neues zusammenfassendes Werk darüber zum dringenden Erfordernis werden. Moritz Schlick endlich sprach über Helmholtz als *Erkenntnistheoretiker* und Philosoph. Die überragende Bedeutung dieses Geistes leuchtet aus der Tatsache hervor, daß er sich in der philosophiearmen Zeit nach Hegel als einer der ersten den erkenntnistheoretischen Fragen zugewendet und so die Zeit des Neukritizismus mit herbeigeführt hat. Helmholtz stellte eine eigene Erkenntnistheorie auf, bei der die Lehre vom Raum viel mehr den Sinnesempfindungen näherte als es im Sinn Kants gelegen hat. Er hat eine sehr ansprechende Zeichentheorie aufgestellt. Freilich befand er sich durchaus im Irrtum, wenn er sich ganz in Überein-

stimmung mit Kant glaubte. Seine Lehre vom Raum zeigt einen stark empiristischen Einschlag. Er ist so zum Vorläufer der Ansicht geworden, daß der Physiker durch Empirie feststellen könne, ob der Raum euklidisch ist oder nicht. Bei dieser Anschauung handelt es sich offenbar gar nicht mehr um ein erkenntnistheoretisches Verständnis des Raums sondern um die physikalische Erforschung eines Raumdings. Der Raumbegriff schillert dabei in den verschiedensten Farben.

Spektroskopie 3 große Gebiete lassen sich bei den spektroskopischen Erscheinungen zwanglos abgrenzen. Zunächst sind es die *Serienspektren*, die die Aufmerksamkeit erregt haben. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß man immer nur eine beschränkte Zahl von Linien vor sich hat deren Gesetzmäßigkeit sich aufdrängt und die auch zuerst mathematisch formuliert worden ist. Bei diesen Serienspektren ist es vor allen Dingen die Feinstruktur dieser in seltenen Fällen einfachen Linien, die die Experimentatoren beschäftigt, und die auch der theoretischen Deutung Schwierigkeiten macht. Diese Untersuchungen gehen bis in das Gebiet der ganz kurzwelliger Strahlen der Röntgenspektren hinein. Ein weiterer Teil der Spektroskopie beschäftigt sich mit den *Bandenspektren*. Die Erscheinungen der Bandenspektren sind fast noch anmutiger als die der Linienspektren. In ziemlich gleichen Abständen befindet sich zum Beispiel auch in dem Luftspektrum eine Anhäufung von Spektrallinien in schöner Intensitätsabstufung. Jeder dieser Linienhaufen oder -bänder ist ganz gleich seinen Nachbarn gebaut, und diese Tatsache läßt auf eine Reihe von Gesetzmäßigkeiten schließen. Man führt diese Bandenspektren auf Molekülstrahlung zurück. Ein eigentümlich aktuelles Interesse haben sie dadurch gewonnen daß es auf Grund der Vorstellung von Wilhelm Lenz und Adolf Kratzer möglich erscheint für verschiedene Isotopen eines und des selben Stoffes etwas verschiedene Bandenspektren zu errechnen. Es gibt zum Beispiel verschiedene Sorten von Blei: Uranblei (Atomgewicht 206) und das gewöhnliche Blei (Atomgewicht 207,12). Die Bandenspektren dieser beiden Arten Blei sind von Leonhard Grebe und Heinrich Konen untersucht, und es ist in der Tat eine kleine Wellenlängendifferenz zwischen

den beiden Bandenspektren gefunden worden. Außer diesen beiden Arten von Spektren gibt es noch eine, die bisher noch am rätselhaftesten erscheint: die *Viellinienspektren*. Scheinbar regellos nach dem Gesetz des Zufalls verstreut, liegt eine Fülle von Linien über das ganze Spektrum hin. Ein typisches Beispiel dieser Art Spektrum ist das Eisenpektrum. Ernst Gehrcke ist es gelungen darin dennoch eine sehr einfache Gesetzmäßigkeit aufzufinden. Er hat gezeigt, daß ein Teil der Spektrallinien sich so auffassen läßt, daß sie symmetrisch um einen Mittelpunkt angeordnet sind. Manchmal sind es 12 solcher Linien, die sich auf diese Weise zusammenfassen lassen. Diese auffällige Erscheinung wäre natürlich nicht verborgen geblieben, wenn sich nicht meistens mehrere derartige Systeme überlagerten. Es hat den Anschein als ob starke magnetische oder elektrische Felder im Innern der Atome eine Aufspaltung herbeigeführt haben.

Kurze Chronik Im Kaiser Wilhelm-Institut zu Berlin-Dahlem ist eine Abteilung für *Metallographie* eingerichtet worden. ◊ Eine Landesanstalt für *Gewässerkunde* wird von der Thüringischen Regierung geschaffen. Ihre Aufgaben erstrecken sich auf Beobachtungen des Wasserstands, auf Untersuchungen der Abfluß- und Niederschlagsmengen, der Gefälle der Wasserläufe, der Überflutungen der Täler und Versumpfung der Talsohlen, des Grundwassers, auf Auswertung der Untersuchungsergebnisse für die Wasserwirtschaft, auf Hochwassernachrichtendienst, auf Begutachtung hydrologischer Fragen usw. ◊ Auf der Insel Jan Mayen im nördlichen Teil des Atlantischen Ozeans, 71° nördlicher Breite, ist durch einige Gelehrte (vom norwegischen Wetterdienst, von der Internationalen Gletscherkommission usw.) eine drahtlose *meteorologische* Station errichtet worden, die täglich Wetterberichte versendet. ◊ An der Universität München habilitierte sich Adolf Kratzer, an der Universität Wien Arthur Haas, beide für Physik.

Literatur

Ogleich *Ernst Mach* bereits eine Reihe von Jahren nicht mehr unter den Lebenden weilt, erschienen vor einiger Zeit, ohne das Vorwort eines Herausgebers, seine Prinzipien der physikalischen Optik /Leipzig, Barth/. Mach

stellte sich die Aufgabe ein analoges Buch wie über die Mechanik und die Wärmelehre nun auch über die Optik zu schreiben. Auf der vollen Höhe der früheren Bücher scheint es jedoch kaum zu stehen, wenn es auch ein beachtenswertes Werk ist. Die Darstellung ist sehr klar. Die erkenntnistheoretischen Erwägungen treten zurück. Leider fehlen ganze Kapitel der neuern Optik. Abbes Theorie der höchsten Auflösung mikroskopischer Objekte, auch die Methoden neuer Spektroskopie sind nicht ausführlich dargestellt. Im Vorwort sagt Mach: »Den mir zugegangenen Publikationen und vor allem meiner Korrespondenz entnehme ich, daß mir langsam die Rolle des Wegbereiters der Relativitätslehre zugedacht wird . . . Ich muß es aber mit der selben Entschiedenheit ablehnen den Relativisten vorangestellt zu werden, mit welcher ich die atomistische Glaubenslehre der heutigen Schule oder Kirche für meine Person abgelehnt habe.« In einer Fortsetzung des Werkes sollte dargetan werden, warum er die heutige, ihn »immer dogmatischer anmutende« Relativitätstheorie für seine Person ablehne. Ob diese Fortsetzung noch erscheint, ist leider offen geblieben. ◊ Elsa Norst hat *Ernest Rutherfords* Bakkervorlesung über seine neueren Forschungen ins Deutsche übersetzt (Über die Kernstruktur der Atome /Leipzig, Hirzel/). Wer sich die wichtigen Ergebnisse Rutherfords bequem aneignen will, wird sich gern an dieses Heftchen halten. Es sind darin die genialen Forschungen des großen englischen Gelehrten über die Zertrümmerung von Atomen beschrieben. ◊ Der 2. Band der Einführung in die theoretische Physik von *Arthur Haas* ist nunmehr erschienen /Berlin, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger/. Dieser Band ist von Bedeutung. Er umfaßt die großen Gebiete der Atomlehre, der Wärmelehre und der Relativitätstheorie. Die darin vertretenen Anschauungen schließen sich eng an die von Bohr, Einstein, Planck und Sommerfeld an. Die Darstellung ist in sich geschlossen und bildet eine besonders gute Einführung in die Gedankenwelten dieser 4 Theoretiker. Mit dem mathematischen Beiwerk ist sparsam umgegangen, doch so, daß die wesentlichsten Ableitungen gegeben sind. Der 1. Band dieses Werkes ist bereits in 2. Auflage erschienen. Auch dieser Band dürfte sich gut bewähren, da er die pädagogischen Erfordernisse einer Einführung erfüllt.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Philosophie und Ökonomie Einer der erfreulicheren, die wissenschaftliche Literatur der letzten Jahr-

zehnte charakterisierenden Züge ist die in mancherlei Anzeichen zutage tretende stärkere Zurückbesinnung auf den Wert und die Bedeutung, die einer philosophisch-methodologischen Durchbildung des Denkens in dem Gesamtbetrieb auch der einzelnen wissenschaftlichen Fachdisziplin zukommt. Jene hochmütige und beschränkte Verachtung philosophischer Reflexionen, die nach der kurzen geräuschvollen Glanzperiode des phantastisch konstruierenden Hegelsystems (als Reaktion dagegen wohl verständlich) begann, und die dann, vom Eindruck bahnbrechender naturwissenschaftlicher Entdeckungen getragen, in der simplen, aber noch unvergleichlich einseitigen Dogmatik des vulgären naturwissenschaftlichen Materialismus ihre Kulmination erreichte, wird sich in solchen Formen schwerlich je erneuern. Bei allem Mangel an führenden Geistern, die über die von Kant gewiesenen Probleme neues Licht verbreiten konnten, hat das Zurückgehen auf ihn und seine erkenntnistheoretischen Untersuchungen solchem Rückfall wohl für alle Zeiten einen Riegel vorgeschoben. Die Einsicht, daß hier Fragen vorliegen, die sich von keinerlei noch so verfeinerter Physiologie beantworten lassen, vielmehr, sofern sie lösbar sind, völlig andere Methoden und Denkmittel verlangen, ist ein seit langem kaum mehr umstrittenes Gemeingut. Und ähnlich hat auch jener kurzsichtige Empirismus, der auf soziologisch-ökonomischem Gebiet in der richtungslosen bloßen Anhäufung und Sammlung historischer Tatbestände der Gesellschaftslehre einen Triumph fortschreitender Erkenntnis erblickte und hier alles Ringen um theoretische Erkenntnis unter einheitgebenden, leitenden Gesichtspunkten als überwundenen Standpunkt abtat, wohl der Idee nach gleichfalls abgewirtschaftet. Freilich, das große Erbe der Vergangenheit: der Versuch systematischen Begreifens der in dem kapitalistischen Gesamtprozeß waltenden, Produktion und Verteilung in ihm regelnden Gesetzmäßigkeiten, wie er in der bürgerlichen klassischen Nationalökonomie und dann im Standardwerk Marxens vorliegt, ebenso wie der Marxsche Versuch dem vagen Begriff sozialgeschichtlicher Entwicklung durch die Beziehung auf das in dem gesellschaft-

lichen Lebensprozeß stets immanent notwendig mitenthaltene wirtschaftliche Moment einen bestimmern, die Forschung leitenden Gehalt zu geben hat seither noch keine neue Wege weisende Ergänzung und Umbildung erhalten. Es fehlten hier, ebenso wie in der Philosophie selbst, die originalen Köpfe. Aber das Bewußtsein, daß solche Aufgaben der Forschung existieren, daß hinter den vier Wänden der bloßen Deskription, die der Schmollerschen Schule als das A und O der Forschung erschien, noch andere Aufgaben liegen, zu deren Bewältigung es logisch begriffsmäßigen und insofern eines dem philosophischen verwandten Denkens bedarf, hat dessenungeachtet in immer weiteren Kreisen Platz gegriffen und läßt sich nicht mehr wegräumen.

Indes, so sehr diese Art Besinnung zu begrüßen ist, so unerfreulich wirkt vieles von dem, was heute unter Berufung darauf in quasi philosophischem Kostüm auf die Bühne tritt. Vielfach werden da platte Selbstverständlichkeiten mit präntiösem Aufputz großer Worte in einer Weise hergerichtet, daß sie dem Unkundigen wie orphische Orakelsprüche ins Ohr klingen, den Schein erwecken, als ob wunder was für verborgene Weisheiten dahinter steckten; während in Wahrheit dieses ganze Dunkel nur ein Reflex verworrenen Denkens ist, das unter philosophischer Etikettierung mit kühnem Schwung über die elementarsten Anforderungen jeder Logik wegsetzt. Alle Maßstäbe gehen da in einem Grad verloren, daß selbst die Fähigkeit des richtigen Lesens aufhört. So ist in dieser Rundschau (1921 II, Seite 831 ff.) über eine Neuausgabe der Schriften Adam Müllers, des romantischen Reaktionärs, berichtet worden, zu der der Wiener Professor *Othmar Spann* ein panegyrisches Geleitwort geschrieben hat, ein Geleitwort, das den grotesken Präntionen des romantisierenden Oberkonfusionarius den alten wackern Adam Smith widerlegt und geistig überwunden zu haben vorbehaltlos zustimmt; wo doch jeder, der unbefangen zur Vergleichenung das Smithsche Buch zur Hand nimmt, sofort erkennen muß, daß der vermeintlich höhere Standpunkt Adam Müllers auf bloße Wortakrobatik und Spiegelfechtereie hinausläuft. Nichts lächerlicher als Müllers Unterstellung, daß Smith die Individuen als vom Ganzen der Gesellschaft ablösbare und abgelöste Atome betrachte. Weder Smith noch ein anderer ökonomischer Theore-

tiker von Rang hat je daran gedacht mit derlei absurden Fiktionen zu operieren. Er wäre ja ein kompletter Narr gewesen den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen. In dem jetzt in 2. Auflage vorliegenden Spannischen Buch Fundament der Volkswirtschaftslehre / Jena, Gustav Fischer/ wiederholen sich die selben unglaublichen Quidproquos. Ja, das ganze Buch baut sich auf einer These auf, die eine Verallgemeinerung und Generalisierung jenes krassen Mißverständnisses ist. Auf der These, daß der Gegensatz von Universalismus und Individualismus die Wurzel bilde, aus der sich Gepräge wie Methoden der verschiedenen ökonomischen Systeme letztlich erklären ließen. Spann selber nennt sich einen Universalisten. Das heißt, er will, so erläutert er sein Programm im Vorwort, »die Volkswirtschaftslehre aus der rohen Auffassung und Begriffsform einer Kausalwissenschaft herausheben und sie als Wissenschaft von ganz anderer begrifflicher Natur, nämlich als eine reine Zweckwissenschaft, begründen, als eine Wissenschaft, welche die Zweckbeziehungen ihrer Elemente zu einander als das einzig Wesentliche und Unterscheidende in ihrem Gegenstand ansieht. Es ist das sinnvoll sich Verhaltende, das als Mittel zum Ziele, als niederer zum höhern Zweck sich Verhaltende, was in aller Wirtschaft uns entgegentritt; nicht das Mechanische, nicht "Gütermengen", nicht "Quantitätsverhältnisse", nicht Anziehung und Abstoßung von Stoffen, welche allerdings nur rein ursächlich, das heißt kausalbegrifflich . . . zu erforschen wäre.« Das sei der Standpunkt, der aus der Natur der Ökonomie als einer Gesellschaftswissenschaft für das philosophierende Bewußtsein sich mit zwingender Notwendigkeit ergebe; von hier aus soll in seinem Buch die Fundamentierung der Volkswirtschaftslehre neu erfolgen.

Der ihm gegenüber erhobene Einwand: er habe, indem er die ökonomische Theorie auf Grund ihres innern Verhältnisses zu den beiden Prinzipien des Individualismus und Universalismus durchleuchten wolle, einen bloßen »Schein-gegenstand« zum Mittelpunkt seiner Ausführungen gemacht, bewiese nur, erklärt Spann kategorisch, daß von solchen Kritikern das hier notwendige von ihm verlangte »Umdenken noch nicht vollzogen wurde«. Denn dieser »Einwand entstammt einem kausalwissenschaftlichen Denken, das gewohnt ist jede Ursache

als ein eigenes, in sich gegründetes, autarkes, aufzufassen, das "wirkt", nach außen hin wirkt und Wirkungen empfängt ("Wechselwirkung"). Diese Denkweise nach einer Ursächlichkeit ist aber eben individualistisch, denn sie denkt, rein konstruktiv gesehen, eine Mehrheit von Dingen so, daß jedes Ding grundsätzlich als in sich gegründet auftritt, ein "Ganzes" von Dingen daher nur aus der Summe der einzelnen Dingindividuen besteht. Die andere Denkweise: die Ganzheit als das erste, die einzelnen Dinge nur als Glieder davon zu begreifen, fällt jenen Gegnern gar nicht bei, sie macht es unmöglich den mechanischen Kausalbegriff anzuwenden, daher ist sie so vielen noch unbekanntes Land.«

Man glaubt, wenn man das liest, zunächst, die Feder sei hier dem Autor ausgeglitten. Aber wer sich der Mühe unterzieht die weiteren 300 Seiten mit ihren geheimnisvollen Kapitelüberschriften (Elementare Leistungslehre oder Lehre von den allgemeinen leistungsmäßigen Grundbegriffen; Gesamtbewährung oder allgemeine Erfolgskategorien der Wirtschaft; Die vielwurzeli gen volkswirtschaftlichen Leistungserscheinungen; Die Bereiche der Reifestufen der Volkswirtschaft usw.) durchzugehen, überzeugt sich, daß dieser Passus wortwörtlich ernst gemeint ist. Der Verfasser glaubt tatsächlich an diese selbstgeschaffene Phantasmagorie eines in den Schriften der Ökonomen, und zwar gerade der berühmtesten, umgehenden Individualismus, der die Volkswirtschaftslehre als eine Doktrin von "Quantitätsverhältnissen", von einer Anziehung und Abstoßung von Stoffen (ähnlich wie in der Physik und Mechanik) auffaßt und in seinem Streben kausalwirtschaftlicher Ergründung der ökonomischen Phänomene sich die Individuen als von einander losgelöste, durch keine übergreifende Einheit ihres gemeinsamen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtprozesses mit einander verknüpfte Elemente vorstellt. Die Ökonomen sollen also, man denke, noch nicht entdeckt haben, daß alle die von ihnen untersuchten gesetzmäßigen Beziehungen des wirtschaftlichen Gesamtprozesses letztlich im Zweckhandeln, und zwar bei kapitalistischer Wirtschaft natürlich dem von Eigeninteresse geleiteten Zweckhandeln der in diesen Gesamtzusammenhang hineingestellten Gesellschaftsglieder, ihre sie tragende Grundbedingung besitzen; sie sollen noch nicht entdeckt haben, daß eine

nach jenen Gesetzmäßigkeiten dieses Prozesses forschende Wissenschaft eine allgemeine durch das Zweckwollen und Zweckhandeln der verbundenen Gesellschaftsglieder selbst überall vermittelte Kausalität zum Gegenstand hat, mithin als "Kausalwissenschaft" in diesem Sinn unabtrennbar jederzeit zugleich auch immer "Zweckwissenschaft" ist und sein muß. Eine Unterstellung, durch die das Phantasma eines "Individualismus", der mit "autarken" Individuen operiere und übersehe, daß jede Analyse der modernen Volkswirtschaft von dem Begriff des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses seinen Ausgang nehmen muß, sich stilgerecht ergänzt.

In Wahrheit existiert ein solcher Streit der Standpunkte und Methoden überhaupt nicht und kann nicht existieren. In dieser Hinsicht lassen sich nur Gradunterschiede in der Energie des Denkens beobachten, das sich mit jenen, überhaupt erst im Rahmen eines solchen Grundverhältnisses irgendwie faßbaren Problemen beschäftigt. Höchstens bei der Grenznutztheorie (die Spann bezeichnenderweise mit besonderem Respekt behandelt) könnte es fraglich erscheinen, ob sie nicht wirklich jenes Grundverhältnis im Prinzip vergessen habe. Darum fraglich, weil sie über ihren Tüfteleien um den Modus, nach dem sich bei isolierten, aber (weiß Gott, woher) mit irgendeinem Gütervorrat ausgestatteten Individuen der Akt der Güterwertschätzung vollziehe, gar nicht wahrnimmt, daß die auf diesem Weg gewonnenen psychologischen "Resultate" für das, was wirklich theoretischer Erklärung in dem volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß bedürftig ist, gänzlich unfruchtbar und belanglos bleiben. Die in der Ökonomie etwas geleistet haben und nach Spannscher Terminologie zu den Individualisten rangieren, Leute wie Smith, Ricardo und Marx, haben sich indessen auf derlei künstliche und abwegige Spielereien niemals eingelassen. Was für Fragen sie immer in ihrer Theorie behandeln mögen, überall steht die Beziehung des Einzelphänomens zu dem Gesamtprozeß, dem Denken Richtung und Bahnenweisend, ihnen klar vor Augen. Ganz ebenso wie die Selbstverständlichkeit, daß die Kausalität, um deren Erkenntnis es sich in der ökonomischen Theorie handelt, nur eine im Gesamtprozeß durch Zweckwollen und Zweckhandeln der Gesellschaftsglieder realisierbare und sich realisierende sein kann.

Soll das Wort Individualismus überhaupt zur Kennzeichnung irgendwelcher ökonomischer Doktrinen und Systeme verwandt werden, so ist das überhaupt nur in dem herkömmlichen Sinn möglich, daß man diejenigen Theoretiker, die in ihren Systemen zugleich als Verfechter der freien kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft auftreten und somit das Eingreifen staatlich-sozialer Gesetzgebung in das Getriebe der Eigeninteressen im Dienst allgemeiner sozialer Zwecke verpönnen, Individualisten nennt. Was dann aber natürlich nicht im geringsten irgendetwas über den methodologischen Charakter ihrer theoretischen Forschung aussagt. Der Gegensatz zu einem solchen Individualismus ist dementsprechend ausschließlich ein Gegensatz in der sozialpolitischen Stellungnahme und hat mit dem, was Spann als Universalismus vorschwebt, nicht das mindeste zu tun.

Aber die Verwirrung, die hinter diesem Spannschen Schlagwort eines sogenannten Universalismus steckt, geht noch viel weiter. Spanns Lösung "Ökonomie als Zweckwissenschaft" meint noch etwas ganz anderes. Die neue Theorie, die er verlangt, ist viel zu vornehm, um sich mit Fragen abzugeben: warum denn im wirtschaftlichen Gesamtprozeß, in dem die Produktion für den sich beständig erneuernden Bedarf der Gesellschaftsglieder als Produktion für den "Austausch" erfolgt, diese Produktion für den Austausch nur als Produktion für den "Verkauf" erfolgen kann, warum also die Realisierung jenes Zwecks der Bedarfsdeckung in einer solchen Gesellschaft von vornherein ein Gegensatz von Ware und Geld voraussetzt, wie dieser Gegensatz als gegensätzliche Bestimmung des Tauscherts zu verstehen ist, und welche Art des Geregeltseins der Warenpreise, der Einkommen und damit der Verteilung des Gesamtprodukts im Rahmen des Prozesses aus dem vom Eigeninteresse geleiteten Verhalten seiner Funktionäre notwendig resultiert. Eine solche Art kausaler, genauer: teleologisch-kausaler, Betrachtungsweise des heutigen ökonomischen Prozesses führt ja sofort von der allerallgemeinsten ihm im Gegensatz zu früheren wirtschaftlichen Zuständen spezifisch näher charakterisierenden Bestimmung: daß die Produktion in ihm durchgängig und allgemein als Produktion für den Austausch erfolgt, schnurstracks auf jenen Kreis zentraler Fragen hin, mit deren Lösung alle volkswirtschaftliche Theorie,

die diesen Namen verdient, sich seit jeher beschäftigt hat. Wo bliebe also da noch Raum für die Betätigung des von Spann als Umwälzungsprinzip aller bisherigen Volkswirtschaftslehre proklamierten Universalismus? Und wie ließe sich da vermeiden, daß die "Zweckwissenschaft" nicht zugleich wieder und wieder in eine nach Gesetzen forschende Kausalwissenschaft umschlägt? Das darf nicht sein. So läßt denn unser Autor rasch entschlossen die *Welt der Werte* aufmarschieren.

Wenn die Ökonomen von Zwecken sprechen, um deren Realisierung es sich in dem ökonomischen Prozeß handelt, so denken sie natürlich dabei an Dekkung von Bedürfnissen und an die Eigeninteressen der Funktionäre, die ihren Bedarf in dem Prozeß nur decken können, indem sie wieder und wieder durch Ausübung ihrer respektiven Funktionen in dem Prozeß Geldbeträge zur Verwendung für Zwecke ihres Eigeninteresses gewinnen, und denen es als Unternehmern selbstverständlich gleich gilt, ob die in ihrem Betrieb für den Verkauf produzierten und mit Gewinn veräußerlichen Waren, nach irgendeiner ethisch-ästhetischen Wertskala gemessen, Werte "höhern" oder "niedern" Ranges sind. Ob jemand Stiefelwische oder Klassikerneuaufgaben für den Verkauf produzieren läßt, bedeutet selbstverständlich ökonomisch keinen prinzipiellen Unterschied; die Regulierung der Preise aller der verschiedenen Waren, ob "vornehm" oder "gering", erfolgt nach gleichen Normen. Worum es sich handelt, ist eben die Darlegung der allgemeinen Formbestimmtheit dieses wirtschaftlichen Gesamtprozesses und der Gesetze, die in dieser seiner Formbestimmtheit funktionell notwendig begründet sind. Also die Theoretiker geht eine solche Wertskala (angenommen selbst, es ließe sich eine solche überhaupt konstruieren) nichts an. Grund genug für unsern Autor den Sachverhalt in resoluter Weise geradewegs auf den Kopf zu stellen. Der Hegelsche Begriff des Geistes, der sich in dem gesellschaftlichen Verlauf als Träger und Schöpfer aller überindividuellen Werte in den verschiedenen Domänen des Staates, der Rechtsordnung, der Sitte, Religion, Wissenschaft usw. auswirkt, soll hier Vorspanndienste für den Nachweis leisten, daß die Ökonomie, weil Wirtschaft stets nur Mittel zur Verwirklichung von irgendwelchen anderen Zwecken (letzthin von irgend-

welchen Werten) sei, in ihrem Wesenskern überhaupt gar keiner spezifischen Eigengesetzlichkeit unterliege, also die Aufgabe der Ökonomen sich in allerlei erbaulichen Betrachtungen über Einordnung der Ökonomie in das System gesellschaftlicher Werte, über den »Leistungsbau der Volkswirtschaft« und dergleichen Raritäten erschöpfe.

Mit einem Wort: Die Neubildung, der sich die politische Ökonomie nach den Rezepten dieses Spannschen Universalismus zu unterziehen hat, besteht darin, daß sie, statt von jenem oben angegebenen Grundbegriff des wirtschaftlichen Gesamtprozesses auszugehen und dann zu fragen, wie und unter welchen Bedingungen dessen sich forterhaltender Zusammenhang möglich sei, sich jeder solchen scharf umrissenen Problemstellung zu entschlagen hat um in dem seichten Gewässer ganz allgemeiner Zweckbetrachtungen fortzuplätschern. Die Neukonstituierung vollzieht sich unter Wegeskamotierung des Lebensnervs, eben jener Aufgabe, die theoretisch Nationalökonomie allererst ermöglicht. Der Leser wird in diesem Sinn belehrt, daß Wirtschaft die »rangordnende Widmung von Mitteln für Ziele auf Grund ausgleichenden und sparenden Abwägens bei Überfülle von Zwecken und Knappheit der Mittel« sei. Eine Erklärung, deren zutage liegende Unfruchtbarkeit sich wirklich nicht mehr überbieten läßt. Nicht einmal eine Andeutung darüber, unter welchen Umständen in der "Wirtschaft" überhaupt erst die Zusammenhänge von Produktions- und Verteilungsweise Gegenstand einer systematisch theoretischen Untersuchung werden können und müssen; daß und warum ein Bedürfnis einer Theorie erst auftritt, wenn die Produktion, die naturalwirtschaftlichen Schranken spendend, Warenproduktion, und zwar kapitalistisch entwickelte, den Gegensatz der Unternehmer- und Arbeiterklasse einschließende Warenproduktion geworden ist. Um so ausführlicher schwelgt die Betrachtung in dem Gedanken, daß alle Wirtschaft (was, seitdem der Mensch sich als homo sapiens anerkannt hat, wohl noch von niemandem angezweifelt sein dürfte) einen Zweck verfolgt. Eine Weisheit, die ihre Krönung obendrein noch darin findet, daß sie von Spann allen Ernstes als Widerlegung von Marxens ökonomischer Geschichtsauffassung ausgespielt wird. Denn diese sei dem Irrwahn verfallen in wirtschaftlichen Zwecken, die, wie nun-

mehr nachgewiesen worden ist, niemals ein bewegender Endzweck und entscheidendes Motiv sein könnten, einen wesentlich bestimmenden Motor der historischen Bewegung zu erblicken. Wo doch Marxens Formulierung den Ausdruck wirtschaftlich gar nicht braucht, und selbst wenn er ihn brauchte, damit hätte rechnen können, daß ihn jedermann versteht, der ihn verstehen will.

Es entspricht durchaus dem Wesen dieses Universalismus, in dessen Dunkel alle bestimmteren Konturen verschwimmen, daß jener oben schon erwähnte Adam Müller ausdrücklich als Begründer einer »romantisch-universalistischen Volkswirtschaftslehre«, als ein Schutzheiliger der neuen Erkenntnis und Überwinder des Individualismus mit Pauken und Trompeten gefeiert wird. Der deutschen Philosophie wird das ehrenvolle Zeugnis ausgestellt auf diesem Weg vorangegangen zu sein. Die Geburtsstunde des Neuen schlug, als nach Kant »Fichte den Begriff des autarken Individuums vernichtete«. Als dieser sich zur Erkenntnis durchgerungen hatte, daß, »sobald man den Begriff des Menschen zu Ende denkt, man von dem Denken des einzelnen auf das Denken vieler kommt«, war auch der Individualismus aus dem Sattel gehoben. Dies, also die Widerlegung einer Art von Individualismus, die es niemals gab, die nur als Windmühleneinbildung lebt, gegen die der Verfasser fortwährend donquixotisch anrennt, war »die größte Leistung des deutschen Geistes in der Weltgeschichte«. So ward die Bahn ebnet. Dann sei das Adam Müllersche Genie gekommen, das in einzelnen seiner Gedankenflüge, die Smithsche Wertlehre zertrümmernd und den Wert auf den Nutzen gründend, »an die Intuition des Grenznutzens streift« und mit dem »Ignorieren und Weglassen des Tauschwertbegriffs keinen Verlust sondern einen Gewinn für die Volkswirtschaftslehre« bedeutet.

Sollte dies Genre von Philosophie auf ökonomischem Gebiet weiter um sich greifen, so besteht die Gefahr, daß die Dienste, die die Philosophie in Wahrheit durch logisch begriffsmäßige Denkschulung der Volkswirtschaftslehre etwa leisten könnte, mit sehr begründetem Verdacht zu kämpfen haben werden.

**Gemeinver-
ständliche
Schriften**

Eine Lücke in unserer Parteiliteratur, der eine kurz und übersichtlich den Entwicklungsstand und die neueren Ent-

wicklungsstadien der *deutschen Volkswirtschaft* charakterisierende Darstellung bis jetzt noch fehlte, füllt Georg Gradnauers und Robert Schmidts ungefähr 200 Seiten umfassendes Büchlein *Die deutsche Volkswirtschaft, eine Einführung* /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ in glücklicher Weise aus. Gradnauer, dessen Arbeit schon 1914 abgeschlossen vorlag, schildert die Verhältnisse der Vorkriegszeit, Robert Schmidt die späteren, mit und seit dem Krieg auftretenden Tendenzen, die Wirkung des Krieges auf den Lebensmittelmarkt, Landwirtschaft und Industrie im Kriege. Preissteigerung und sinkende Valuta und die Ansätze einer neuen Wirtschaftsorganisation.

In der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt*, in der Karl Neurath die antike *Wirtschaftsgeschichte* darstellt, hat jetzt Heinrich Sieveking einen gehaltvollen, gedrängten, sehr empfehlenswerten Abriß der mittlern *Wirtschaftsgeschichte* vom Ausgang der Antike bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts publiziert. Leo Bloch hat ein Bändchen *Soziale Kämpfe im alten Rom* beigelegt.

Die *Einführung* in die Volkswirtschaftslehre, die der jüngst verstorbene Willy Wygodzinski für die Sammlung *Wissenschaft und Bildung* /Leipzig, Quelle & Meyer/ geschrieben hat, erschien jetzt in 4. Auflage.

Totenliste Anfang September 1921 ist in Zürich der Universitätsprofessor *Jean Matthieu* gestorben. Seine zahlreichen Schriften über die Arbeiterbewegung haben ihn weit über die Schweiz hinaus bekannt gemacht. Er war einer der wenigen Sozialisten, die von Anfang an die geistige Hohlheit und wirtschaftliche Unmöglichkeit des Bolschewismus erkannten. Seine Schrift über die Kulturbedeutung Frankreichs, die während des Weltkriegs erschien, ist geeignet im Sinn der Verständigung unter den Nationen wertvolle Dienste zu leisten. Mitte Dezember starb in Rostock der Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker *Richard Ehrenberg* in seinem 65. Lebensjahr. Ehrenberg kam ursprünglich vom Bankfach her und wirkte dann mehr als 2 Jahrzehnte lang an der Rostocker Universität. Seine Arbeiten über das Zeitalter der Fugger /1896/ und über Entstehung und Bedeutung der großen Vermögen /1902 bis 1905/ haben ihn auch in weiteren

Kreisen bekannt gemacht. Seit 1905 gab er unter dem Titel Thünenarchiv eine Zeitschrift für sogenannte exakte Wirtschaftsforschung, detaillierte Darstellungen einzelner konkreter Wirtschaftsverhältnisse, heraus. Er geriet dann später in den Verdacht ein Werkzeug gewisser reicher industrieller und agrarischer Gruppen zu sein, die zur Bekämpfung der ihrer Meinung nach auf den Universitäten gepflegten kathedersozialistischen Richtung Einfluß auf die Besetzung der ökonomischen Lehrstühle anstrebten. Er wurde aus diesem Grund vor 12 Jahren von hervorragenden Repräsentanten der ökonomischen Wissenschaft, wie Karl Bücher und Max Weber, scharf angegriffen.

Kurze Chronik Im Dezember 1913 hatte der Württembergische Goethebund ein *Preisausschreiben* über das folgende Thema erlassen: »Was hat zur Milderung der Klassengegensätze zu geschehen, welche heute die auf einander angewiesenen Kreise unseres Volkes weit mehr trennen als in den natürlichen Verhältnissen begründet ist?« Zu den Preisrichtern gehörten Hans Hermann Freiherr von Berlepsch, Robert Bosch, Helene Lange, Arthur Graf von Posadowsky-Wehner. Es liefen etwa 250 Arbeiten ein, über die erst vor kurzem entschieden werden konnte. Das Preisgericht verlieh jetzt den 1. Preis von 5000 Mark an Max Seber in Dresden, den 2. Preis von 2000 Mark an den Pfarrer Theodor Rohleder in Haßfelden, den 3. Preis von 1000 Mark an Anton Schubert in Wien. Die Sebersche Arbeit soll der Öffentlichkeit übergeben werden. ◊ Der Direktor des Statistischen Amtes in Dresden, *Friedrich Schäfer*, ein Schüler Philippovichs und Knies', wurde zum Honorarprofessor an der Dresdener Technischen Hochschule ernannt. ◊ Der außerordentliche Professor der Volkswirtschaftslehre in Gießen *Friedrich Lenz*, ein Schüler Schmollers, Dietzels und Schumachers, ist dort Ordinarius geworden.

Literatur Von *Max Beers* Allgemeiner Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/ ist nun das 3., die Zeit vom Ende des 14. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts behandelnde Teilbändchen erschienen. In knapper, instruktiver, überall auf den Hintergrund der sozialen Verhältnisse eingehender Weise

werden die Bauernrevolten in Flandern, Frankreich und England, die Hussitenkämpfe, der deutsche Bauernkrieg, die kommunistischen Sekten der deutschen Reformationszeit, die ersten sozialistischen Utopisten (Thomas Morus und andere) wie einige der bürgerlichen Sozialpolitiker des 18. Jahrhunderts (Rousseau, Linguet, Necker, Brissot) vorgeführt. Hoffentlich findet auch dieser Teil, der sehr geeignet ist die Volkshochschulkurse über die Geschichte des Sozialismus zu ergänzen, den Weg in breite Kreise der Partei. ◊ In 3. Auflage sind *Karl Diehls* Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos Grundgesetzen der Volkswirtschaft und der Besteuerung I: Werttheorie, Grundrententheorie herausgekommen /Leipzig, Meiner/. Ein Buch das, an die Stelle des veralteten Baumstarkschen Ricardowerks tretend, jedenfalls, wie immer man sich zu einzelnen Auffassungen des Autors stellen mag, in sehr verdienstlicher Weise zur Neubelebung des Interesses an dem großen englischen Ökonomen beigetragen hat. Eingehend und überall mit dem Bestreben nach strikter Objektivität wird Ricardos Wert- und Grundrententheorie dargestellt und kritisiert, auch das Verhältnis von Marx zu diesen Ricardoschen Theorien erörtert. Das Schlußkapitel behandelt die Beziehungen James Andersens, Torrens', Wests und Malthus' zur Ricardoschen, von dem Verfasser in ihrem eigentlichen Kern mit Fug und Recht für unangreifbar gehaltenen Grundrentenlehre. ◊ Der Göttinger Professor *Julius Hatschek* zieht in seiner auf sehr umfassenden Studien beruhenden Arbeit Britisches und römisches Weltreich /München, R. Oldenbourg/ eine die staatsrechtlichen und ökonomischen Verhältnisse dieser beiden größten sozialen Gebilde eigenartig beleuchtende Parallele. Beide Weltreiche charakterisieren sich danach durch ihren »Polisursprung«. Römischer Synoikismus und puritanische Selbstverwaltung hätten ihnen das Gepräge aufgedrückt. ◊ In seiner Arbeit Platon und die griechische Utonie /München, Duncker & Humblot/ entwickelt *Edgar Salin* mit starker Begeisterung für den platonischen Geist den Inhalt seiner Politeia und der Nomoi, In der 2. Hälfte der Schrift werden Aristoteles' Politika, Xenophons Kyropädie, Jambulos' Sonneninsel und einige andere utopistische Schilderungen, von denen uns Notizen überkommen sind, skizziert. ¹

Religionswissenschaft / Herbert Kühnert

Dostojewskij Am 11. November 1921 haben wir den 100. Geburtstag des großen russischen Dichters gefeiert, dessen Lebenswerk für die Gegenwart nicht nur künstlerisch sondern auch religiös von hervorragendem Belang ist. Die Tatsachen seines irdischen Leidenswegs sind uns, leider nicht im Licht einer großen Seele, erst ganz kürzlich wieder vor Augen geführt worden (Dostojewskij, *geschildert von seiner Tochter* /München, Reinhardt/). Kerker, Exil, Not und Tod, Hölle des Lebens und der Seele steigen vor uns auf, wenn wir an dieses viel zu früh beschlossene Dasein denken. Eine herrlich reiche und doch auch wieder so menschlich schwache Seele, die in dieser Hölle nach Erlösung ringt und uns durch ihre aus Qual, Kraft und Schwäche geborenen Gestaltungen zu mitleidenden Zeugen dieses Ringens macht, uns bald tief in die Abgründe sinnloser Hoffnungslosigkeit hinabreißt, bald zu Höhen hinaufführt, wo hier Christus, dort die Erde Hoffnung auf Erlösung zu winken scheinen. Das ist das unvergeßliche, auf-rührende, Mensch, Tier und All umspannende Erlebnis, das wir Dostojewskij verdanken, und um dessentwillen auch die ihn immer lieben werden, denen er selbst nicht Erlöser geworden ist.

In einer Reihe umfangreicher Romanwerke liegt das, was uns Dostojewskij an künstlerisch Gestaltetem hinterlassen hat, vor uns. Wir wissen, daß er uns noch viel mehr zu sagen gehabt hätte als er uns gesagt hat, ja, daß er vielleicht das Reifste, Tiefste, das Erlösende, auf das seine letzten Werke, insbesondere der *Idiot* /1869/, die *Dämonen* /1871/, der *Jüngling* /1875/ und schließlich die *Brüder Karamasow* (unvollendet) hin drängen, mit ins Grab genommen hat. Dieses "Erlösende" ist das Bild vom einfältigen und doch allwissenden, allleidenden und doch auch alles Leid durch die Kräfte des Glaubens und der Liebe besiegenden, sich an alle hingebenden und doch über alle herrschenden Heilbringers, der sich bei dem Dichter erst in dem Fürsten Myschkin, dann in Aljoscha Karamasow ankündigte, und der ihn vielleicht noch zum Schöpfer eines neuen Glaubens, eines neuen Mythos von Erlösung und Erlösertum hätte machen können, wenn nicht der Tod zu früh diesem kühn um das höchste Gut ringenden Leben ein Ende bereitet hätte. Man könnte auch sagen: wenn er

die Kraft und die Gnade gehabt hätte an einen solchen Heilbringer als etwas unter Menschen Mögliches wirklich ungeteilt zu glauben. So aber ist es gekommen, daß Dostojewskijs Werk und Leben, in dem das Problem der Erlösung eine so zentrale Stellung einnimmt, mehr ein moderner Mythos vom unerlösten Menschen, von einem in die Hölle geratenen Luzifer oder gefesselten Prometheus, man könnte auch sagen: der Mythos des in sich zerrissenen, nach Erlösung schreienden, aber nicht von der Gnade des Glaubens erfüllten besessenen Ichs unserer Zeit geworden ist, das sich zwar mit aller leidenden Kreatur mitschuldig bekennt, aller Verdammter Schuld in Schmerzen auf sich nimmt aber im dumpfen Bewußtsein seiner Schwäche keine andere Lösung weiß als des Gnadenwunders der Erlösung durch einen neuen Heiland zu harren. Einen neuen Heiland. Denn an den alten konnte Dostojewskij nicht glauben, weil dieser nur zu den Berufenen, das heißt zu den durch die Gnade Starken, als wirklicher Erlöser gekommen war, die Schwachen aber der Hölle ausgeliefert hatte. Auch an die Erlösung durch den Großinquisitor, das heißt an den Nachfolger Christi, der die Erkenntnis von der Unzulänglichkeit der Erlöserlehre als sein oberpriesterliches Geheimnis hütet und um der Liebe zu den schuldlosen Verdammten willen selbst die Verdammnis auf sich nimmt, konnte er nicht glauben, weil er sich selbst nicht zu den Schuldlosen rechnete, und weil in ihm sowohl Christus, der Erlöser der Starken, als auch der Großinquisitor, das heißt der, der um Christi Unzulänglichkeit weiß, der Christrotzer und Sorger um das Heil der Schwachen, Vielen, Unschuldigen und Gemeinen und zuletzt, aber nicht am wenigsten, auch Iwan, der Ungläubige, Zweifelnde, zwischen Gott und dem Teufel Schwankende und mit beiden Ringende: weil alle diese 3 Elemente in ihm waren.

Es ist aus Anlaß des Dostojewskijgedenkjahrs wieder viel über den großen russischen Dichter geschrieben worden. Das Beste und Kürzeste aus der Tagespresse war *Rudolf Schneiders* Aufsatz Dostojewskij in der Frankfurter Zeitung vom 12. November 1921. Aus der großen Zahl umfangreicherer Essays sind hervorzuheben: *Stefan Zweig* Drei Meister (Balzac, Dickens, Dostojewskij) /Leipzig, Inselverlag/; ferner *Dmitrij Mereschkowskij*s Buch Tolstoj und Dostojewskij, deutsch von C. von Gütschow

, Berlin, Karl Voegel/, in dem die beiden großen Russen als Menschen und als Künstler gegenübergestellt werden; und schließlich, als Ergebnis von Vorarbeiten zu einem umfassenden Werk über Dostojewskij, *Karl Nötzels* Abhandlung Dostojewskij und wir /München, Musarionverlag/. Auch in seiner Einführung in den russischen Roman /München, Musarionverlag/ gibt Nötzel, dem wir eine ganze Reihe von Arbeiten über das geistige Rußland verdanken (Das heutige Rußland /München, Georg Müller/. Die slawische Volksseele /Jena, Diederichs/. Die Grundlagen des geistigen Rußlands /Jena, Diederichs/. Tolstoj's Meisterjahre /München, Georg Müller/. Der russische und der deutsche Geist /Berlin, Furcheverlag/. Tolstoj und wir /München, Musarionverlag/, deutsche Übersetzung von N. J. Danilewskij Rußland und Europa /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Das Schicksal der Armen, ein soziales Erevier aus russischen Schriftstellern /München, Musarionverlag/) eine Analyse der Behandlung, die das religiöse (Schuld-) Problem bei Dostojewskij erfahren hat. Nötzel sucht darzulegen, daß selbst ein Dostojewskij, bei aller aufs Wesentliche gehenden Tiefe (Problem der Selbstachtung), im religiösen Erlebnis nicht völlig freigeblichen ist von einer gewissen dogmatischen Befangenheit (Außerachtlassung der geistigen Möglichkeiten außerhalb der eigenen Glaubensdeutung; einerseits Unbestimmtheiten des eigenen Gottesbegriffs, andererseits Kampf im Namen des Gottesglaubens gegen ganz bestimmte geistige Erlebnisse). Nötzel reiht das an Dostojewskij gewonnene Ergebnis in die Gesamtbereicherung, die das moderne Denken unter anderm auch in religiöser Hinsicht durch den russischen Roman erfahren hat, ein und sieht die Lösung darin, daß hier (nämlich im russischen Roman, insbesondere Dostojewskij's und Tolstoj's) »den seelischen Wurzeln des religiösen Erlebnisses in geradezu hellseherischer Weise nachgegangen und nachgefühlt wird. Wir erschauen es aus letzten Seelenbedürfnissen heraus geboren und aufs engste verknüpft mit dem eigentlichen Lebensregler der Seele: mit ihrem Selbstachtungsbedürfnis. Dabei tritt ganz besonders klar hervor die tiefinnerliche Beziehung zwischen den beiden Offenbarungen des religiösen Erlebnisses: als Sinngebung des persönlichen Lebens und als Sinndeutung des Weltgeschehens. Der unlösliche Zusammenhang von Re-

ligion und Sittlichkeit (beziehungsweise Gewissen) wird richtig erfaßt; indes das Wesen des Gewissenserlebnisses an sich mißdeutet; es wird in eine bedingungslose und unmittelbare Abhängigkeit von einer ganz bestimmten bewußten Gottesvorstellung gesetzt, die ihm durchaus nicht eignet, und es wird zudem, in Hinsicht auf seine Gültigkeit, in Beziehung gebracht zu Zusammenhängen im Weltgeschehen, was gleichfalls nicht zutrifft. Das religiöse Erlebnis findet eine richtige und uns wesentlich bereichernde Deutung nach seiner Willens- und Gefühlseite hin, eine falsche und die Geistesfreiheit des Menschen bedrohende Auslegung dagegen nach seiner reinen Verstandesoffenbarung. Die Untrennbarkeit von Sittlichkeit und Religion gründet sich tatsächlich im Gewissenserlebnis als solchem, nicht aber in der stets persönlichen Vorstellung von einem Urheber.«

Es hat oft Kopfschütteln erregt, daß Dostojewskij *zugleich* der Vorbote einer neuen Religion, einer neuen allmenschlichen Erlösungslehre, eines neuen Messiasstums und Gegner des westlichen Europäertums, der Wissenschaftslehre, des Liberalismus, des Sozialismus, Verfehrer der russisch-orthodoxen Kirche sowie des autokratischen Zarentums sollte gewesen sein können. In der Tat: Die Widersprüche, die sich in dieser Hinsicht aus seinen Werken feststellen lassen, sind zahllos und scheinen von klaffender Abgründtiefe. Wohl nirgends in der Dostojewskijliteratur sind sie so klar hervorgehoben worden wie in der Abhandlung, die Mereschkowskij aus Anlaß der 25. Wiederkehr von Dostojewskij's Todestag (28. Januar 1906) verfaßt hat. (Dem deutschen Publikum ist diese Abhandlung zugänglich gemacht worden durch die von Alexander Eliasberg unter dem Titel Auf dem Wege nach Emmaus herausgegebene Sammlung von Aufsätzen Mereschkowskij's /München, Piper/.) Zugleich aber ist in dieser Abhandlung in geradezu klassischer Weise das herausgearbeitet worden, was das für die Gegenwart unverlierbar Wesentliche an Dostojewskij's Vision von einem zukünftigen, freien, man kann sagen: apokalyptischen Christentum bildet. Dostojewskij's Glaube war, wenn man es so nennen darf, Religion vom heiligen Geist und vom heiligen Fleisch zugleich. In den Brüdern Karamasow läßt der Dichter den Mönch Sossima zu Aljoscha sprechen: »Liebe die Erde und bedecke sie mit deinen Küssen. Küsse die Erde

unermüdlich, liebe unersättlich, liebe alle und liebe alles, suche die Begeisterung und die Ekstase der Liebe. Benetze die Erde mit deinen Tränen der Freude und liebe diese deine Tränen. Und halte diese deine Begeisterung hoch, denn sie ist ein großes Geschenk Gottes, das nicht vielen verliehen wird sondern nur den Auserwählten.« Und nach der Vision der Hochzeit von Kana in Galiläa, bei der der weise Speisemeister Wasser in den Wein einer neuen Freude verwandelt hat, erfüllt Aljoscha das Gebot Sossimas: »Er warf sich zur Erde nieder. Er wußte nicht, warum er sie umfing. Er wollte auch nicht darüber nachdenken, warum es ihn so unwiderstehlich verlangte sie zu küssen: und er küßte sie weinend, schluchzend, und tränkte sie mit seinen Tränen, und wie außer sich schwur er, wie verzückt, sie zu lieben, zu lieben bis in alle Ewigkeit. ... Als schwacher Jüngling war er zur Erde niedergefallen, als ein fürs ganze Leben gewappneter Kämpfer erhob er sich wieder.« Hier haben wir den Kern. Von solchem religiösen Heldentum aus liebte Dostojewskij die Erde als den großen Schauplatz des Sündenfalls und der Erlösung, als die Arena weltgeschichtlicher Kämpfe zwischen dem "Tier", mochte es sich nun Apollo, Teufel, Großinquisitor, Peter, Freigeist, Mitja oder Weib nennen, und Christus, dem Mönchtum und der Orthodoxie. Von hier aus glaubte er an sein Land und die Seele seines Volkes als den heiligen Erlösungsquell für eine neue Menschheit, von hier aus an Jugend und Verjüngung, zukünftiges Zerbersten von tönernen Gewalten und schließlich an ewige menschliche Seligkeit in einer einzigen heiligen Kirche. Je mehr wir ihn in seinen Werken gestaltend um diesen Glauben ringen sehen, je schmerzlicher das Rasen der mythischen Gewalten seine große Künstlerseele zerreißt, desto erschütternder, gewaltig ergreifender wirken auf uns diese gelegentlichen aus Schmerzen geborenen Durchbrüche erlösender Schau. Mit Recht spricht daher Mereschkowskij davon, daß man die Larve, von der verhüllt uns das Gesicht Dostojewskijs oft entgegentreit, nicht mit dem Gesicht selbst verwechseln dürfe: »Die Larve ist Orthodoxie, Autokratie, Nationalismus; das Gesicht ist die Überwindung des Nationalen im Allmenschentume, die Überwindung der Autokratie in der Theokratie, die Überwindung der Orthodoxie in der Religion des heiligen Geistes.«

Jüdische Mystik Eine Einleitung in die Gedankwelt der *Kabbalah* versucht *Ernst Müller* in seiner Abhandlung *Der Sohar* und seine Lehre /Wien, Löwit/ zu geben. Als Sohar bezeichnet man ein Buch, das gegen Ende des 13. Jahrhunderts mit der Präntension mystischen Ursprungs in Spanien aufgetaucht ist und in den Kreisen des mystischen Judentums neben Bibel und Talmud gestellt wird. Es wurde von dem Kabbalisten Mose ben Schentob de Leon /1250 bis 1305/ dem Rabbi Simon ben Jochai, einem der größten talmudischen Autoritäten aus dem 2. nachchristlichen Jahrhundert, als Verfasser zugeschrieben, was dann zum Entstehen einer reichen, noch heute höchst widerspruchsvollen Literatur über die Entstehung des seltsamen Werks geführt hat. Der Name Sohar bedeutet Lichtglanz (mit Anklang an Übersinnliches), und das Werk selbst, an das sich wiederum eine reiche exegetische Literatur angeschlossen hat, enthält im Hauptteil (der äußern Form nach) einen Pentateuchkommentar, uralte Partien mit geheimnisvollen Titeln (die Große Versammlung, die Kleine Versammlung, das Buch des Geheimnisses), ferner das sogenannte Buch der Himmlischen Paläste, Stücke zum Hohen Lied, den Büchern Ruth und den Klageliedern sowie verschiedene Erweiterungen und Erläuterungen (Tikkunim, Der treue Hirte, Der verborgene Midrasch, Die Geheimnisse der Lehre). Das Buch Müllers gibt nach einem einleitenden Kapitel, das den Sohar in die geistesgeschichtlichen Zusammenhänge des Judentums, insbesondere der Kabbalah und des Chassidismus einreicht, eine übersichtliche Darstellung der Lehre des Sohar, Textproben und schließlich eine Auswahl aus den den Sohar betreffenden Literaturwerken. Als 1. Band eines, auf 3 Teile berechneten Werkes, von dem der 2. die religiöse Lyrik des jüdischen Mittelalters, der 3. jüdische Gebete und Hymnen enthalten soll, ist, gleichfalls bei Löwit in Wien, die Lyrik der Kabbalah von *Meir Wiener* erschienen. 3 feinsinnige Abhandlungen über Kultus, Gebet und Religion, das Wesen des jüdischen Gebetes und die neuere geistliche Lyrik der Juden gehen der eigentlichen Anthologie voraus. Bei der Auswahl der Textproben (Aus dem sofetischen Kreis, Barberei und Jemen, Polen, Italien, das geistliche Lied Karaïm) war es dem Verfasser weniger um Darstellung der gedanklichen Handlungen innerhalb der

jüdischen Dichtung als um Macht des jüdischen Ausdrucks, weniger auch um die technische Form als um die Mitteilungskraft, die Beseelung zur Weiterverkündung zu tun. Die meisten Stücke erscheinen hier zum erstenmal in der Übersetzung in eine europäische Sprache. Und zwar wurde mehr auf *Nachdichtung* als auf philologisch-grammatisch "richtige" Übersetzung Wert gelegt.

Den mystischen Strömungen im *polnischen Judentum* des 16. bis 18. Jahrhunderts wird nachgegangen in einer Abhandlung S. A. *Horodezkys* *Mystisch-religiöse Strömungen unter den Juden in Polen* /Leipzig, Gustav Engel/. Der Einfluß der sephardischen Kabbalah von Palästina auf die polnischen Juden, das Aufblühen der aschkenasischen Kabbalah unter Rabbi Isaak Luria, die volkstümliche Form der lurianischen Kabbalah, die Messiashoffnungen im Jahr 1648, die Baale schem und die Vereinigung der Chassidim, die sabbatianische Bewegung, J. Frank und seine Sekte, endlich der Baal schem tob und seine Kämpfe mit dem Rabbinatum: das alles findet in der Schrift eine interessante und aufhellende Behandlung.

Eine kurze Darstellung der Entstehung des Chassidismus und Proben aus der *chassidischen Literatur* gibt *Chajim Bloch* in einem Buch *Die Gemeinde der Chassidim* /Berlin, Harz/. Das Buch ist in seiner Einleitung vor allem deswegen von Bedeutung, weil es den Mittel- und Westeuropäern einen Einblick in das chassidisch östliche Leben der Gegenwart gibt und, was auch hier betont werden darf, in die Leiden, die der Krieg und seine Nachwirkungen auch dem religiösen Schriftstellertum des nahen Ostens verursacht haben. Als die Hauptquellen seines Werks bezeichnet der Verfasser ein 3teiliges hebräisches Werk, die Rosensammlung, die Stücke des chassidischen Schrifttums enthält, und ein anderes, das populärchassidische Geschichtenbuch *Die Gemeinde der Chassidim*, das er zusammen mit jenem aus dem Nachlaß eines im Krieg gefallenen ostjüdischen Soldaten erhielt. In einem Anhang gibt der Verfasser eine Aufzählung berühmter Chassidimgestalten (mit Daten über Lebenszeit, Werke usw.) sowie ein sehr reichhaltiges Verzeichnis der wichtigsten Literatur über den Chassidismus. Die wertvolle Sammlung chassidischer und antichassidisch-baskalischer Bücher, die sich der Verfasser vor dem Krieg in Delatyn zusammengetragen hatte, sind ebenso wie

sein reiches Material an Handschriften, Abschriften und Auszügen, Bibliographien und Manuskripten leider durch den Krieg vernichtet worden. Man wird vielleicht noch, mit einigen Auszügen, gelegentlich auf diese interessante Arbeit zurückkommen können.

Quellen und Urkunden In dieser Rundschau ist bereits auf die von Wilhelm Otto im Verlag von Eugen Diederichs in Jena herausgegebene Sammlung *Religiöse Stimmen der Völker* hingewiesen worden. In ihr hat jetzt Alfred Hillebrandt *Urkunden der altindischen Religion*, unter dem Titel *Aus Brahmanas und Upanisaden*, herausgegeben. Er vertritt, im Gegensatz zu der überschwenglichen Wertung, die die indischen Religionsdokumente im Zeitalter der ersten europäischen Entdeckerfreude, etwa durch Schopenhauer, erfahren haben, die Meinung, daß bei allem Schönen und Erhabenen, das sie enthalten, ihr Platz doch mehr in der Nachbarschaft der naiven Naturanschauung und des Aberglaubens zu suchen sei als etwa in der Kants oder Schopenhauers.

In der gleichen Sammlung erschien eine Quellensammlung zur *babylonisch-assyrischen Religion*: Die Religion der Babylonier und Assyrer, herausgegeben von Arthur Ungnad. Sie gliedert sich in Mythen und Epen (Weltschöpfungsgedicht, Gilgameschepos, Sagen von Drachen und Dämonen, Himmel und Hölle und dergleichen), Gebete und Lieder (Loblieder, Klagelieder und dergleichen), Zaubertexte, Ritualtexte und Omina. Bei den Quellenbüchern sind einführende Abhandlungen zur kritischen Orientierung vorausgeschickt und Quellennachweise im Anhang beigefügt.

Mythen In der von Leo Frobenius bei Diederichs in Jena herausgegebenen Sammlung *Atlantis*, von der bereits 5 Bände erschienen sind (Märchen der Kabylen, Märchen aus Kordofan, Sagen und Mythen des Sudan), kam neuerdings ein Band heraus, der den Titel *Spielmannsgeschichten der Sahel* trägt. Es ist ein großes Verdienst des bekannten Afrikaforschers, daß er das literarische Kulturgut, das in den Sagen der Völker *Afrikas* von Marokko bis zum Sudan aufgestapelt liegt, und das dazu dienen kann auch auf die religionsgeschichtliche Vergangenheit dieser Völker neues Licht zu werfen, gesammelt hat und nunmehr

der Öffentlichkeit zugänglich macht. Gerade der vorliegende Band, der aus der Vergangenheit alter Kulturvölker westlich des großen Nigerbogens schöpft, bietet auch in religionswissenschaftlicher Hinsicht reiche Ausbeute. Ein besonderer Band, der 10. in der Reihe der aus dem, von Frobenius in München begründeten Forschungsinstitut für Kulturmorphologie hervorgehenden Veröffentlichungen, soll sich mit der atlantischen Götterlehre befassen.

Im gleichen Verlag veröffentlichte Paul Zaunert den 1. Band eines Werks *Deutsche Natursagen*. Das Buch enthält in einer 1. Reihe Sagen von Holden und Unholden. Eine 2. Reihe mit Pflanzen- und Tiersagen ist in Vorbereitung. Die Leitmotive, nach denen der auf gutem und reichhaltigem Quellenmaterial beruhende Stoff geordnet ist, sind: Urzeit-sagen von Riesen, Ungeheuern, Wetter und Wolken, Sagen von Nachtgeistern und dem wilden Jäger, Sagen von den Unterirdischen, von Haus und Hof, von Wald und Feld, Bergwerk, Wasser, Frau Holle und dergleichen.

Neuausgaben Eine neue deutsche Übertragung der Bekenntnisse des *Heiligen Augustinus* kam im Verlag von Eugen Diederichs in Jena heraus. Der Übersetzer und Herausgeber ist Herman Hefele, von dem erst jüngst ein wertvolles Buch über Dante erschien (Stuttgart, Frommann). Die Übersetzung wendet sich gegen die liberale Fälschung des »modern verstandenen« Augustinus und will gerade das, was durch sie verloren gegangen ist, wieder zur Geltung bringen, nämlich: »das Ferne, Fremde, Seltsame seiner menschlichen und seelischen Erscheinung, die weltweit gespannte Fülle seines Geistes, Maß und Ordnung seines formenden Charakters und die Leidenschaft und gigantische Stärke seines sittlichen und politischen Willens«. Die der Übersetzung vorausgeschickte Charakteristik des Kirchenvaters und seiner Zeit ist ein besonders schönes Stück essayistischer Kunst. Der Inselverlag in Leipzig bringt (in einer neuen Sammlung *Der Dom*, auf die besondere Aufmerksamkeit zu richten ist) eine Neuausgabe der sogenannten *Deutschen Theologie des Frankforters* in deutscher Übertragung und mit einer ausgezeichneten Einleitung über die mittelalterliche Mystik von Joseph Bernhard. Der Übersetzung liegt Willo Uhls Abdruck der Handschrift von 1497 zu-

grunde, nicht der Lutherische, da er näher an die ursprünglich anonyme Niederschrift heranreicht. Die Gliederung in Abschnitte jedoch lehnt sich an Luther an.

Gleichfalls im Inselverlag, in der Inselbücherei, ist ein, für die Geschichte der deutschen Mystik wichtiges Werk neu erschienen: *Jakob Böhmes Sex Puncta Theosophica* oder Von 6 theosophischen Punkten hohe und tiefe Gründung: Eine offene Pforte aller Heimlichkeiten des Lebens, darinnen die Ursachen aller Wesen erkannt werden. Dem Neudruck des Werks, das von Böhme im Jahr 1620 geschrieben worden ist, liegt eine Ausgabe aus dem Jahr 1730 zugrunde.

Internationale Vom 29. Juni bis zum 2. Juli 1921 fand im Jugendheim zu Benneckenstein im Harz eine Konferenz statt, die sich mit der Weiterführung der Bestrebungen der Christlichen Internationale in *Deutschland* befaßte. Gegenstände der Beratung waren: internationale Zusammenarbeit, Jugendbewegung, Klassenkampf, Zusammenfassung der in Deutschland in Betracht kommenden Gruppen in eine Arbeitsgemeinschaft. Zentralstelle dieser Bestrebungen in Deutschland, in der vor allem der Siedelungsgedanke als Brennpunkt für soziale und internationale Versöhnungsarbeit betrachtet wird, ist die Geschäftsstelle der Eiche in Berlin. Eine Vorstandssitzung der Bewegung für eine Christliche Internationale fand von 5. bis zum 12. Juli zu Bilthoven in Holland statt. Das Sekretariat wird vorläufig von *England* ausgeübt (Oliver Dryer). Die Konferenz litt an einer deutlich zutage tretenden Verschiedenheit der Auffassungen über die Form, in der sich die Zusammenarbeit vollziehen sollte. Besonders die Vertreter des Neuwerkkreises konnten sich mit einer an äußere Vereinsmäßigkeit grenzenden Form nicht abfinden. Eine Aussprache europäischer Vertreter der *Christlichen Studentenvereinigung* (ihr Organ ist die *New Yorker Vierteljahrsschrift The Student World*, herausgegeben von John R. Mott und H. C. Rutgers) fand vom 7. bis zum 12. September auf Schloß Hardenbrock bei Utrecht statt. Gefordert wurde die Gewinnung von Mitarbeitern, die »christliches Ethos und Sachkunde« mit ihrer Aufgabe das moderne Leben mit christlichen Prinzipien zu durchdringen verbinden. Am 14. und 15. September hielt der

Arbeitsausschuß des Internationalen Weltbundes für *Freundschaftsarbeit der Kirchen* eine Sitzung in Genf ab. Es berichteten dort die Engländer Sir W. H. Dickinson und Atkinson über Reisen nach den früheren Österreichstaaten, Spanien, Portugal, der Türkei und über die Gründung neuer Arbeitsausschüsse, respektive die Neubeziehung bereits vorhandener; die Einbeziehung von Polen, Rußland, China, Kleinasien und Südamerika wurde ins Auge gefaßt. Hauptprobleme der Behandlung waren die kirchlichen Minderheiten in verschiedenen Ländern, deutsch-französische Gegensätze, die amerikanischen Bemühungen um Abrüstung, die deutsche Mission, die französische Besetzung des Rheinlands, die russischen Flüchtlinge, die Einrichtung eines in London zentralisierten Pressedienstes der Bewegung. Die nächste Tagung des Komitees findet voraussichtlich in Dänemark statt.

Tagungen Mitte September 1921 tagte in Stuttgart der 2. *evangelische Kirchentag*, der unter anderem auch zur Frage des Verhältnisses der protestantischen Kirchen zum Religionsunterricht im Sinn der Bekenntnisschule Stellung nahm.

Vom 17. bis zum 19. September fand in Dillenburg eine Zusammenkunft der deutschen Freunde der *Quäker* statt. Es sprachen unter anderen Margarethe Lloyd, Caroline Wood Elizabeth Fox-Howard, Carl Heath, Frederick Merttens als Vertreter des englischen Quäkertums, Walther Koch, Friedrich Siegmund-Schultze, der Mennonitenprediger Cremer über verwandte Bestrebungen in Deutschland.

Am 26. September fand in Jena ein Vertretertag akademisch gebildeter *Religionslehrer* statt, bei dem unter anderem über den Stuttgarter Kirchentag und den Leipziger Kongreß für Moralpädagogik referiert wurde. Man sprach sich im wesentlichen für ein Zusammenwirken der Lehrer mit der Kirche, jedoch für Ablehnung aller geistlichen Schulaufsicht aus.

Am 26. und 27. November fand in Berlin der 1. Kongreß *religiöser Sozialisten* statt. Das Programm dieser Vereinigung ist außerordentlich beachtenswert. Es wird hier noch eine eingehende Behandlung finden.

Auf dem 1. *Christrevolutionären Tag* in Stuttgart bildeten sich der *Volksbund für soziale Gerechtigkeit*, der alle ethisch revolutionären Bewegungen einem »ge-

meinsamen Gärungsprozeß« unterwerfen will, und eine *Arbeitsgemeinschaft* für völlige Erneuerung und Umgestaltung der Kirche.

Totenliste Im September 1921 ist in Berlin der Islamforscher *Friedrich Kern* gestorben.

Mit ihm hat die Orientalistik einen der besten Kenner der islamischen Religionsüberlieferung verloren.

In Breslau verschied am 9. Oktober der emeritierte ordentliche Professor der Pastoraltheologie in der Katholischtheologischen Fakultät und Domprobst *Arthur König*, im Alter von 78 Jahren.

Am 21. November starb in Berlin einer der namhaftesten Vertreter der rabbinisch-talmudischen Wissenschaft: der Rektor des Rabbinerseminars der orthodoxen israelitischen Religionsgemeinde *David Hoffmann*, in seinem 78. Lebensjahr. Seine Arbeiten betrafen im wesentlichen die Entstehung der Mischnah. Darüber hinaus befaßte er sich, orthodox ablehnend, mit der modernen Bibelkritik. Von allgemeinerem Interesse ist seine Schrift *Der Schulchan Aruch* und die Rabbiner über das Verhältnis der Juden zu Andersgläubigen /1892/.

In den selben Tagen hatte man den Verlust eines andern hervorragenden Religionsforschers zu beklagen: des Orientalisten an der Budapester Universität *Ignaz Goldziher*, der, 72 Jahre alt, in Budapest starb. Sein erstes Werk *Der Mythos der Hebräer* /1876/ führte gegen Renan den Nachweis mythischer Elemente in der israelitischen Religion. Seine weiteren Arbeiten waren vornehmlich dem Islam gewidmet. Auf dem Gebiet der Islamkunde, die er durch eine Reihe von Forschungsreisen nach Syrien, Palästina und Ägypten bereicherte, galt er schließlich als unumstrittene Kapazität.

Am 27. November starb der Religionshistoriker und Mythenforscher *Otto Gruppe* in Berlin. Seine Griechische Mythologie und Religionsgeschichte hat vieles in den Beziehungen der griechischen Mythen und Kulte zu den orientalischen Religionen aufgestellt.

Kurze Chronik Deutscher Freidenkerbund und Bund der freireligiösen Gemeinden sind zu Hannover zu einer Vereinigung zusammengetreten, die sich *Volksbund für Geistesfreiheit* nennt und den Zusammenschluß mit weiteren freidenkerischen und freireligiösen Organisationen anstrebt. ◊

Die Alttestamentler, die am Orientalistenkongreß in Leipzig teilnahmen, haben eine Kundgebung gegen die Beschränkung des hebräischen und *alttestamentlichen Studiums* an den Theologischen Fakultäten veröffentlicht. ◊ Die amerikanische Church Peace Union wendet sich in einem Aufruf gegen die *Judenhetze* in den Vereinigten Staaten und anderswo. ◊ Eine Verwendung Sir W. H. Dickinsons beim Minister Churchill um schleunige Rückberufung der *deutschen Missionare* in britische Übersee- oder Mandatsgebiete ist von diesem im wesentlichen abschlägig beschieden worden respektive an die Bürgerschaft englischer Kirchenbehörden für die »unpolitische Tätigkeit« der deutschen Missionen geknüpft worden. ◊ Der bekannte Züricher Pfarrer *Ludwig Ragatz* hat seinen Rücktritt vom Lehramt an der Universität Zürich mit dem Wunsch begründet seine religiöse Überzeugung ohne Rücksicht auf Kirche, Staat, Theologie und Lehramt an den Stätten der Armut und des Hungers vertreten zu dürfen. ◊ Der Göttinger Professor *Arthur Titius* ist dem Ruf auf den Lehrstuhl der systematischen Theologie an der Universität Berlin als Nachfolger Kaftans gefolgt. ◊ Dom Tübinger Professor *Otto Scheel* ist das Ordinariat für Kirchengeschichte an der Universität Berlin als Nachfolger Adolf Harnacks übertragen worden.

Literatur

Den bekannten katholischen Grundriß der Patrologie, mit besonderer Berücksichtigung des Lehrgehalts der Väterschriften, von *Gerhard Rauschen* hat der Breslauer Theologe *Joseph Wittig* neu bearbeitet /Freiburg, Herder/. Von den vorhergehenden Auflagen unterscheidet sich die neue durch Umarbeitung und Erweiterung der dogmengeschichtlichen Abschnitte und durch Randnoten, in denen auf die Herderschen Väterschriftensammlungen (*Enchiridion patristicum*, *Enchiridion fontium historiae ecclesiasticae antiquae* und *Enchiridion symbolorum*) als quellenmäßige Ergänzung der im Grundriß aufgeführten Tatsachen hingewiesen wird. Ein überaus wichtiges Werk. ◊ Dem in dieser Rundschau (1921 II, Seite 995) angezeigten 5. Band des *Deutschen Dantejhrbuchs* /Jena, Diederichs/ ist ein 6. Band gefolgt, aus dem ein Aufsatz über Dantes Beziehungen zur Gnosis und Kabbalah, von Franz Kompers, von besonderem religionsgeschichtlichen Interesse ist.

KUNST

Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

Ensor

Der bedeutendste flämische Maler Belgiens, James Ensor, ist jetzt 60 Jahre alt und lebt in seiner Vaterstadt Ostende, dieser seltsamen Stadt, die im Winter fast einem Fischerdorf gleicht, im Sommer aber zu einer mondänen Großstadt wird. Nach der Monographie Emile Verhaerens James Ensor /Brüssel, G. van Oest/ hat ihm neuerdings Paul Colin eine solche gewidmet, die in autorisierter Übersetzung von Hans Jacob bei Kiepenheuer in Potsdam erschien, und deren Abbildungen auch einen bildlichen Überblick über sein Schaffen bieten. Ensor ist eines der merkwürdigsten Temperamente seines Jahrhunderts. Seine Anfänge kamen einem Wunder nahe. Er war gleich ein Fertiger, stand auf eigenen Füßen, ohne Lehrer und ohne dauernden Einfluß eines Ältern. Sein Beginnen ist dem Wilhelm Trübners in Deutschland vergleichbar, der gleichfalls mit einemmal als ein Vollendeter dastand. Aber während Trübners Kraft sich in virtuoser Technik erschöpfte, drang Ensor in das Reich des Metaphysischen vor, verwirklichte seine Visionen, realisierte die groteske Phantastik seiner zauberhaften Welt, die in ihrer Spukhaftigkeit und Diablerie an Edgar Allan Poe und E. T. A. Hoffmann erinnert.

Das eigentlich Originale Ensors liegt in seinen Maskenbildern und phantastischen Kompositionen, bei aller Schätzung seiner impressionistischen Frühwerke, die sich durch Virtuosität, Beherrschung des Technischen und Neuheit des Ausdrucks auszeichnen. Auch Ensors Wiederholungen früherer Bilder können aller Wahrscheinlichkeit nach nicht so leicht abgetan werden wie Colin es tut. Vielleicht sind statt der mit Hartnäckigkeit zerstörten Schönheiten und Feinheiten der Originale andere neue entstanden; es sei nur an van Goghs Wiederholung von Bildern Rembrandts und Daumiers erinnert, deren Schönheiten und Feinheiten denen der Originale durchaus ebenbürtig sind. Eine Serie seiner Bilder sind Stilleben mit Muscheln, Stoffen und Antiquitäten, deren seltsamer Zauber auf den opalisierenden, perlmutterleuchtenden Farben beruht. Einige dieser Art waren in Berlin, im Konprinzenpalais, zu sehen. Ensors Sensibilität kommt wohl am konsequentesten in seiner Graphik zum

Ausdruck. »Seine Radierungen offenbaren uns seine Gedankenwelt vielleicht noch besser als seine Bilder, in denen er seine Farben als musikalische Werke sprechen läßt«, schreibt Herbert von Garvens-Garvensberg in seiner, 1913 veröffentlichten Schrift über James Ensor /Hannover, Ludwig Ey/ (dem ersten und bedeutungsvollsten Hinweis auf Ensor in Deutschland, mit einem vollständigen Katalog seines graphischen Werkes als Anhang). Wie in seiner Malerei stehen auch in seiner Graphik Blätter impressionistischer Art neben solchen von krassester Phantastik. Überhaupt entfaltet sich Ensors groteske Phantastik in seiner Graphik am ungehemmtesten. Wie Ensor ohne Vorgänger war, so ist er auch, von bedeutungslosen Nachahmern abgesehen, ohne Nachfolge geblieben. Mit Ausnahme vielleicht von Rik Wouters, der Ensor leidenschaftlich bewunderte. Seine Werke verraten im Geist und in der Komposition identische Bestrebungen und zeigen manchmal ähnliche Lösungen. »Als er starb [eizug im Krieg zugrunde], hatte er sich fast gänzlich freigemacht und sprach offen seine Persönlichkeit aus.« Rik Wouters wurde ebenso beschimpft wie der junge Ensor. Nach seinem Tod beherrschte er »unnachichtlich die Versuche und Bestrebungen der überlebenden Maler«. So beeinflusst Ensor indirekt durch Wouters das künstlerische Gewissen der neuen Generation, von der er durch mehr denn eine geschieden ist. In Deutschland verdanken Alfred Kubin und der frühe Paul Klee Ensor zumindest manche Anregung.

Blechen Die deutsche Malerei des beginnenden 19. Jahrhunderts ist nicht reich an überragenden Talenten. Aber Karl Blechen /1798 bis 1840/ könnte europäische Bedeutung besitzen, wenn er nicht so unbekannt wäre. Die Akademie der Künste zu Berlin hat eine Ausstellung von Werken dieses bedeutenden Künstlers veranstaltet, die auch dem mit diesen Vertrautern mancherlei Überraschungen bot. Blechens Bilder sind von zartem Lyriismus. Seine Studien, oft in kleinstem Format, sind von seltener Intensität des Ausdrucks, restlose Übertragung sensibelster Gefühle. Keinem seiner Zeitgenossen gelang es so die Malerei zu beseelen, sie so vollkommen in Gefühlswerte umzusetzen. Blechens Schöpfungen sind ganz gegenwärtig; denen von Derain, Vlaminck und Janthur

verwandt, von gleichem Willen beseelt. Gleich ihnen ist er ein unvergleichlicher Darsteller differenziertester seelischer Vorstellungen. Blechens Studien sind sein Bestes. Aber seine Zeit verlangte "fertige" gemalte Bilder, romantische Staffagen, Theaterromantik. Eine Forderung, der Blechen leider manchmal nachgab. Erst mit dem Impressionismus bekam das Rembrandtsche Wort, das, wenn auf einen, auf Blechen zu beziehen ist, wieder Geltung: daß ein Bild vollendet ist, wenn der Künstler in ihm ausgedrückt hat, was er ausdrücken wollte.

Cézanne Die Konstruktivität der neuen Malerei geht auf Paul Cézanne zurück, von dem Paul Cassirer in Berlin jetzt eine umfassende Ausstellung veranstaltete. Cézanne sprach von Kugel, Kegel und Zylinder, nach denen man Natur gestaltend verwirklichen müsse. In seinen Bildern wurde zum erstenmal wieder fühlbar, was ein Organismus, was Gestaltung ist. Was Dostojewskij am Ende seines Romans Ein Werdender sagt: er hätte mit diesen Aufzeichnungen Material für ein künftiges Kunstwerk gesucht, für dessen Darstellung ein kommender Künstler einst schöne Formen finden wird, gilt auch für Cézanne. Auch sein Werk ist die erste Erhebung über das Chaos einer ungeordneten Welt. Zukunft erschließend. Cézannes Bilder sind metaphysische Durchleuchtungen, Offenbarungen sensibelsten Erlebens, ein Ringen mit der Materie und Form. Von keuscher Enthaltsamkeit sind bereits seine Frühwerke. Cézanne ist der unliterarischste Künstler einer literarischen Zeit. Nur auf Malerei bedacht, deren tiefstes Wesen er ahnend erschließt. Trotz seinem tiefen Respekt vor der Natur deformiert er die Naturform, um zur Form des Bildes zu kommen: zum Zusammenhang, zur Gestaltung. Wie Greco war Cézanne ein Ekstatiker. Aber seine Ekstase ist rein, ohne äußern Anlaß, der bei Greco der Katholizismus war. Seine traumhafte Ferne ist unmittelbar.

Felixmüller Felixmüller (Felix Müller), von dem bei I. B. Neumann in Berlin eine Ausstellung zu sehen war, gehört zu den Seltenen, denen Malerei politisches Kampfmittel ist, ohne daß sie eine Klischeeangelegenheit aus ihr machen, die in allem ihrem Tun von schöpferischer Energie durchdrungen sind. Er ist einer der wichtigsten

künstlerischen Mitarbeiter der von Franz Pfemfert herausgegebenen Aktion. Viele ihrer Hefte enthalten seine kraftvollen Holzschnitte und überzeugenden Zeichnungen. Seine Bilder sind ganz ungekünstelt, natürlicher Ausdruck seines politischen Gewissens und sozialen Bewußtseins. Er gibt, wie er selbst sagt, simple Darstellungen von der Welt, dem Leben und den Dingen, zu denen er sich nach Verarbeitung von futuristischen und kubistischen Einflüssen zurückwand. Aber er wurde nicht zum bequemen Abmaler sondern zum ernstesten Gestalter. Seine Bilder sind Bekenntnisse. Für ihn gibt es keine freie unpolitische Kunst. »Deine Geburt«, schreibt er in der Aktion vom 12. Juni 1920, »hat dich, dein Leben, deine Taten leitet und im voraus festgelegt: Du lebst in den Jahren der sozialen Revolution und mußt in jeder Art und Weise ihr Soldat und Kämpfer sein. In deiner Kunst muß der proletarische Kampf sein und dessen Schönheit; sie muß das Lebendige, Einfache des Menschen wollen, und den Menschen und die Welt lieben. Deine Kunst muß mahnen und wecken, lieben, kämpfen und siegen helfen.«

Illustration Ein Dokument *handwerklichen Geistes* ist das durch die Werkgemeinschaft Das neue Worpsswede herausgegebene Werk Adam und Eva: Dichtung und Stiche von Carl Emil Uphoff, Schrift von Ludwig Tügel. Auf den Schriftseiten sind die Schriftzeichen mit dem ornamentalen Linienwerk organisch verbunden. Bei den eigentlichen Bildtafeln besteht eine Diskrepanz zwischen dem figurlichen und abstrakt ornamentalen Hintergrund. Beide sind nicht zu einer Einheit verschmolzen.

Die Abenteuer des Herrn Tartarin aus Tarascon von Daudet sind in einer von *George Grosz* illustrierten Ausgabe bei Erich Reiß in Berlin neu erschienen. In zahlreichen Vollbildern und Vignetten findet George Grosz Gelegenheit diesen Roman des phantastischen Bürgers auf seine Weise wiederzuerzählen.

Robert Macaire, der unsterbliche Betrüger, und die Portierfrau, 2 humoristische Schriften James Rousseaus, hat der Mauritiusverlag in Berlin mit *Daumierschen* Illustrationen herausgegeben. Blitzende Randbemerkungen über die menschliche Unzulänglichkeit, über die Sehnsucht des Spießers nach Macht.

Alfred Kubin hat zu der metaphysischen Erzählung *Myrinas* Der Schöpfer /Mün-

chen, Kurt Wolff/ Zeichnungen gemacht, die man gern spiritueller wünschte, adäquater den tief sinnigen Geschehnissen der Erzählung.

Des deutschen Michels Bilderbuch 1896 bis 1921 nennt sich ein Sammelbuch, das Abbildungen aus den 25 Jahrgängen des *Simplicissimus* enthält und den Entwicklungsgang dieses einst satirischsten Organs Deutschlands, dessen erstes Erscheinen vor mehr als einem Vierteljahrhundert revolutionierend wirkte, trefflich widerspiegelt.

Berliner Ausstellungen Die *Kornscheuer* veranstaltete in ihren Räumen ihre erste Ausstellung, die durch den Hauptraum, der Bilder von Walt Laurent und Oskar Fischer enthält, ihr besonderes Gepräge erhält. Durch Bemalung einer großen Fensterwand wurde aufs glücklichste die Absicht durchgeführt Raum und Bilder zu einer räumlichen Einheit zu verschmelzen; ein Versuch, der hoffnungsvolle Perspektiven eröffnet. Außerdem waren Bilder und Graphik von Richard Janthur und zarte und zaghafte Kompositionen von Hans Hal-Leistikow zu sehen; ferner Werke von Arthur Segal, Otto Freundlich, Iwan Punij, Jefim Golschew, Rudolf Schlichter; Max Band, Xenia Boguslawskaja, dem im Feld gefallenen Max Zachmann, Plastiken des verstorbenen Bildhauers Max Krause und von Heinz Warnecke. Daneben eine Reihe kunsthandwerklicher Arbeiten, von denen besonders die von Lu Fischer zu erwähnen sind.

Im Sturm zeigte *Jacoba van Heemskerck* flächenhafte Kompositionen, deren Farbigkeit nach der Transparenz des Glases verlangt. *Erich Buchholz* brachte abstrakte Kompositionen in einer zu lockern Malweise, bei seinen Holzbildern zwingt ihn das Material zur Klarheit der Form. Ferner war im Sturm eine Versteigerungsausstellung von Werken der Meister des Staatlichen Bauhauses in Weimar: Feininger, Itten, Klee, Marcks, Muche, Schlemmer und Schreyer, deren Erlös dem Stipendienfonds des Bauhauses zufließt.

In der Galerie Flechtheim stellte *Henri Matisse* eine Reihe älterer und neuerer Werke aus. Matisse ist mehr ein Anreger als ein Vollender, er setzt die Bestrebungen Cézannes fort, arbeitet mit malerischen Grundelementen. Er ist ein starkes malerisches Temperament, wenn gleich durchaus gezügelt.

Bei Cassirer zeigte *Curt Herrmann* vie-

lerlei Blumenbilder: neoimpressionistische Malereien, Variationen aus seinem Garten, mit unendlicher Liebe Nuancen und Differenzierungen wiedergebend. Gleichzeitig waren dort Skulpturen und Zeichnungen von *Georg Kolbe* zu sehen. Kolbe ist ein vielseitig beeinflusstes Talent, mit Leichtigkeit arbeitend, sich dem Gefälligen, Geschmackvollen zuwendend. Er ist Impressionist von Rodin her, Klassiker vom Klassizismus, Archaist von Maillot, neigt unter dem Einfluß frühgriechischer und indischer Skulpturen zu künstlicher Primitivität. Aber geschmackvolle Vereinfachung genügt nicht. Ebensowenig können kubistische Elemente dekorativ übernommen werden. Bei Alfred Heller zeigte *Franz Radziwill* eine größere Kollektion seiner Arbeiten: Gemälde und Aquarelle, von denen besonders die letzten durch Unmittelbarkeit und Frische auffielen. Daneben waren Holzschnitte *Heinrich Campendonks* von seltener Qualität des Handwerks zu sehen.

In der *Arbeiterkunstausstellung* in der Petersburger Straße waren neben Arbeiten von Käthe Kollwitz, Ines Wetzel, Otto Freundlich und Arthur Segal Zeichnungen des Klavierarbeiters Walter Leßmann, Pastelle von Otto Nagel, und neben Gemälden Klebbilder von Curt Neumann, der die beiden erstgenannten Arbeiterkünstler weitaus überragt. Außerdem schöne Kinderzeichnungen der Freien Schule in Spandau.

Totenliste In Koburg starb im September 1921 der Bildhauer *August Sommer* in seinem 83. Lebensjahr. Von seinen Schöpfungen seien die Zentaurenbrunnen in Bremen und die schlafende Sphinx in der Nationalgalerie genannt.

Am 18. Oktober, wenige Tage vor seinem 52. Geburtstag, ist *August Gaul* in Berlin gestorben. Er war vor allem als Tierplastiker bekannt. Seine Arbeiten zeichnen sich durch meisterhafte Beherrschung des Handwerklichen aus. Zu seinen populärsten Werken gehört der Entenbrunnen in der Hardenbergstraße in Charlottenburg. Gaul war Mitbegründer der Berliner Sezession.

Am 30. Oktober ist der Altmeister der modernen spanischen Malerei *Francisco Pradilla* im Alter von 73 Jahren in Madrid gestorben. Als Schöpfer großer geschichtlicher Szenen und als Schilderer des spanischen Volkslebens in alter und neuer Zeit, das er in kleineren, farbenreichen Bildern festhielt, hat er in

seinem Heimatland großes Ansehen erworben. Pradilla war auch der Leiter der Spanischen Akademie in Rom und lange Zeit der Direktor des Madrider Museums.

Wenig über 50 Jahre alt ist im Sommer in Schwaz in Tirol der Bildhauer *Otmar Zeiller* gestorben. Er war ein echter Tiroler Holzschnitzer, ohne die glatte Routine, die in Tirol immer mehr zur Herrschaft gelangt ist. Seine Arbeiten, oft von winzigstem Format, waren von unmittelbarem Ausdruck und ganz aus dem Material und der Technik heraus empfunden. Im Anfang des Jahrhunderts hatte er in Berlin eine Ausstellung veranstaltet, die seinerzeit die ganze Auffassung vom Eigenwesen der Holzbildnerei umgestaltete.

Kurze Chronik Die Akademie der Künste zu Berlin hat auch für dieses Jahr eine große Anzahl *Preis ausschreiben* erlassen. Es gelangen 9 Preise zur Verteilung. Außerdem sind für einen Architekten, einen Bildhauer, einen Maler, einen Graphiker und einen Musiker Stipendien in Höhe von je 1000 Mark vorgesehen. ◊ Der Professor an der Universität Modena De Toni hat wichtige *Leonardofunde* gemacht. Er entdeckte in der Bibliothek in Reggio Abschriften der Leonardoschen Manuskripte, die Gian Battista Venturi noch vor ihrer Zerstreuung vorgenommen hatte, und die alle bisher fehlenden Seiten der verschiedenen Codices enthalten. Auch eine Reihe von Handzeichnungen Leonardos zu seinen Aufzeichnungen, die als verloren galten, ist wieder zutage gekommen. ◊ Aus der Novembergruppe sind mehrere Künstler, wie George Grosz, Otto Dix, Raoul Hausmann, Thomas Ring, Rudolf Schlichter ausgeschieden und haben eine neue Gruppe, die *Gemeinschaft der Werktätigen*, gegründet. ◊ Zu den bestehenden Künstlerverbänden in Berlin tritt ferner noch ein Ausstellungsunternehmen, das sich *Salvation* nennt. Die Jury soll nicht mehr aus Künstlern sondern aus Kunstsachverständigen zusammengesetzt werden. ◊ Armand Dayot, der schon 1914 eine *internationale Ausstellung* in Paris veranstalten wollte, plant nun die Ausführung dieser Idee für das Jahr 1923. Die Ausstellung soll im Grand Palais stattfinden und Malerei, Plastik, Graphik und Architektur aller Kontinente umfassen. Alle Künstlervereinigungen werden eingeladen. Keine Richtung wird ausgeschlossen.

Literatur

Die künstlerische Tätigkeit Honoré Daumiers beginnt zu der Zeit, als sich in Frankreich der bürgerliche Staat zu verwirklichen begann, das Kleinbürgertum seine Herrschaft zu befestigen versuchte. Absolute Pressefreiheit erlaubte jede Äußerung. Man benutzte alle vorhandenen und sich bietenden Agitationsmittel. So wurde auch die Karikatur als Kampfmittel organisiert. Man schuf regelmäßig erscheinende satirische Zeitschriften, deren Geburtsdatum das Jahr 1830 ist. Die ersten und wichtigsten satirischen Organe sind die *Caricature* und der *Charivari*, beides Schöpfungen Charles Philipons, eines glühenden Republikaners und mutigen Vorkämpfers der europäischen Demokratie. Honoré Daumier wird bald sein kühnster Mitarbeiter. Er war von grandioser Produktionskraft, stärkster Ausdrucksfähigkeit, unerschöpflicher Phantasie. Aber Daumier war nie bloß "Künstler an sich" sondern vor allem Politiker. Er kämpfte bewußt für ein bestimmtes Gesellschaftsideal: die Demokratie. Er formte Menschen und Dinge im Sinn einer Idee um. »Daumier malt sozusagen nur durch seine geistigen und gar nicht durch seine leiblichen Augen. Daumiers Sehen ist seherisch.« Er sieht nicht nur Einzelheiten und Momente sondern Gesetz und Wesenheit, gibt deren Synthese. »Jeder Mensch wird unter seiner Hand zum Typ seines Alters, seines Standes, seiner Klasse oder des Zustandes, in dem er sich befindet.« Eduard Fuchs gibt in einem 3bändigen Werk Honoré Daumier /München, Langen/, von dem bereits 2 Bände vorliegen, eine Darstellung nicht nur der Person und des Werkes Daumiers sondern auch der ganzen ereignisreichen Epoche, die Daumiers Schaffen umspannt. Der 1. Band umfaßt die Lithographien von 1828 bis 1851: seine erste Epoche, die mit dem Staatsstreich Louis Napoléons abschließt und künstlerisch und stofflich die vielfältigste ist. Der 2. Band die Lithographien von 1852 bis 1860: eine Phase der Gesellschaftssatire, die mit dem zeitweiligen Verzicht auf karikaturistische Tagesarbeit 1860 endet. Der 3. Band wird die Lithographien der letzten Phase von Daumiers Schaffen bringen: vom Jahr 1862, der Wiederaufnahme der karikaturistischen Tätigkeit, vom *Charivari* bis zum Jahr 1872, in dem eine fortschreitende Erblindung den Künstler zwang das Zeichnen aufzugeben.

KULTUR

Landwirtschaft · Franz Fest

Futterbau

In der Illustrierten Landwirtschaftlichen Zeitung berichtete der Administrator C. Steinecke /Neufahrland bei Potsdam/ über sehr günstige Erfahrungen mit *Sandluzerne* auf reinem Sand. Er säte auf je $\frac{1}{4}$ Hektar 15 Pfund Sandluzerne und mischte als Deckfrucht 10 Pfund Senf bei, der grün abgefüttert wurde. Bei einer jährlichen Düngung von 2 Zentner Thomasmehl und 4 Zentner Kainit zeigte die Luzerne nach 10 Jahren noch einen vorzüglichen Wuchs. In manchen Jahren erntete Steinecke 4 bis 5 Schnitte. Lothar Meyer /Rotlach/ warnt aber eindringlich vor einer Verallgemeinerung der Steineckeschen Einzelerfahrung, weil auch die Sandluzerne ohne reichliche Nahrung namentlich im Untergrund nicht fortkommen könne. Ich habe in diesem Jahr auf leichtem Sand, der allerdings im Untergrund genügend Wasser hatte, eine sehr schöne Sandluzernefläche gesehen.

Auf Versuche der Württembergischen Landessaatzuchtanstalt mit Futterpflanzen zum *Ersatz von ausgefallenem Rotklee* in den Jahren 1916 bis 1918, die auch gerade jetzt nach dem trockenen Sommer dieses Jahres von Bedeutung sind, weist Georg Baur in Hohenheim hin. Es handelt sich dabei um 1jährige Pflanzen, die, im Frühjahr des Nutzungsjahrs angesät, möglichst früh geschnitten werden können und 1 bis 2 Schnitte und eventuell noch eine Herbstweide zu geben imstande sind. Baur schildert zunächst die Ergebnisse einer Mischung von 6 Kilogramm Westerwoldischem Raygras (*Lolium Westerwoldicum*) mit 15 Kilogramm Rotklee, die Anfang Juni infolge der raschen und üppigen Entwicklung des *Lolium Westerwoldicum* schon einen guten 1. Schnitt, einen Monat später noch einen 2. Schnitt, hauptsächlich von Rotklee, gab, während das *Lolium Westerwoldicum* schon recht erhebliche Lücken aufwies. Ich habe in Jahren mit ausreichender Feuchtigkeit auf Heidesand, allerdings mit reichlicher Düngung (Kali, Phosphorsäure und Stickstoff), vom *Lolium Westerwoldicum* große Futtermassen bekommen, während es bei Trockenheit völlig versagte. Baur empfiehlt daher noch mehr als Ersatz für den ausgefallenen Rotklee folgende Gemenge: a) 10 Kilogramm weißen Senf, 50 Kilogramm Wicken und 15 Kilogramm Rotklee auf

je 1 Hektar, b) 30 Kilogramm Futtererbsen oder Futterwicken, 20 Kilogramm Hafer, 15 Kilogramm Rotklee auf je 1 Hektar, c) 150 Kilogramm Wicken und 40 Kilogramm Hafer auf je 1 Hektar, d) 75 Kilogramm Futtererbsen, 65 Kilogramm Wicken, 55 Kilogramm Ackerbohnen und 25 Kilogramm Hafer auf je 1 Hektar. Das erstgenannte Gemisch lieferte, infolge des Senfs, den frühesten 1. Schnitt Anfang Juni und dann noch einen recht guten 2. Schnitt; das nächstgenannte Gemisch gab in der Summe beider Schnitte den höchsten Ertrag und auch sehr früh den 1. Schnitt; die beiden letzten Mischungen geben nur einen, sehr frühen, Schnitt und machen das Feld so zeitig frei, daß dahinter noch Grünmais, Runkeln, Stoppelrüben oder dergleichen gebracht werden können.

Pflanzenkrankheiten

In der Umgegend von Groß Gerau ist die bisher in Deutschland nicht beobachtete *Runkelrübenmotte* in solchen Mengen aufgetreten, daß ganze Felder befallen waren, und die Rüben in ihrer Entwicklung stark zurückblieben. Die Schädigung erfolgte durch die Rüpchen, die an den Herzblättern und am Rübenhals fraßen. Die Biologische Reichsanstalt hofft mit arsenhaltigen Mitteln, zum Beispiel mit dem Sturmschen Präparat, eine erfolgreiche feldmäßige Bekämpfung vornehmen zu können und bittet um Benachrichtigung, wenn der Schädling sich wieder in größerem Umfang bemerkbar machen sollte. Über Schäden durch die *Federbuschsporenkrankheit* an Weizen und Spelz in Deutschland berichtet Hans Pape in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse vom 1. Oktober 1921. Die Krankheit, bisher in Deutschland nur selten beobachtet, ist in diesem Jahr in Baden und in der Rheinprovinz in mehreren Fällen stark schädigend aufgetreten. Ein Pilz ruft die Krankheit hervor; er befällt in erster Linie die Ähren, dann aber auch die Halme, Blattscheiden und Blätter. Zur Bekämpfung wird Saatbeize empfohlen, ferner das Verbrennen des Strohs von befallenen Flächen sowie auch das zeitweilige Aussetzen des Anbaus von Weizen und Weizenabarten und von Roggen auf jenen Schlägen.

Stickstoffdüngung

A. Stutzer /Godesberg/ forderte in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse die Landwirtschaft auf Versuche zur Lösung der Frage anzustellen, ob nicht

durch flüssige Düngung die Stickstoffsalze besser zur Ausnutzung gebracht werden können als bisher, und ob sich nicht durch Anwendung von Harnstoff und Liquammon die Kosten der Stickstoffdüngung erheblich verringern lassen. Stutzer weist darauf hin, daß nach den Versuchen Schneidewinds in dem guten Boden Lauchstädt die mittlere Ausnutzung des Ammoniakstickstoffs 53 % betrug, die des Salpeterstickstoffs 60,7 %, in dem leichten Boden von Groß Lübbars dagegen bei im Frühjahr gegebenem Ammoniak im Mittel 24,4, bei Salpeter 31,9 %. Er meint, daß »eine bessere Ausnutzung von im Wasser löslichen Stickstoffsalzen (zum Beispiel von schwefelsaurem Ammoniak) zu erwarten sein wird, wenn man den Stickstoff, namentlich bei leichtem Boden, nicht vor der Bestellung des Feldes ausstreut, ihn auch nicht als Köpfdünger auf die Oberfläche eines mit Pflanzen bestandenen Feldes bringt, sondern den Stickstoff, wenn es möglich ist, vor dem Beginn der Hauptentwicklungsperiode der Pflanzen im gelösten Zustande in die Nähe der Wurzeln gießt, um eine schnellere Aufnahme und Verbreitung des Stickstoffs zu erzielen.« Stutzer macht dann Vorschläge für die Ausführung der Versuche. Er weist ferner darauf hin, daß man die Ammoniakstickstoffdüngung dadurch vielleicht erheblich verbilligen könne, daß man den Ammoniak nicht mehr wie bisher üblich in einer an Schwefelsäure gebundenen Form gibt (schwefelsaures Ammoniak) sondern entweder in Form von Harnstoff, wie er mit 45 % Stickstoff von den Werken in Leuna und Oppau in den Handel gebracht wird, oder gar in Form von wassergelöstem kohlen-sauren Ammoniak (Liquammon), das mit einem Gehalt von 12 bis 15 % zunächst nur von der Deutschen Liquammongesellschaft in München geliefert wird. Stutzer erhofft aus diesem Verfahren eine wesentliche Verbilligung der Stickstoffdüngung, weil der Stickstoff im Liquammon frei nächster Bahnstation um etwa ein Drittel billiger zu kaufen sei als im schwefelsauren Ammoniak. Zur Verteilung wäre allerdings eine Maschine in der Art des auch auf der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Leipzig vertretenen Jauchedrills erforderlich; außerdem müßte wohl, um eine gleichmäßigere Verteilung zu erreichen, noch eine Verdünnung mit Wasser erfolgen. Durch das Abfahren und Verteilen wird auch

die Arbeit gegenüber dem Ausstreuen von Ammoniak erhöht, ein Nachteil, der aber zum größten Teil dadurch wieder wettgemacht werden kann, daß man die Arbeit der Pflanzenentwicklung anpaßt und sie in eine Zeit verlegt, die an sich weniger belastet ist. Das Verfahren der Naßdüngung könnte also insofern arbeitsverteilend wirken, als es die Bestellzeit von der Arbeit des Düngerstreuens entlastet. Beim Bezug größerer Mengen von Liquammon in Kesselwagen dürften sich Schwierigkeiten ergeben, da es bis zu dem günstigen Zeitpunkt des Verteilens auf dem Acker in gut schließenden Bassins aufbewahrt werden müßte; denn es wird sich sehr oft nicht einrichten lassen, daß es gerade zu einer Zeit ankommt, wo es unmittelbar aus dem Kesselwagen heraus auf das Feld verteilt werden kann. Immerhin ist es wünschenswert, daß der Gedanke Stützers aufgenommen wird, und daß in größerem Umfang Versuche danach angestellt werden.

Groß- oder Kleinbetrieb? Das, ursprünglich auf 2 Bände angelegte Werk *Eduard Davids* Sozialismus und Landwirtschaft, dessen 1. Band (Die Betriebsfrage) vor 18 Jahren im Verlag der Sozialistischen Monatshefte erschien, ist nunmehr in einer, beide Bände vereinigenden Neuauflage herausgekommen /Leipzig, Quelle & Meyer/. Gerade zu einer Zeit, in der die Agrarfragen von größtem Interesse sind, wird das Neuerscheinen des Davidschen Werkes sehr willkommen sein (siehe darüber auch *Schipfel* Wo stehen wir in der Agrarfrage?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 II, Seite 1029 ff.), um so mehr, als es sich um eine eingehende, auf gründlichem Quellenstudium und scharfer Beobachtung beruhende Arbeit handelt, die in hohem Grad geeignet ist weiteren Kreisen der Bevölkerung das Verständnis für die Eigenart der landwirtschaftlichen Produktionsweise nahezubringen. Der Verfasser hat den Unterschied zwischen der mechanischen industriellen und der organischen landwirtschaftlichen Produktion klar gekennzeichnet und darauf hingewiesen, daß für die notwendige rasche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung andere Wege eingeschlagen werden müssen als die, die für die gewaltige Steigerung der industriellen Produktion in den letzten Jahrzehnten gangbar waren. In dem ganzen Werk vertritt der Verfasser die Auffassung, daß der ohne fremde Ar-

beiter selbstwirtschaftende Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Großbetrieb an Leistungsfähigkeit in jeder Weise überlegen sei und viel mehr Nahrungsmittel von der Flächeneinheit erzeuge als dieser. David leitet in erster Linie diese Überlegenheit immer wieder aus der höhern Interessiertheit bei den Mitgliedern der selbstwirtschaftenden Bauernfamilie gegenüber dem landwirtschaftlichen Lohnarbeiter her. Ferner weist er zutreffend darauf hin, daß die Maschine in der Landwirtschaft keineswegs ebenso zum Großbetrieb hinführe wie sie dies in der Industrie getan hat. Da sie oft nur kurze Zeit im Jahr angewandt wird, aber das ganze Jahr hindurch Amortisation und Zinsen verschlingt, kann sie die Arbeit nie so verbilligen wie in der Industrie und auch nicht in gleichem Umfang wie dort die Handarbeit verdrängen. Auch der Kleinbetrieb kann sich auf genossenschaftlichem Weg zum Teil in hohem Grad die Maschine nutzbar machen. Das gilt sowohl für alle Arten Arbeitsmaschinen als auch für die Kraftmaschinen, insbesondere den Elektromotor. Auch in der Viehhaltung hat nach David der Bauer wegen der größern Zuverlässigkeit des Pflegepersonals den Vorrang vor dem Großbetrieb, und die stärkere Viehhaltung müsse wieder eine größere Intensität des Ackerbaus zur Folge haben. Beides sind grundsätzlich richtige Behauptungen. In der Praxis treffen sie leider nicht immer zu. In weiten Landstrichen wird das Bauernvieh oft in ungesunden, dunklen, schmutzigen Ställen gehalten, und die einseitige Brotgetreidefütterung mit ihrem relativ geringen Eiweißgehalt erzeugt keineswegs die Leistungen, die bei einer zweckentsprechend gewählten Fütterung gewonnen werden. Die bäuerlichen Äcker sind sehr, sehr oft trotz der stärkern Viehhaltung im Ertrag denen der benachbarten Großbetriebe weit unterlegen. Die Gründe dafür liegen in einseitiger Stallmistdüngung, verkehrter Anwendung der Kunstdüngemittel, abgebautem Saatgut, falschen Saatmethoden, verkehrter Bodenbearbeitung usw. Allerdings könnte es anders sein, und zahlreiche bäuerliche Betriebe in anderen Gegenden liefern den Beweis dafür. Der Bauer kann sich die Fortschritte der Wissenschaft und Landbautechnik ebenso zunutze machen wie der Großbetriebsleiter. Daß er es in geringerem Maß tut, liegt in dem Mangel an Ausbildung. Daher verlangt man mit Recht beschleunig-

nigten Ausbau des Fachschulwesens und der Wirtschaftsberatung und den gesetzlichen Zwang zur Benutzung dieser Bildungsmittel. Wollten wir aber dem Rat folgen, den David als Folgerung aus seinen Ausführungen gibt: die ganze deutsche Bodenfläche in kleinbäuerliche Betriebe und gärtnerische Parzellenbetriebe aufzuteilen, das Getreide künftig aus dem Ausland zu beziehen und die einheimische Produktion ausschließlich auf starke Viehhaltung, Hackfruchtbau und intensive Zucht von Feingemüse einzustellen, so würden wir sehr bald ein totales Fiasko erleben. So sehr wir auch in Zukunft die Bauern- und vor allem die Heimstättensiedelung fördern müssen, so verbietet uns doch auf absehbare Zeit unsere erbärmliche wirtschaftliche Lage etwa in großem Umfang solche Experimente zu machen. Die Not zwingt uns vielmehr gebieterisch die spärlichen Betriebsmittel, die uns noch geblieben sind, oder die wir uns bei unserer traurigen Valuta verschaffen können, bestmöglich in den bereits vorhandenen Betrieben auszunutzen. Kann man so auch David in seiner Hauptforderung nicht zustimmen, so enthält das gediegene Werk doch so viel Treffendes und Wahres, und es ist so anschaulich und klar geschrieben, daß sein Studium namentlich allen nichtlandwirtschaftlichen Kreisen, insbesondere allen Arbeiterführern, dringend empfohlen werden kann.

Siedelungs- gesetzgebung

Der Landrat Friedrich von Laer fordert in seiner Arbeit Agrarreform und Wiederaufbau /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/ die Anpassung der Siedelungsgesetzgebung an die Bedürfnisse des Lebens, insbesondere die Einbeziehung der kommunalen Selbstverwaltungskörper in die Organisation des Siedelungswesens, als der gegebenen Träger einer gesunden Bodenvorratswirtschaft. Zur Finanzierung der *kommunalen Siedelungsaufgaben* schlägt er eine Umwandlung der Schulden des Reichs an die Kommunalverbände aus der Kriegsfamilienunterstützung (in Höhe von etwa 8 Milliarden Mark) in verzinliche Schuldverschreibungen vor, mit der Bestimmung, daß diese Werte von den Kommunalverbänden ausschließlich der Siedelungsaufgabe zuzuführen sind. Ferner fordert er mit Recht eine Neubonitierung aller un bebauten Grundstücke als der gemeinsamen Grundlage für Besteuerung, Kreditfähigkeit, Verkaufsbeurteilung, auch Verkaufsrecht und Ent-

eignung. Was von Laer weiter über die Schaffung von Wohnungen auf dem Siedelungsweg, den planmäßigen Aufbau des Wirtschaftsbetriebs, die Erziehung zur Arbeit und das Recht auf Arbeit sagt, bietet eine solche Fülle trefflicher Gedanken, daß auch der das Büchlein mit Befriedigung aus der Hand legen wird, der nicht allen Ausführungen des Verfassers zustimmen kann, weil er auf dem Boden einer andern Weltanschauung steht.

Einen *Kommentar zur Siedelungsgesetzgebung* gab Eduard David heraus /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/. Das 124 Seiten starke Heft bringt zunächst eine geschichtliche Einleitung mit folgenden Kapiteln: Eine historische Schuld, Die Machtstellung des großen Grundeigentums, Die preußische Siedelungsgesetzgebung von 1886 bis 1916, Das Reichs-siedelungsgesetz und die preußische Ausführungsgesetzgebung, Die Ausführungsgesetze in den übrigen deutschen Ländern, Das Kleinsiedelungswesen, Das in der Reichsverfassung gesteckte Ziel der innern Kolonisation. Alsdann folgen die geltenden Siedelungsgesetze und Ausführungsanweisungen, Pachtschutzordnungen und ein Verzeichnis der Siedelungsbehörden und der gemeinnützigen Siedelungsunternehmen. Für alle, die sich mit der Frage der Siedelung befassen, gibt das Werk die Möglichkeit schneller Information über die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Darüber hinaus bietet namentlich die geschichtliche Einleitung auch weiteren Kreisen der Bevölkerung eine lohnende und anregende Lektüre.

Sozialisierung- ordnungen

In einem Artikel Die Aufgaben eines Agrarprogramms verlangt Wilhelm Grumach in der Freiheit vom 11. Dezember 1921 nach der Eroberung der politischen Macht die Sozialisierung der Landwirtschaft und als erste Maßnahme die Enteignung der landwirtschaftlichen *Produktionsmittel*, vor allem des Grund und Bodens. Von der Enteignung sollen nur diejenigen kleineren Betriebe befreit werden, die ohne fremde Arbeiter den Betrieb führen. Dagegen vermahnt sich der Verfasser gegen eine allgemeine Aufteilung der Großbetriebe. Er sagt: »Da kommt vorerst in Betracht der Kampf gegen alle Zerstückelung der Großbetriebe in sogenannte Ackernahrungen, weil die letzteren nach den Erfahrungen der Ablieferung im Kriege bedeutend weniger produktiv sind.« Er

verwirft die Leitung des Betriebs durch eine, aus den Arbeitern heraus gewählte Körperschaft und fordert einen besonders ausgebildeten Leiter als Beauftragten der Gesellschaft. Auch für den Befähigungsnachweis, Wirtschaftsberatung und Kontrolle tritt er ein.

Eine kurze und bestimmte Antwort auf die Frage "Was soll zur Sozialisierung des Bodenrechts geschehen?" will Otto Albrecht in seiner Broschüre *Freies Volk auf freiem Grund* / Berlin-Fichtenau, Verlag Gesellschaft und Erziehung / geben. Albrecht, der langjährige Mitarbeiter des Deutschen Landarbeiterversbands, legt hier kurz, klar und für jeden verständlich seine Ansichten zu der wichtigen Frage des *Bodenrechts* dar. Das interessante, nicht nur mit dem Kopf sondern auch mit dem Herzen geschriebene Buch kann zum Lesen und ernsthaften Nachdenken nur bestens empfohlen werden.

Übergangspublikationen

Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion als Grundlage des deutschen

Wiederaufbaus behandelt der Präsident des vorläufigen Reichswirtschaftsrats Friedrich von Braun im 78. Heft der Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen / Stuttgart, Ferdinand Enke/. Er weist in knappen überzeugenden Ausführungen auf die unbedingte Notwendigkeit schleunigster Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hin und fordert zur allgemein schnellern Durchführung der erforderlichen Maßnahmen eine beschleunigte Ausdehnung der Wirtschaftsberatung und Wirtschaftskontrolle, ja sogar staatlichen Zwang zur Verwendung geeigneten Saatguts, der erforderlichen Menge von Düngemitteln und zur Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten. Ferner verlangt er allgemeine Berufsausbildung und geregelte Ausbildung auch der weiblichen Berufsangehörigen, besonders der künftigen Landfrauen. Es ist dankenswert, daß er seine Überzeugung so offen ausspricht, obgleich er weiß, daß er sich damit in Gegensatz zu den ihm sonst nahestehenden führenden Landwirtschaftskreisen stellt. In dieser Rundschau sind Wirtschaftsberatung und Ausbildungszwang seit geraumer Zeit verlangt worden.

Totenliste

Am 29. Oktober 1921 verschieden infolge eines Herzschlags im 66. Lebensjahr der ordentliche Professor für Kulturtechnik an der Universität Breslau *Carl*

Lüdecke. Er wurde am 6. Oktober 1855 als Sohn eines Landwirts im Mansfeldischen geboren, erhielt seine Schulbildung in den Frankeschen Anstalten zu Halle und studierte nach einigen Jahren praktischer Tätigkeit als Landmesser bei der Generalkommission in Kassel Kulturtechnik und Landwirtschaft in Bonn-Poppelsdorf. Nach mehrjähriger praktischer Betätigung als Kulturtechniker und Landwirtschaftslehrer bezog er 1888 von neuem die Universität und widmete sich in Göttingen dem Studium der Naturwissenschaften; dort wurde er gleichzeitig auch mit Vorlesungen über Kulturtechnik und Maschinenwesen betraut. Nachdem er von 1890 an als Kulturingenieur für Rheinhessen gewirkt hatte, folgte er 1897 einem Ruf nach Breslau als Professor für Kulturtechnik und landwirtschaftliches Maschinenwesen. Als Mitglied des Schlesischen Vereins zur Förderung der Kulturtechnik hat er sich praktisch hervorragend betätigt und in den letzten Jahren auch die Herausgabe des Vereinsorgans Kulturtechniker übernommen. Eine Fülle von Arbeiten hat der unermüdete Gelehrte veröffentlicht. Insbesondere befaßte er sich mit dem Wasser und seinen Bewegungen im Boden. Auch die Wiesewirtschaft (Düngung, Pflege, Verbesserung) sowie die Wasserversorgung von Gehöften und Dörfern wie auch die Frage der Verwendung von Elektromotoren und Verbrennungsmotoren in der Landwirtschaft fanden seine besondere Aufmerksamkeit. Wir alle, die wir zu seinen Füßen gesessen haben, betrauern in ihm nicht nur den hervorragenden Fachlehrer sondern auch einen Menschen von köstlichem Gemüt und warmem Herzen, ein Vorbild unermüdeten Fleißes und treuer Pflichterfüllung.

Kurze Chronik Ein *Forschungsinstitut* für Agrar- und Siedelungswesen ist aus Mitteln des Reichs und Preußens in Anlehnung an die Berliner Universität unter Leitung Max Sering's begründet worden. Es hat die Aufgabe übernommen höhere Beamte für die landwirtschaftliche Verwaltung und das Siedelungswesen auszubilden. ◊ Der Viechhandelsverband für die Rheinprovinz *stiftete* der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf 1 Million Mark zur Förderung aller Forschungen zur Hebung und Wiederherstellung der Viehzucht und Viehhaltung, für die Förderung der Futterpflanzenzucht und des Futterpflanzen-

baus sowie für betriebswirtschaftliche Forschungen über die Stellung der Nutztierhaltung und ihre Leitungsrichtungen in der westdeutschen Landwirtschaft. ◊ Vom 11. bis zum 15. Oktober 1921 hielt die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* ihre diesjährige Tagung in Weimar ab. Wichtige Gegenwartsfragen aus allen Gebieten der Landwirtschaft wurden behandelt. Sonderausschüsse beschäftigten sich mit den verschiedenen Gebieten der Tierzucht, dem Einfluß der Düngung auf die Intensität des Betriebs, Weinbau und Obstzucht, Geräten usw. Unter anderem wurde auch über die Notwendigkeit der Berufsorganisation der Landfrauen gesprochen. Die nächstjährige Wanderausstellung wird in Nürnberg sein. Später sollen auch in Hamburg und Breslau Ausstellungen stattfinden. Auch in Zukunft soll nach allgemeinem Wunsch die Herbsttagung nicht in Berlin sondern in einer andern deutschen Stadt abgehalten werden. Zum Vorsitzenden der Gesellschaft wurde, an Stelle des verstorbenen verdienstvollen von Freier, der Rittergutsbesitzer Viktor von Websky/Schlesien/ gewählt. ◊ Am 12. Dezember fand in Berlin die Reichstagung des Verbandes deutscher *Molkerei- und Käsefachleute* statt, zu der aus allen Gauen des Reichs Vertreter erschienen waren. Man führte dort lebhaft Klage über die noch im höchsten Grad rückständigen Arbeitsverhältnisse in der Molkerei und Käseerei. Mit großer Energie verlangte man die obligatorische Ausbildung, und zwar soll nach 1 Jahr Stallpraxis eine praktische Lehrzeit von $2\frac{1}{2}$ Jahren im Molkereibetrieb und daran anschließend ein halbjähriger Kursus an einer Molkereifachschule als Vorbereitung für die Gehilfenprüfung für ausreichend gelten; erst 7 Jahre nach Ablegung der Gehilfenprüfung solle der Gehilfe die Betriebsleiterprüfung machen können. ◊ Vom 10. September bis zum 8. Oktober wurden in Hellerau bei Dresden die ersten Beispiellehrgänge der ersten deutschen *Bauernhochschule* abgehalten. Aus den Vorträgen, besonders denen von Johannes Schomerus in Hellerau über den deutschen Gedanken in der deutschen Siedelung, ergab sich als praktische Folgerung die Notwendigkeit der Verbindung einer Bauernhochschule mit dem Siedelungsgedanken. ◊ Im Ministerialblatt der Preussischen Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ist die Polizeiverordnung betreffend den *Schutz von Tier- und*

Pflanzenarten vom 30. Mai 1921 mit der Liste der über das Vogelschutzgesetz und die Jagdgesetze hinaus im ganzen Staatsgebiet geschützten Tiere und der Liste der auf Grund des Gesetzes vom 8. Juli 1920 durch die Polizeiverordnung allgemein geschützten wildwachsenden Pflanzen veröffentlicht. ◊ Bei der Landwirtschaftskammer für Braunschweig ist eine *Maschinenberatungsstelle* errichtet worden. ◊ Die *Schlachtviehpreise* im 1. Jahr nach Aufhebung der Zwangswirtschaft gestalteten sich nach den Notierungen des Berliner Marktes im Durchschnitt während der Monate Oktober 1920 bis September 1921 für je 50 Kilogramm wie folgt: Ochsen 690, Bullen 659, Kühe 586, Jungvieh 510, Kälber 716, Schafe 533, Schweine 1292 Mark.

Literatur

Unter dem Titel *Zeit- und Streitfragen der Landwirtschaft* sind als 314. Heft der Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft /Berlin, Parey/ 14 Vorträge im Druck erschienen, die auf dem diesjährigen Lehrgang der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft für Landwirtschaftslehrer zu Weimar in der Zeit vom 10. bis zum 15. Juni gehalten worden sind. Da diese Lehrgänge den Zweck haben die Landwirtschaftslehrer von Zeit zu Zeit über die Fortschritte der landwirtschaftlichen Entwicklung zu unterrichten, wird das Heft für Landwirte wie für alle, die sich mit Landbaufragen zu befassen haben, von großem Interesse sein. ◊ Die *Illustrierte Landwirtschaftliche Zeitung* brachte am 1. Oktober 1921 eine Doppelnnummer als Wissensondernummer heraus. Eine Reihe von Fachmännern beleuchtet die Wissenschaft und Praxis des *Wiesenbaus* nach den verschiedensten Richtungen. Die Artikel sind als Studienmaterial allen warm zu empfehlen, die sich mit dem Gegenstand zu befassen haben. Die Düngung der Wiesen nach den Ergebnissen von 4- bis 14jährigen Versuchen, eine Arbeit der Landwirtschaftlichen Versuchsstation Darmstadt, geleitet und in ihren Ergebnissen dargestellt von dem Vorsitzenden der genannten Versuchsstation Paul Wagner, bildet den Inhalt des 308. Heftes der Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft /Berlin, Parey/. Die Schrift gibt in klarer und übersichtlicher Darstellung nach den Ergebnissen von 15 großen Versuchen Antwort auf eine Reihe wichtiger Wiesen düngungsfragen. Sie wird zahlreichen Landwirten ein erwünschter Berater sein.